

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

Universitätsbibliothek Greifswald

Zweigstelle

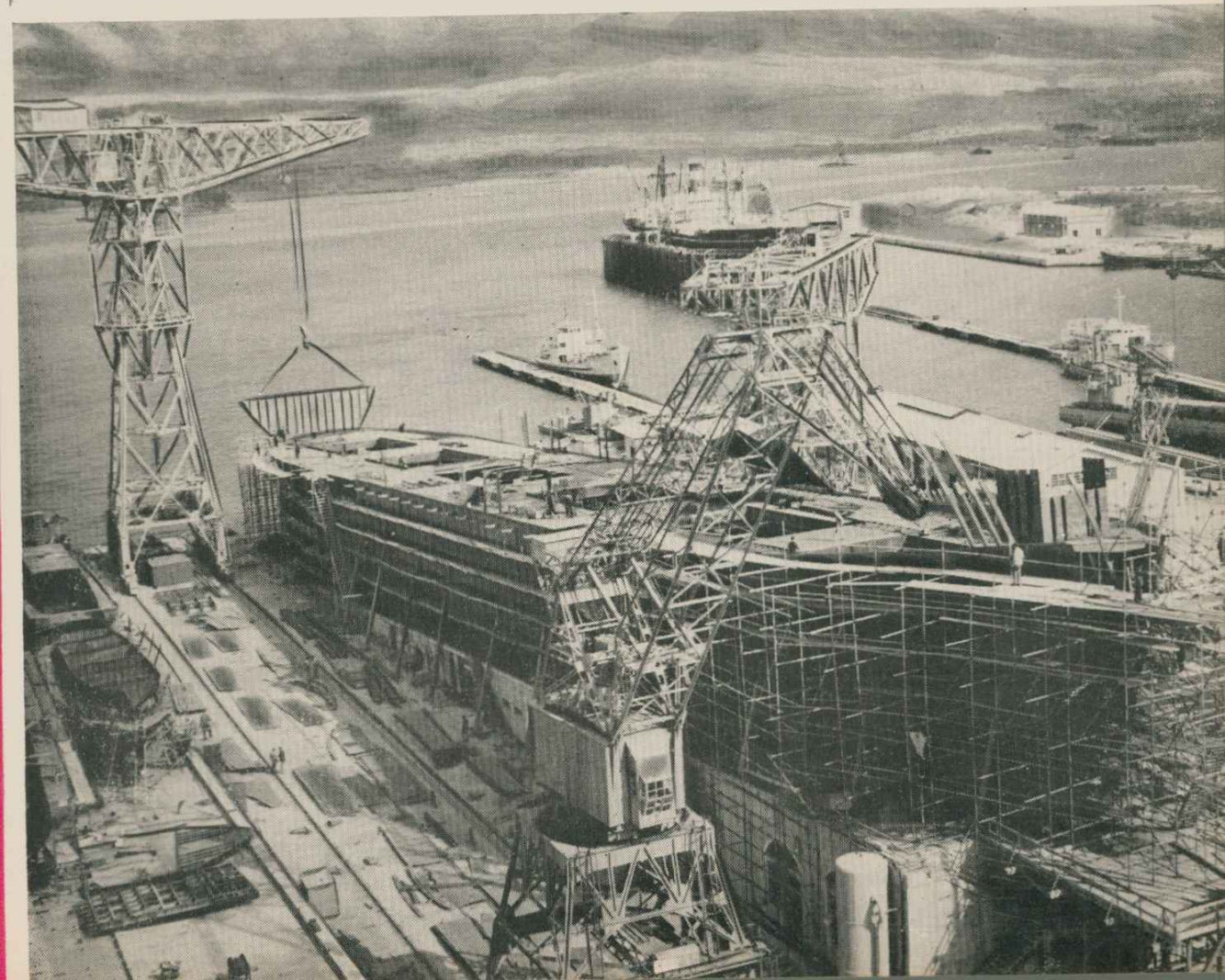
Sektion Marxismus-Leninismus

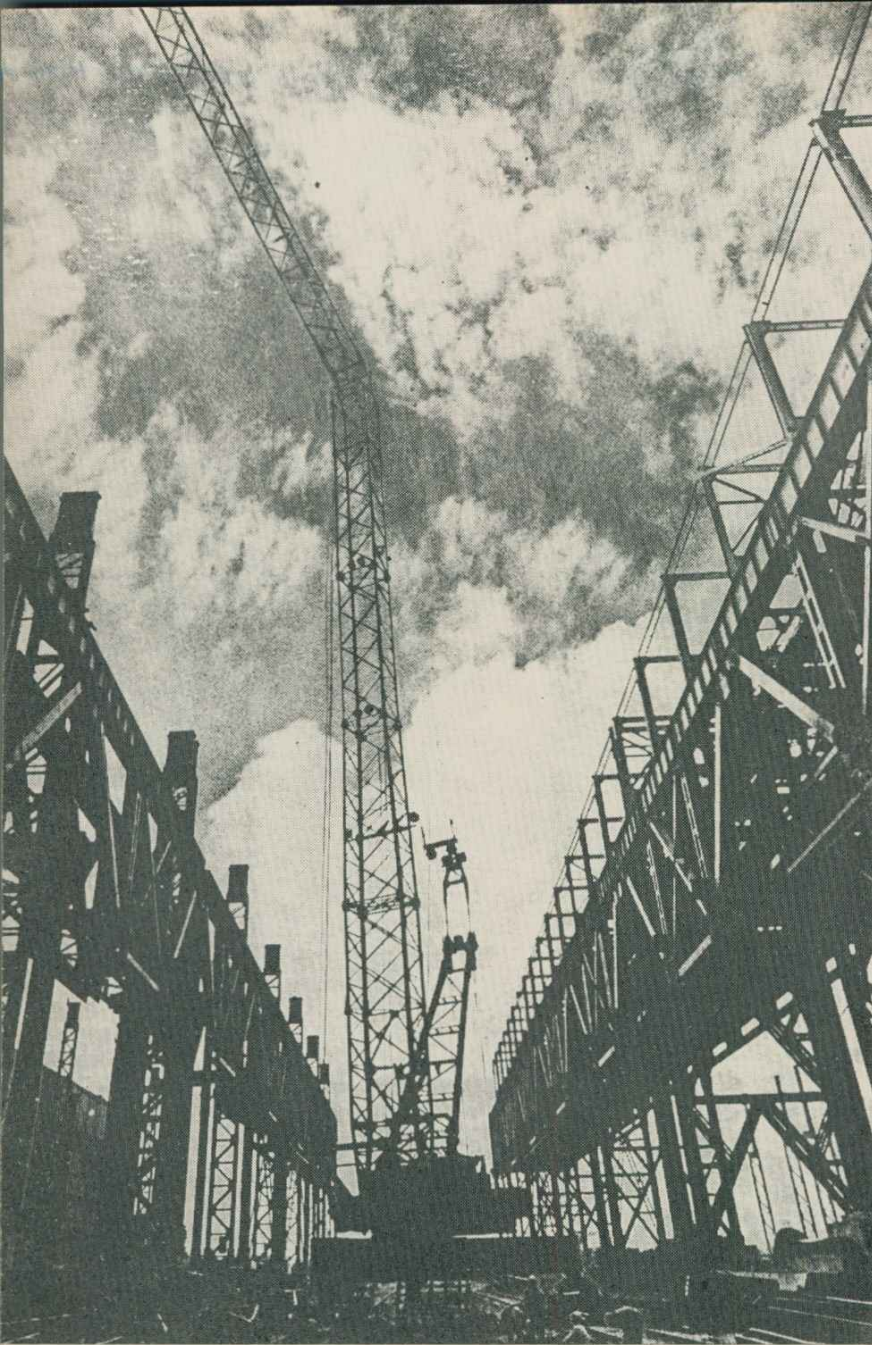
33

AUGUST 1977

VOLKSAUSSPRACHE ÜBER DEN VERFASSUNGSENTWURF

30 Jahre unabhängiges Indien ★ PORTUGAL: RÜCKKEHR
DER GEWESENEN UND DIE ZUKUNFT ★ Im Lande des Ahornblattes





halben Million Rubel. Dort, wo bereits Anfang v. J. nur das Fundament gelegt wurde, stehen heute Werkhallen.

Die leistungsstarken Energiereaktoren des Atommasch werden sehr gebraucht. Im 10. Fünfjahrplan ist vorgesehen, daß bis 1980 ein Fünftel des Gesamtzuwachses der Energiekapazitäten durch die Inbetriebnahme neuer oder den Umbau bereits bestehender Atomkraftwerke erfolgen soll.

In Kürze wird die erste Stufe des Atommasch in Betrieb genommen, das Anlagen für die Atomenergetik herstellen wird. Zum 60. Jahrestag des Großen Oktober soll hier der erste Atomreaktor mit einer Leistung von 1 Million kW begonnen werden. Und wenig später läuft der Bau eines doppelt so starken Reaktors an.

Unsere Bilder: Der Haupttrakt des Atommasch wird montiert ♦ Der Brigadier der Elektromonteure, der Komsomol-Preisträger G. Pivoriunas ♦ Die Brigade der Schrapperfahrer unter W. Klimkin arbeitet ausgezeichnet

Fotos A. Gustschin

SOWJETUNION IM BILD

Das Atommasch gehört zu den größten Objekten des Planjahrfünfts. Das Werk am Ufer des Zimljanskoje-Stausees, bei der Stadt Wolgodonsk, wächst schnell empor. Täglich leisten die Bauleute Arbeiten im Werte bis zu einer



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marx-Engels-Leninismus

HELSINKI WEIST DEN WEG

Zwei Jahre sind seit der historischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vergangen — Grund genug, sich die Bedeutung dieses Ereignisses, das die Gesundung der außenpolitischen Atmosphäre auf unserem Kontinent einleitete, zu vergegenwärtigen. Gleichsam in Bekräftigung dieser Einschätzung wird aus Belgrad gemeldet, daß dort die vorbereitende Etappe des Treffens der 35 Signatarstaaten von Helsinki abgeschlossen sei. Sie haben den Termin und die Tagesordnung des Haupttreffens vereinbart, das gemäß der Schlußakte einberufen wird.

Das Treffen in Belgrad beginnt am 4. Oktober. Nach der offiziellen Eröffnung werden Vertreter der Teilnehmerstaaten einleitende Erklärungen abgeben, ferner Vertreter der UNO-Wirtschaftskommission für Europa, der UNESCO und der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten sprechen. Außerdem findet ein vertiefter Meinungsaustausch statt über die Erfüllung der Schlußakte und der Aufgaben der Konferenz, über die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen, die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa, die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft. In den nächsten Punkten ist die „Festlegung der geeigneten Modalitäten für die Abhaltung weiterer Zusammenkünfte“, die Ausarbeitung und Annahme eines Schlußdokumentes vorgesehen.

Das wichtigste Organ des Treffens werden Plenarsitzungen sein. Die vorgesehenen Arbeitsorgane werden nur kurze Zeit bestehen. Das gesamte Treffen soll die notwendigen Anstrengungen unternehmen, um sein Schlußdokument bis zum 22. Dezember abzusprechen. Falls die Arbeit bis dahin nicht abgeschlossen ist, besteht die Möglichkeit, das Treffen von

Mitte Januar bis Mitte Februar 1978 fortzusetzen.

Dieses Verfahren bietet alle Möglichkeiten für eine ruhige, konstruktive Arbeit in Belgrad. Dort wird auf multilateraler Grundlage ein positiver Meinungsaustausch über weitere Schritte zur Realisierung der Schlußakte gepflegt werden. Es ist ja nicht nur das bereits Vollbrachte zusammenzufassen, vielmehr geht es darum, sich über konkrete Vorschläge für eine weitere Zusammenarbeit zu einigen. Anders gesagt, das Belgrader Treffen ist nicht von Helsinki zu trennen, so sehr sich gewisse Politiker und Propagandamacher im Westen auch bemühen, einen Trennungsstrich zwischen diesen beiden Ereignissen zu ziehen.

Manchmal hört man, gute Nachrichten seien heutzutage rar. Ja, die westliche Presse ist förmlich gespickt mit beunruhigenden Meldungen — ob aus Sensationshascherei oder in der Absicht, ein ganz bestimmtes psychologisches Klima zu schaffen, sei dahingestellt. Nicht von ungefähr pflegen die Engländer, durch bittere Erfahrungen gewitzigt, zu sagen: Keine Nachrichten sind gute Nachrichten.

Die in Belgrad erzielte Übereinkunft ist zweifellos eine gute Nachricht. Eigentlich hätte es nicht anders sein können. Wenn auch in bescheidenen Ausmaßen, übt die politische Vernunft, die die Führer der 35 Staaten Europas und Nordamerikas die Urkunde in Helsinki unterzeichnen ließ, in Belgrad ihre verantwortungsvolle Funktion aus. Gewiß, die Diskussion in der jugoslawischen Hauptstadt war sehr lebhaft. Was nur natürlich ist, wenn sich so verschiedene Staaten an einen Verhandlungstisch setzen. Trotzdem konnten sie eine gemeinsame Sprache finden.

In diesem Sinne widerlegt die Übereinkunft von Belgrad eindeutig die billige Propagandakampagne der Entspannungsgegner um diese Zusammenkunft. In gewissen westlichen Presseorganen ging die übliche Propagandafarce über die Bühne: Zuerst wurden die Erfolgsmöglichkeiten angezweifelt, dann Gerüchte über die angebliche „harte Position der Sowjets“ in Umlauf gebracht. Die Wirklichkeit sah anders aus. Wieder einmal sind die Orakel Lügen gestraft, die Europa und die anderen Länder der Welt vom positiven Helsinki-Programm abbringen wollen.

Man darf keineswegs vergessen, daß es ein Programm auf weite Sicht ist. Das Treffen in Belgrad soll Europa helfen, seine Zukunft zu gestalten und im konstruktiven Meinungsaustausch weiter auf dem Weg auszuschreiten, den Helsinki gewiesen hat.

Am 2. August fand auf der Krim ein Treffen zwischen Leonid Breschnew und dem Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, statt. Die Teilnehmer des Treffens äußerten Genugtuung über den Ausbau und die verstärkte Wirksamkeit der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verbindungen zwischen den beiden Ländern. Bei der Behandlung der internationalen Lage galt die Hauptaufmerksamkeit den Problemen der Abrüstung und der Verringerung der Gefahr eines Krieges, vor allem eines Atomkrieges. In diesem Zusammenhang unterstrichen die Gesprächspartner die besondere Bedeutung weiterer koordinierter Schritte der Staaten, um eine Weiterverbreitung von Kernwaffen nicht zuzulassen. Leonid Breschnew und Edward Gierek betonten, daß die KSZE-Schlußakte eine fundamentale, zukunftsorientierte Plattform für die Aktionen aller Teilnehmerstaaten ist, um auf dem Kontinent eine Atmosphäre der Zusammenarbeit zu schaffen, die frei ist von Konfrontation und militärischen Erschütterungen.

Am 5. August traf Leonid Breschnew auf der Krim mit dem Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, dem Präsidenten der SR Rumänien, Nicolae Ceauşescu, zusammen. Das Streben beider Seiten wurde bekundet, auch in Zukunft die nützlichen Verbindungen zwischen der UdSSR und Rumänien zu vertiefen. Leonid Breschnew und Nicolae Ceauşescu tauschten Meinungen zu einigen Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung aus. Sie hoben die Bedeutung einer weiteren Festigung der internationalistischen Solidarität und der Entwicklung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Prinzipien hervor, die auf der Konferenz europäischer kommunistischer Parteien in Berlin abgestimmt wurden.

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an den Präsidenten der Republik Afghanistan, Mohammed Daud, ein Glückwunschtelegramm anlässlich des Nationalfeiertages — des 4. Jahrestages der Proklamierung der Republik. In einem Antworttelegramm bedankte

GEMEINSAMER APPELL

Anlässlich des Jahrestages der Tragödie von Hiroshima und Nagasaki wenden sich die unterzeichneten Parteien gegen die von der USA-Regierung erwogene Produktion der Neutronenbombe. Sie entlarven den barbarischen Charakter dieser Waffe, die für die kaltblütige Vernichtung von Millionen Menschen bestimmt ist.

Ein solcher Schritt würde das Wettrüsten weiter anheizen und neue Gefahren für den Weltfrieden heraufbeschwören. Die Unterzeichner rufen alle friedliebenden, insbesondere die sozialistischen, sozialde-

mokratischen und christlichen Kräfte auf, einzutreten für die Fortsetzung der Politik der Entspannung, für die Sicherung des Friedens durch effektive Maßnahmen zur Abrüstung, was die Voraussetzung für die Überwindung der Militärblöcke bis zu ihrer Auflösung ist. Sie appellieren an die Völker, für die Einstellung des Wettrüstens, besonders der nuklearen Rüstung, zu wirken.

In Erwartung des Verbotes aller Massenvernichtungswaffen muß die Entwicklung und Produktion neuer Arten solcher Waffen verboten werden.

Kommunistische Partei Belgiens, Bulgarische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Dänemarks, Deutsche Kommunistische Partei, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Kommunistische Partei Finnlands, Französische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Griechenlands, Kommunistische Partei Großbritanniens, Kommunistische Partei Irlands, Italienische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Kanadas, Kommunistische Partei Luxemburgs, Kommunistische Partei Norwegens, Kommunistische Partei Österreichs, Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Portugiesische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei San Marinos, Linkspartei-Kommunisten Schwedens, Partei der Arbeit der Schweiz, Kommunistische Partei der Sowjetunion, Kommunistische Partei Spaniens, Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, Kommunistische Partei der Türkei, Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, Kommunistische Partei der USA, Sozialistische Einheitspartei Westberlins, Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns (AKEL)

sich Mohammed Daud herzlich für die Glückwünsche.

Am 5. August ging in Belgrad die vorbereitende Etappe des Belgrader Treffens zu Ende. Folgendes Dokument wurde angenommen: Beschlüsse zur Organisation des Belgrader Treffens 1977 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte abgehalten wird.

Am 9. August wurde eine TASS-Erklärung dazu veröffentlicht, daß in der RSA Arbeiten zur Schaffung von Kernwaffen vor dem Abschluß stehen. In den führenden Kreisen der Sowjetunion meint man, daß dringendste, wirksamste Anstrengungen aller Staaten, der UNO sowie der Weltöffentlichkeit erforderlich sind, um die Schaffung von Kernwaffen in der RSA zu verhindern und die Gefahr ihrer Weiterverbreitung abzuwenden.

Am 4. August wurde in Tokio ein Abkommen zwischen der UdSSR und Ja-

pan über Fischerei vor der japanischen Küste für 1977 unterzeichnet.

Am 3. August starb der Präsident der Republik Zypern, Erzbischof Makarios, an einem Herzinfarkt. Entsprechend der Verfassung ist der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Spyros Kyprianou, der amtierende zyprische Staatschef. Leonid Breschnew richtete eine Kondolenzbotschaft an ihn. (Siehe S. 23.)

Das PLO-Exekutivkomitee gab am 2. August in Beirut eine offizielle Erklärung ab, in der es heißt, daß jegliches Ignorieren des Palästina-Problems den Nahen Osten in einen neuen bewaffneten Konflikt stürzen kann, und das Recht der PLO bekräftigt wird, die Interessen des palästinensischen Volkes auf allen internationalen Foren zu vertreten, wo die Probleme des Nahen Ostens erörtert werden.

US-Außenminister Cyrus Vance begann am 1. August eine Nahostreise, in deren Verlauf er Ägypten, Syrien, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Israel besuchte und dort Gespräche mit den verantwortlichen Politikern führte.



Am 1. August traf eine Delegation der Nationalversammlung der Sozialistischen Republik Vietnam unter dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPV, dem Vorsitzenden des Ständigen Komitees der Nationalversammlung der SRV, Truong Chinh, auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion ein. Unser Bild: Die Delegation der Nationalversammlung der SRV an der Kremllmauer.

Foto S. Kossyrjew

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 33 AUGUST 1977
Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur),
W. Kusnezow, B. Pistschik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjowski (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben),
D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Plostschadj Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Helsinki weist den Weg	1
Kollektive Erfahrung, kollektive Vernunft	4
W. Gawilewski — UdSSR—SFRJ: Wertvolle Treffen	6
W. Tretjakow — Indien: Etappen der Entwicklung	8
S. Lewtschenko — Japan: Hiroshima — nie wieder!	10
W. Tichomirow — KVDR: Erfolgreicher Aufbau	10
K. Karagesian — UdSSR—BRD: Nach sieben Jahren	12
W. Jermakow — Portugal: Rückkehr der Gewesenen und die Zukunft	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
T. Háiková, J. Knorre — Reise ins Land der Flammen	18
M. Tschernoussow — USA: Verteidigungsminister in der Offensive	22
Im memoriam Makarios	23
L. Chlebnikow — Nepal: Bei Freunden	24
W. Kriwzow — China: Labiles Gleichgewicht	26
G. Simanas — Kanadische Probleme	28
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

In den letzten 15 Jahren haben die jugoslawischen Schiffbauer viele Tanker, Frachter, Fahrgastschiffe, Schwimmdocks und Schubdampfer für die Sowjetunion fertiggestellt. Titelbild: Die Schiffswerft „Split“

Das Foto wurde von der SFRJ-Botschaft in Moskau überlassen

KOLLEKTIVE ERFAHRUNG, KOLLEKTIVE VERNUNFT

Das Sowjetvolk diskutiert seine Verfassung

Man kann sehr wohl sagen, daß die neue sowjetische Verfassung, schon bevor sie in Kraft getreten ist, dazu beigetragen hat, die sowjetische Demokratie auf ein höheres Niveau zu heben. Zu dieser Feststellung berechtigen einen die ersten Ergebnisse der Volksdiskussion über den Verfassungsentwurf. Die Verfassungskommission gibt an, daß schon in den ersten anderthalb Monaten seit Veröffentlichung des Entwurfs im ganzen Land über 650 000 Versammlungen der Werktätigen mit 57 Millionen Teilnehmern stattgefunden haben. Die Kommission und ihr Vorsitzender, Leonid Breschnew, die Ortsbehörden und Zeitungsredaktionen, der Rundfunk und das Fernsehen haben über 67 000 Zuschriften mit Stellungnahmen und Vorschlägen zum Entwurf erhalten. Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß in Parteiversammlungen und auf Plenarsitzungen der Parteikomitees 1 925 000 Parteimitglieder das Wort ergriffen haben und in Tagungen der Sowjets — angefangen von den Obersten Sowjets der Unions- und der Autonomen Republiken bis hinunter zu den primären Machorganen — 322 000 Deputierte Stellung genommen haben. Ebenso rege wird über den Verfassungsentwurf in den Gewerkschafts-, Jugend- und anderen Organisationen des Landes sowie bei den Streitkräften diskutiert. Diese Diskussion steht im Zeichen einer Anspannung aller Schaffenskräfte des sowjetischen Volkes für die zügige Erfüllung der vom XXV. Parteitag der KPdSU gefaßten Beschlüsse und dafür, dem 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution mit Glanzleistungen entgegenzugehen.

Ein Forum der Millionen

Im Laufe dieser tatsächlich das ganze Volk erfassenden Diskussion, mit der sich keine jemals in bürgerlichen Staaten abgehaltene Volksbefragung messen kann, hat es sich deutlich gezeigt, daß das sowjetische Volk den Verfassungsentwurf gutheißt und ihn als feste Grundlage für die weitere Entwicklung der Gesellschaft ansieht.

Die Äußerungen und Vorschläge der Sowjetbürger zeugen von hohem politischem Bewußtsein und davon, daß sie am Gedeihen und weiteren Erstarben des Sowjetstaates, an einer weiteren Hebung seines weltpolitischen Ansehens sowie an der Entwicklung und Vervollkommen der sowjetischen Demokratie aufrichtig interessiert sind.

Schon deshalb, weil das Grundgesetz allumfassend ist, gestaltet sich die Diskussion darüber eigentlich zu einer ebenso umfassenden Untersuchung aller Aspekte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens der Sowjetgesellschaft. Seit einigen Wochen führen Millionen Sowjetbürger ein sachliches, interessiertes Gespräch darüber, wie jeder einzelne Artikel des Verfassungsentwurfs möglichst wirksam und so gestaltet werden kann, daß er zum schnellen Vorwärtsgang beim kommunistischen Aufbau beiträgt.

Wollte man in wenigen Worten die bedeutendsten Wesenszüge der Volksdiskussion umreißen, so wären es, unserer Ansicht nach, die folgenden: *Vertrauen, Interessiertheit, Sachlichkeit und patriotischer Stolz.* Vertrauen zur kommunistischen Partei und zur Sowjetmacht; Interessiertheit an der neuen Verfassung der UdSSR, die eine neue Entwicklungsphase der Sowjetgesellschaft kennzeichnet; Sachlichkeit der eingebrachten Vorschläge, die von dem Gefühl eines jeden sowjetischen Menschen herrührt, an den großen und kleinen Staatsangelegenheiten beteiligt zu sein; patriotischer Stolz auf die epochenmachenden Leistungen unseres sozialistischen Heimatlandes, ein Stolz, der mit proletarischem Internationalismus Hand in Hand geht.

Die Stellungnahmen zum Verfassungsentwurf werden in der Presse ausführlich veröffentlicht und von der Verfassungskommission sorgfältig erwogen. Zum Analysieren und Sichten der Vorschläge sind Sachverständige sowie Vertreter von Ministerien und gesellschaftlichen Organisationen herangezogen.

Man kann schwerlich erwarten,

daß der Entwurf alle Vorschläge und Zusätze aufnehmen wird, die in der Diskussion angeregt werden. Aber schon die Tatsache, daß alle oder fast alle erwachsenen Landesbewohner sich Gedanken über die im Grundgesetz enthaltenen Fragen machen, ist politisch und praktisch ungemein wichtig. Die Diskussion steigert die politische Aktivität und den Arbeitselan der Sowjetbürger, schärft ihren Blick für alles ringsum und veranlaßt sie, die eigene Arbeit, die der Belegschaft sowie die Staatsgeschäfte überhaupt kritisch ins Auge zu fassen und schließlich neue Reserven ausfindig und nutzbar zu machen. Zahlreiche Vorschläge, die über den Rahmen der Verfassung hinausgehen, werden höchstwahrscheinlich berücksichtigt, sobald begleitende Gesetze zur neuen Verfassung formuliert werden. Tausende kritische Bemerkungen werden schon jetzt von den Partei- und Verwaltungsorganen aufgegriffen, und die kritisierten Mängel werden behoben. Also geht nichts von der aufgewandten gesellschaftlichen Energie verloren.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß auch alle unvoreingenommenen Beobachter in der kapitalistischen Welt in der Volksdiskussion über den Verfassungsentwurf noch einen Beweis für die aktive Teilnahme der Massen am politischen Leben der UdSSR und für ihre freie Willensäußerung sehen.

Neues im Verhältnis Bürger — Staat

Zu den größten Errungenschaften der sozialistischen Ordnung in unserem Land gehören die völlig neuartigen Beziehungen zwischen dem Staat — jetzt einem Staat des ganzen Volkes — und seinen Bürgern. Gerade ihre Neuartigkeit aber führt dazu, daß im kapitalistischen Westen manche Besonderheiten unserer Demokratie, namentlich das Verhältnis zwischen Staat und Individuum, nicht verstanden werden. Von bewußten, bössartigen Lügen der reaktionären Propaganda wollen wir hier ganz absehen, aber sogar viele vernünftige Leute, darunter

arbeitende Menschen, lassen sich in diesen Fragen leicht irreführen. Ausgehend von ihren Vorstellungen, die aus der kapitalistischen Wirklichkeit herrühren, sowie von ihren größtenteils schlechten Erfahrungen mit dem bürgerlichen Staat, können manche Leute im Westen nicht begreifen, warum die sowjetischen Menschen die Interessen des sozialistischen Staates und der Gesellschaft als ihre ureigenen ansehen, ja daß sie sie oft sogar über die eigenen stellen.

Wer die sowjetische Demokratie mit bürgerlicher Elie messen will, muß z. B. darüber stutzen, daß die Diskussionsteilnehmer sich gleichermaßen mit den Rechten und Freiheiten wie mit den Pflichten und der Verantwortung der Bürger vor Gesellschaft und Staat befassen.

Unsere Presse brachte bekanntlich in den letzten Wochen viele Vorschläge von Bürgern, gerichtet gegen Elemente, die nicht ehrlich arbeiten und auf Kosten der Gesellschaft leben wollen, gegen solche, die gegen die Arbeitsdisziplin und die öffentliche Ordnung verstoßen und dem Namen eines sowjetischen Bürgers Schande machen. Arbeiter, Kolchosbauern, Intellektuelle, Veteranen der Arbeit und des Großen Vaterländischen Krieges schreiben, die neue Verfassung müsse Bestimmungen aufweisen, in denen ein solches Verhalten gesetzlich verurteilt wird.

Ohne den Entscheidungen der kompetenten Stellen beim endgültigen Formulieren des Grundgesetzes vorgreifen zu wollen, kann man feststellen, daß diese Initiative der Bürger dem Sozialismus Ehre macht. Sie zeigt, daß die Erkenntnis der neuen Rolle des Staates als vertrauenswürdigen Garanten der Rechte und Freiheiten des sowjetischen Menschen uns schon in Fleisch und Blut übergegangen ist. Deshalb bemüht sich der politisch bewußte sowjetische Mensch darum, von den Rechten und Freiheiten vollen Gebrauch zu machen, die ihm die sowjetische Ordnung bietet, und ebenso darum, alle Aspekte des öffentlichen Lebens zu vervollkommen und die Aufgaben beim kommunistischen Aufbau zu erfüllen. In diesem Sinne schlägt der Schoffor Sagidullin aus der Tatarischen ASSR vor, daß in der Verfassung ausdrücklich gesagt wird: „Die großen Rechte setzen auch eine große Verantwortung voraus.“

In seinem Referat auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom Mai

sagte Leonid Breshnew: „Jeder Sowjetbürger muß klar erkennen, daß die wichtigste Garantie für seine Rechte letzten Endes in der Macht und dem Aufblühen der Heimat liegt.“ Der ganze Verlauf der Diskussion beweist stichhaltig, wie nahe dieser Gedanke jedem sowjetischen Menschen liegt. Daher die große Arbeitsinitiative und die Fähigkeit der einfachen sowjetischen Werktätigen, die zur Diskussion stehenden Probleme von staatsmännischer Warte zu sehen. Auch das ist ein Wesenszug der sowjetischen Demokratie. Während die Politik im Westen immer mehr zu einem Beruf gemacht wird, der ganz an bürgerliche Verwaltungsbeamte übergeht, ist im Sozialismus der genau entgegengesetzte Prozeß im Gange. Hier werden zur Erledigung der öffentlichen und der Staatsgeschäfte immer mehr Leute aus den Betrieben, Forschungsanstalten und Kolchosen herangezogen, die viel Lebenskenntnis besitzen und eng mit großen Belegschaften verbunden sind.

Ein weiter Fragenkreis

Sehr groß ist der Kreis der Fragen, die in der Pressediskussion über die Verfassung zur Sprache kommen. Die Themen sind die Grundlagen des sowjetischen Wirtschaftssystems, Umweltschutz, Einzelaspekte der Rechte verschiedener Kategorien von Werktätigen, die Rolle der Belegschaften, die Jugend-erziehung in Familie und Schule und theoretische Fragen zu bestimmten Eigentumsformen oder zu dem Begriff „nichtselbsterarbeitete Einkünfte“ im Sozialismus. Die Teilnahme von Repräsentanten der verschiedensten Kreise — Arbeitern, Bauern und Fachkräften höchster Eignungsstufe auf vielen Wissensgebieten — macht den Meinungsaustausch gehaltvoll und vielseitig. Hier einige Stellungnahmen.

Dr. jur. habil. Gukassian und Gerichtspräsident im Gebiet Kalinin Jelissarow haben in der *Iswestija* die Unklarheit des in Artikel 12 erwähnten Begriffs „nichtselbsterarbeitete Einkünfte“ zur Sprache gebracht. Sie schreiben, in der Sowjetgesellschaft seien persönliche Einkünfte wie Erbschaften, Versicherungsprämien und Lotteriegewinne, obwohl nicht erarbeitet, gesetzlich zulässig. Deshalb schlagen sie vor, in dem Artikel den Ausdruck „nichtselbsterarbeitete“ durch „nicht gesetzlich vorgesehene Einkünfte“ zu ersetzen.

In drei Zuschriften, die in einer Ausgabe der *Prawda* erschienen, wird angeregt, daß folgender Passus aus Artikel 49 präzisiert wird: „Verfolgung wegen Kritik ist untersagt.“ A. Gambarow aus Baku schlägt folgende Formulierung dafür vor: „Eine Verfolgung wegen berechtigter und begründeter Kritik ist untersagt.“ W. Owadenko aus Shitomir und A. Zejew aus der Region Krasnodar regen an, daß Mundtotmachen berechtigter Kritik unter Strafandrohung verboten wird, und der letztere meint sogar, daß dieses Delikt unter Strafgesetze fallen solle.

I. Schwez aus der Usbekischen SSR möchte ins Staatswappen ein kosmisches Motiv aufgenommen sehen, „als Symbol dafür, daß unser Land als erstes in den Kosmos vorstieß“. J. Agejew möchte die Bestimmung, laut der „die Richter und Volksbeisitzer unabhängig und nur dem Gesetz unterstellt sind“, durch folgende Worte ergänzen: „... für dessen richtige Ausübung sie die Verantwortung tragen“.

Schon diese auf gut Glück herausgegriffenen Beispiele zeigen, wie gründlich sich die sowjetischen Menschen den Wortlaut der Verfassungsartikel überlegen und wie sie um exakte Formulierungen sowie um eine möglichst vollständige Erfassung sämtlicher Erscheinungen aus dem Leben bemüht sind.

Die rückhaltlose Billigung des Verfassungsentwurfs als Ganzen bedeutet also keine Billigung jedes seiner Buchstaben. Mehr noch, die Diskussionsteilnehmer sind nicht in allem einer Meinung und können es auch nicht sein. Die gemeinsame materialistische, wissenschaftliche Weltanschauung macht aus den Sowjetbürgern keineswegs Konformisten, wie die antisozialistische Propaganda behauptet. Im Gegenteil, die sowjetischen Menschen sind gewöhnt, selbständig zu urteilen.

Deshalb liest man in ein und derselben Zeitung oft entgegengesetzte Meinungen zu einer Frage. Man denke z. B. an den hitzigen Disput über den Vorschlag des Schlossers O. Kuzy aus Odessa, den Artikel 35 über gleiche Rechte von Frau und Mann in der UdSSR aus der Verfassung zu streichen, weil die Gleichberechtigung schon erreicht und grundsätzlich in allgemeiner Form in einem anderen Artikel verbrieft sei. Viele lehnten den Vorschlag entschieden ab, weil dann die besondere Bedeutung abgeschwächt werde,

die der Stellung der Frau in der sozialistischen Gesellschaft beigemessen wird.

Auch die Meinungen in puncto Rentenwesen gingen weit auseinander. N. Sentschuk schlägt vor, das Rentenalter für Männer mit 60 und für Frauen mit 55 Jahren, wie es jetzt in der UdSSR ist, in der Verfassung zu verbriefen. Dagegen ist der Moskauer Ingenieur L. Drushkin, weil die Medizin jetzt die durchschnittliche Lebenserwartung der Sowjetbürger vergrößert habe, so daß das Rentenalter bestimmt mit der Zeit höher angesetzt werden könne. Die Moskauer Arbeiterin J. Uskowa denkt ganz wie N. Sentschuk, sie schreibt in der *Prawda*, das Recht, mit 60 bzw. mit 55 Jahren und in einigen Berufen noch früher in den Ruhestand zu treten, sei eine große soziale Errungenschaft des Sowjetvolkes, die im Grundgesetz verbrieft werden müsse.

Restlos einig sind sich die sowjetischen Menschen über den wichtigen Artikel 6, in dem die Rolle der KPdSU als führende und lenkende Kraft der Sowjetgesellschaft, als Kern ihres politischen Systems verbrieft ist. Allgemeine Zustimmung hat auch die Aufnahme eines speziellen Kapitels über die außenpolitischen Grundsätze der UdSSR in die Verfassung gefunden. Aus den zahlreichen Äußerungen sowjetischer Bürger — sowohl Mitglieder der KPdSU als auch sehr vieler Parteilooser — spricht größtes Vertrauen zur Parteiführung, zur KPdSU und zu den hohen Idealen, die für ihr ganzes Tun bestimmend sind. Zugleich wird in vielen Zuschriften an die *Prawda*, wie diese mitgeteilt hat, vorgeschlagen, in der Verfassung zu betonen, daß sich die Mitglieder der KPdSU von allen anderen sowjetischen Bürgern nur insofern unterscheiden, als sie größere Pflichten und eine größere Verantwortung vor dem Volk haben.

Die Diskussion über den Verfassungsentwurf geht weiter, ja die politische Massenkampagne tritt erst in ihre zweite Phase ein. Die Teilnahme immer neuer Millionen wird den Erfahrungsschatz auf dem Gebiet der sowjetischen Verfassungen mehren, der zweifellos allgemeine Bedeutung besitzt. Die gemeinschaftliche Vernunft und Erfahrung der Millionen, die im neuen Grundgesetz ihren Niederschlag gefunden haben, werden ein machtvoller Anstoß zu neuen Erfolgen beim kommunistischen Aufbau sein. ■

UdSSR—SFRJ

WERTVOLLE TREFFEN

Sowjetisch-jugoslawische Gipfeltreffen sind zu einer schönen Tradition geworden. Das letzte Mal verhandelten Generalsekretär Leonid Breschnew und der Vorsitzende des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz Tito, im November 1976. Ihre Gespräche haben für die Fortentwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern eine große Rolle gespielt.

Anlässlich des bevorstehenden Besuchs Titos in der UdSSR sagte ein Sprecher des Bundessekretariats für auswärtige Angelegenheiten, Mirko Kalezić: „Wir schätzen solche Gipfeltreffen ganz besonders, denn sie bieten jedes Mal eine gute Gelegenheit zu einem detaillierten Meinungsaustausch über unsere Zusammenarbeit und unsere Beziehungen. Diese entwickeln sich gerade jetzt gut. Deshalb glauben wir, daß der Besuch die allseitige Zusammenarbeit noch weiter vorwärtsbringen und das gute Einvernehmen noch verbessern wird.“

Unser Berichterstatter in Belgrad, Wladimir Gawilewski, hat uns einige kurze Interviews mit jugoslawischen Freunden eingesandt, in denen sie sagten, wie nützlich die engeren Verbindungen für unsere beiden Länder sind, und über neue Seiten unserer Zusammenarbeit sprachen.

Putnik Daić, Leiter der Gruppe für die Herausgabe der Gesammelten Werke Lenins in Jugoslawien, sagte:

„Bei uns werden Lenins Sämtliche Werke in 40 Bänden zum ersten Mal herausgegeben. Wir haben dazu die kompetentesten Übersetzer und Fachwissenschaftler herangezogen. Die Arbeit nahm einige Jahre in Anspruch. Der Verlag brachte jedes Mal zehn Bände heraus. Wie geplant war, sind die letzten zehn jetzt, zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, erschienen. Viele Werke Lenins erscheinen in Jugoslawien zum ersten Male.“

Filip Babić, stellvertretender Bundessekretär für den Außenhandel der SFRJ, sagte:



Der Marx-Engels-Platz in Belgrad

„Über den Stand und das Entwicklungstempo der Wirtschaftsverbindungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion geben Zahlen ziemlich genauen Aufschluß. Unser Warenverkehr war für 1971—1975 mit 3,7 Md. Dollar eingeplant, erreichte aber am Ende des fraglichen Planjahrfünfts 5,9 Md. Dollar. Im laufenden Planjahrfünft (1976 bis 1980) soll er auf 14 Md. Dollar anwachsen. Die Summe wird bestimmt erreicht werden. Schon dieses Jahr wird der Warenverkehr fast 2,5 Md. Dollar ausmachen.“

Ich möchte feststellen, daß sich unsere Wirtschaftsbeziehungen planmäßig, ohne Stockungen und Schwankungen, entwickeln, was für die Wirtschaft Jugoslawiens sehr wichtig ist, die sich ja weitgehend auf den Außenhandel orientiert. Immer umfangreicher wird die direkte Zusammenarbeit verwandter Industrien. Ich meine damit die Kooperierung, die Spezialisierung, den Ausbau der Kreditbeziehungen und schließlich die Ausführung gemeinsamer Projekte in dritten Ländern. Die letztgenannte Form der Zusammenarbeit interessiert uns ganz besonders. Jugoslawien ist ein kleines Land und könnte schwerlich allein Kredite für ein ganzes Projekt einräumen, einer Beteiligung aber sind wir durchaus gewachsen. Grundsätzlich wichtig ist

■ LATEINAMERIKA

Am 5. und 6. August fand in Bogotá ein Gipfeltreffen von sechs lateinamerikanischen Ländern statt. An dem auf Initiative Panamas veranstalteten Treffen nahmen der Präsident Kolumbiens, Alfonso López Michelsen, der Präsident Kostarikas, Daniel Oduber, der Präsident Mexikos, José López Portillo, der Präsident Venezuelas, Carlos Andrés Pérez, der Regierungschef Panamas, General Omar Torrijos, und der Premierminister Jamaikas, Michael Manley, teil. Sie erörterten den Verlauf der Verhandlungen zwischen Panama und den USA über einen neuen Status des Panamakanals.

Die Konferenzteilnehmer bekundeten ihre entschiedene Unterstützung für den Kampf des Volkes und der Regierung Panamas zur Beseitigung der Kolonialenklave im Herzen des Landes. Wie Alfonso López Michelsen erklärte, geht das Problem des Panamakanals nicht nur ein Land an; die Wiederherstellung der legitimen Rechte des panamaischen Volkes über die Kanalzone hat große Bedeutung in ganz Lateinamerika erlangt. In einer gemeinsamen Erklärung, die nach Abschluß des Treffens veröffentlicht wurde, sprachen sich die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der sechs Länder für die schnellstmögliche Unterzeichnung eines neuen Vertrages aus, der diesen Überrest des Kolonialismus auf dem amerikanischen Kontinent beseitigen würde.

■ ECOSOC

Am 4. August ging in Genf die ordentliche 63. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (ECOSOC) zu Ende, dem 54 Staaten, u. a. die UdSSR und die Ukrainische SSR, angehören. Die Tagung erörterte eine Reihe wichtiger Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der Sozialpolitik. Die Erfüllung der Resolutionen der UNO-Vollversammlung zu einer internationalen Entwicklungsstrategie, zu einem Aktionsprogramm für die Errichtung einer neuen, gerechten internationalen Wirtschaftsordnung und zur Verwirklichung der Deklaration über die Gewähr der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker wurde behandelt.

Der ECOSOC nahm eine Resolution an zum Studium der langfristigen Tendenzen in der Wirtschaftsentwicklung der Weltregionen, die von einer Reihe

uns die Ausführung von Projekten gemeinsam mit der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern.

Unsere Pläne für die Zusammenarbeit reichen über 1980 hinaus.“

Prof. Zvonko Knežević, der Vizevorsitzende des staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik:

„Mit der Zusammenarbeit unserer Länder in Wissenschaft und Technik kommen wir gut voran. Besonders wichtig ist es, daß viele gemeinsame Projekte ausgeführt worden sind. Hier ein Beispiel: Die Zusammenarbeit sowjetischer Wissenschaftler und solcher vom Belgrader Mihailo-Pupin-Institut hat zur Entwicklung einer modernen EDV-Anlage für eine große Industrie- und Forschungszentrale in Nowosibirsk geführt.

Unser Jaroslav-Černi-Institut macht gemeinsam mit Leningrader Wissenschaftlern neue Möglichkeiten zur Nutzung der Wasserressourcen ausfindig. Die jugoslawische Energoinvest arbeitet mit dem Institut der AdW der UdSSR für Steuerung und Automation und mit dem Paton-Institut in Kiew zusammen. Wir haben gemeinsam einige Hundert Forschungsprojekte ausgeführt.

Viel Neues ist über die kulturelle Zusammenarbeit zu berichten. Die großen Fortschritte auf diesem Gebiet sind dem ersten dreijährigen sowjetisch-jugoslawischen Kulturabkommen für 1974–1976 zu verdanken. Den erfolgreichen Abschluß dieses Programms bildeten im Oktober und November v. J. Tage der sowjetischen Kultur in Jugoslawien und Tage der jugoslawischen Kultur in der UdSSR. Ich führte damals die jugoslawische Delegation, die nach der UdSSR reiste, und kann sagen, daß die SFRJ erstmalig Veranstaltungen solchen Umfangs im Auslande hatte.

Ende Juli wurde in Moskau ein neues Kulturabkommen für 1977 bis 1979 unterzeichnet. In einem Interview kann ich nicht den ganzen Inhalt wiedergeben. Ich will mich damit begnügen, Ihnen zu sagen, daß ein Austausch von Wissenschaftlern, Lehrkräften und Studenten vorgesehen ist, die Koproduktion von Filmen, Kunstausstellungen, Gastreisen des Bolschoi-Balletts, des Moissejew-Ensembles usw. nach Jugoslawien und der Truppe eines jugoslawischen Schauspielhauses sowie des Kroatischen Gesangs- und Tanzensembles nach der UdSSR.

Uns freut es sehr, daß sich Leonid Breschnew und Josip Broz Tito bei ihrer Belgrader Zusammenkunft vom vergangenen November mit hoher Anerkennung über die kulturelle Zusammenarbeit unserer beiden Länder ausgesprochen haben.“

Milorad Najdanović, stellvertretender Leiter der Serbischen Volksbibliothek in Belgrad, sagte:

„Wir arbeiten mit 23 sowjetischen Bibliotheken, besonders mit der Moskauer Lenin-Bibliothek und der Leningrader Saltykow-Stschedrin-Bibliothek, zusammen. Wir haben viel gemeinsame Interessen. Bei unseren Lesern sind die russischen und sowjetischen Klassiker sehr beliebt; ebenso sind sowjetische Fachschriften für Physik, Chemie, Mathematik, Biologie und andere Wissenschaften sehr gefragt. Die sowjetischen Kollegen wiederum interessieren sich für unsere geschichtlichen Forschungen über den zweiten Weltkrieg, über das öffentliche und politische Leben sowie die Kultur der Völker Jugoslawiens. Bücher, für die sich unsere Leser interessieren, bekommen wir im Austausch aus der UdSSR. Das ist eine sehr rationelle Form der Zusammenarbeit. Wir halten gemeinsam mit sowjetischen Kollegen wissenschaftliche Symposien ab und tauschen Ausstellungen aus. Die sowjetischen Erfahrungen im Bibliothekswesen interessieren uns sehr.“

Jetzt, vor dem Besuch Josip Broz Titos in der UdSSR, denken wir daran, was Leonid Breschnew bei seinem Besuch in Belgrad vom vergangenen November über die sowjetisch-jugoslawische Zusammenarbeit sagte, nämlich an folgende Worte: „In ihrer Einstellung zu Jugoslawien geht die Sowjetunion unentwegt von dem Bestreben aus, das Freundschaftsverhältnis mit ihm auf dem Boden völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung, gegenseitigen Vertrauens und absoluter Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen zu festigen und auszubauen. Wir möchten dieses Verhältnis zum Vorteil der Völker unserer beiden Länder und für unsere gemeinsame Sache ausdehnen: für die Sache des Friedens und des Sozialismus.“

Das bevorstehende Gipfeltreffen Leonid Breschnews und Josip Broz Titos in Moskau wird die Beziehungen zwischen unseren Parteien und Völkern bestimmt auf ein noch höheres Niveau heben.

Etappen der Entwicklung

Am 15. August 1947 hörte die jahrhundertelange Herrschaft der britischen Kolonialisten über Indien auf. Das Land, das einst als „Perle der britischen Krone“ galt, beschriftet den Weg selbständiger Entwicklung. In den 30 Jahren seit jenem Tag hat Indien große Fortschritte in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur erzielt und ein hohes internationales Ansehen erlangt. Die Befreiung Indiens war ein begeisterndes Beispiel für viele Länder und Völker, die den Kampf gegen den Kolonialismus aufgenommen hatten. Ein hohes Prestige genießt Indien dank seiner konstruktiven, friedensdienlichen Außenpolitik. Deshalb gratulieren alle fortschrittlichen, demokratischen und patriotischen Kräfte des Landes und seine Freunde im Ausland Indien zum Eintritt ins vierte Jahrzehnt seiner Unabhängigkeit.

Die Presse und Öffentlichkeit des Landes, seine Politiker und Staatsmänner verweisen in diesen Tagen auf die Rolle und Bedeutung der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit bei der Festigung von Frieden und Sicherheit in Asien und der ganzen Welt, bei der Schaffung einer Atmosphäre von Stabilität und guter Nachbarschaft in Südasien. Das ist nur natürlich.

In seiner Rede vor dem indischen Parlament 1973 sagte Leonid Breschnew:

„Die Jahre der Festigung des unabhängigen Indiens sind gleichzeitig auch Jahre der Festigung der sowjetisch-indischen Freundschaft. Wir haben mit gelegentlichen Kontakten begonnen und sind zu einer tiefen und engen Zusammenarbeit in verschiedensten Bereichen gekommen, die sich auf den Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit stützt.“

Auch der indische Ministerpräsident Morarji Desai betonte die Fruchtbarkeit der sowjetisch-indischen Freundschaft.

In seiner kürzlichen Rede im sowjetischen Fernsehen erklärte er: „Wir haben seit dem Augenblick, da wir die Freiheit erkämpft haben, sehr gute Beziehungen zur Sowjetunion. Ich hoffe, daß sie es nicht nur bleiben, sondern sich auch verbessern werden. Ich möchte allen unseren Freunden in der UdSSR — also dem ganzen sowjetischen Volk — versichern, daß wir danach streben, unsere Beziehungen zu festigen und die Zusammenarbeit unserer Länder auszubauen.“

Unter den Faktoren, die zu den Erfolgen Indiens in den Jahren der Unabhängigkeit beitrugen, war die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft. Ebenso wie auf anderen Gebieten sind hier die positiven Ergebnisse seiner Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten besonders gut zu sehen. Heute, da Indien sich komplizierten sozialökonomischen Problemen gegenüberstellt, hilft die Planung nach wie vor in hohem Maße, seine wirtschaftliche Selbständigkeit zu stärken, die Wissenschaft und Kultur zu entwickeln.

Als NZ-Korrespondent ersuchte ich Prof. D. T. LAKDAWALA, den stellvertretenden Vorsitzenden der indischen Plankommission, einige Fragen zur sowjetisch-indischen Zusammenarbeit und zu den wirtschaftlichen Perspektiven Indiens zu beantworten.

Viele Freunde Ihres Landes begehen zusammen mit dem indischen Volk den 30. Jahrestag der Unabhängigkeit und freuen sich über die Erfolge, die Indien in diesen Jahren erzielt hat.

Wie beurteilen Sie die Bedeutung der Wirtschaftsplanung für die Entwicklung Indiens in der abgelaufenen Periode?

Die Planung in Indien hat ihre Spezifik, vor allem ist es Investitionsplanung. Gemeint ist die Verteilung der verfügbaren Mittel zwecks Steigerung der Produktion

und Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. In jedem Fünfjahrplan wird ein der jeweiligen Entwicklungsphase entsprechendes Schema für die Verteilung der Mittel zwischen der Zentralregierung und den Regierungen der einzelnen Unionsstaaten vorgesehen. Die Plankommission ist verantwortlich dafür, daß ein umfassender gesamtnationaler Plan aufgestellt wird, und koordiniert die Vorbereitung von Plänen der Landesministerien und der Ministerien der einzelnen Staaten. Sie erhält allgemeine Weisungen vom Rat für nationale Entwicklung und arbeitet mit dem Ministerkabinett zusammen. Die Investitionspläne werden veröffentlicht und im Parlament der Republik, den Gesetzgebenden Versammlungen der Staaten

sowie auf den Foren der Öffentlichkeit erörtert.

Vor 25 Jahren wurden die ersten Elemente der Planung eingeführt. Seitdem betragen die durchschnittlichen Wachstumsraten der indischen Wirtschaft 3% im Jahr. Die Einkünfte pro Kopf der Bevölkerung sind in dieser Zeit nur um 11% gestiegen. Ein solches Wachstum kann uns noch nicht befriedigen, wenn es auch viel höher als früher ist. In der Zeit der Unabhängigkeit hat Indien seine Industriekapazitäten und die Agrarproduktion gesteigert, die Verkehrswege und das Nachrichtenwesen verbessert. Bei der Planung der nächsten Entwicklungsphase unserer Volkswirtschaft akzentuieren wir die Stärkung der Agrarbasis, weil davon, wie wir glauben, in vieler Hinsicht abhängt, wie wir so akute Probleme wie die Arbeitslosigkeit oder die Lebensbedingungen der ärmsten Bevölkerungsschichten lösen.

Inwiefern hat die sowjetisch-indische Zusammenarbeit Ihrer Meinung nach zur Erfüllung der Fünfjahrpläne für die nationale Entwicklung beigetragen?

Vor allem möchte ich hervorheben, daß es die Erfahrungen der UdSSR und ihre dank der Planung erzielten Wirtschaftserfolge waren, die uns dazu veranlaßten, unsere Volkswirtschaft gemäß Fünfjahrplänen zu entwickeln. Die Sowjetunion arbeitet mit Indien bei der Verwirklichung vieler wichtiger Projekte zusammen. Genannt seien Objekte der Stahlindustrie, des Schwermaschinenbaus und der Chemie, ferner hilft uns Ihr Land bei der Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte. Sowjetische Experten haben uns großen Beistand bei der Erdölprospektierung und beim Bau ölverarbeitender Betriebe geleistet. Die indischen Planer studieren weiterhin die Prozesse der nationalen Entwicklung und die Planungsmethoden in verschiedenen Ländern, um zu wissen, welchen Nutzen wir für die Erfüllung der eigenen Pläne daraus ziehen können. Im Zusammenhang damit werden wir aufmerksam auch die Erfahrungen der UdSSR bei der Planung auswerten.

Was zeichnet die Planpolitik der neuen Regierung aus? Was können Sie zur Rolle des staatlichen Sektors in der nationalen Wirtschaft, u. a. im neuen Fünfjahrplan, sagen?

Die Hauptziele des nächsten, 6. Fünfjahrplans Indiens ließen sich folgendermaßen formulieren: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Lebensbedingungen für die ärmsten Schichten unserer Gesellschaft. Wir glauben, daß die Aufgaben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und das Dorf rascher zu entwickeln, eine intensivere Planung auf lokaler Ebene wie auch im Rahmen der Unionsstaaten erfordern. Der Anteil der Investitionen in In-

lich. In den 30 Jahren der Unabhängigkeit wurde nicht wenig getan, es steht noch viel Arbeit bevor. Wir sind fest entschlossen, gestützt auf die bewährte Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Volk und anderen befreundeten Völkern, diese Aufgaben zu bewältigen.

...

Abschließend sei über ein großes Ereignis im öffentlichen Leben der indischen Hauptstadt berichtet. Am

7. August fand dort ein Massenmeeting zum 6. Jahrestag des sowjetisch-indischen Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit sowie zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens statt. Chandrajit Yadav, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Allindischen Organisation für Frieden und Solidarität, sagte auf dem Meeting:

„Die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern fußt auf den Prinzipien der Gleichheit, des gegenseitigen Nutzens und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Sie ist von internationaler Bedeutung. Indien und die UdSSR sind gegen das Wettrüsten, für den Weltfrieden. Sie unterstützen den nationalen Befreiungs-

kampf der Völker... Die neue Regierung Indiens hat ihren Wunsch erhärtet, die freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR zu entwickeln, was den Interessen beider Völker entspricht.“

Auch andere Redner forderten dazu auf, die traditionelle sowjetisch-indische Freundschaft zu festigen. Das ist begreiflich: Die 30 Jahre Unabhängigkeit haben überzeugend nachgewiesen, daß weite Kreise der indischen Gesellschaft an der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern interessiert sind. Wir in der Sowjetunion sind unsererseits überzeugt: Es bestehen alle Möglichkeiten, die freundschaftlichen sowjetisch-indischen Beziehungen zum Wohl unserer Völker, zum Wohl des Friedens in Asien und der ganzen Welt zu erweitern und zu vertiefen.

W. TRETJAKOW
Eigenberichterstatter

NZ STREIFLICHTER

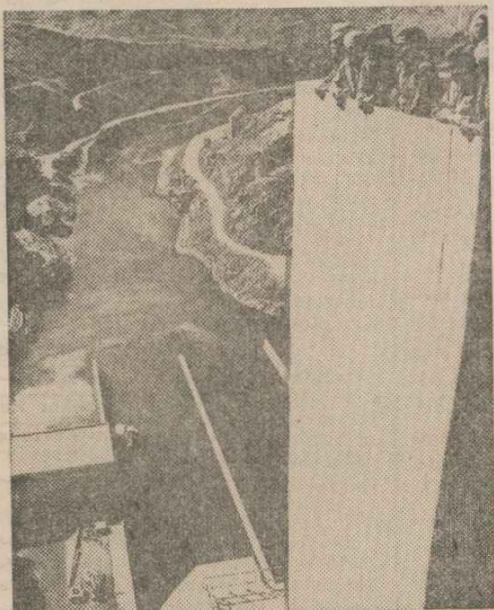
sozialistischer und Entwicklungsländer vorgeschlagen wurde. Wie es in diesem Dokument heißt, soll die Tätigkeit der UNO dazu beitragen, daß die erforderliche Grundlage für internationale Verhandlungen über den Welthandel, Rohstoff-, Lebensmittel-, Währungsfragen u. a. geschaffen wird. Der ECOSOC bat den UNO-Generalsekretär, zusammen mit dem Ausschuß für Entwicklungsplanung allgemeine Perspektiven der Weltwirtschaft bis 1990—2000 zu entwickeln.

Mit überwiegender Mehrheit billigte die Tagung eine Resolution über Hilfe für das palästinensische Volk. Der ECOSOC rief die Spezialorganisationen der UNO zu enger Zusammenarbeit mit der PLO bei der Ausarbeitung und Verwirklichung von Projekten auf, die die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes verbessern sollen. Gegen diese Resolution stimmte die US-Delegation.

■ TANSANIA—USA

Am 5. August gingen in Washington zweitägige Gespräche zwischen dem Präsidenten Tansanias, Julius Nyerere, und US-Präsident James Carter zu Ende. In einer amtlichen Verlautbarung heißt es, daß die Seiten „Fragen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika und ihren Zusammenhang mit globalen Problemen behandelten“ sowie Fragen des südlichen Afrika.

Informierte Beobachter meinen, daß die Gespräche nicht zu einer Beseitigung der grundlegenden Unterschiede in der Haltung der USA und Tansanias zur Herstellung der Herrschaft der afrikanischen Mehrheit im südlichen Afrika geführt haben. Nach Pressemeldungen versuchte Carter, sich die Unterstützung Nyereres für den englisch-amerikanischen „Friedensplan“ in Rhodesien zu sichern. Doch der Präsident Tansanias betonte auf einer Pressekonferenz, das afrikanische Volk werde auch ohne die „Vermittlungsbemühungen“ Washingtons und Londons den Sieg über die Rassisten erringen.



Am Kraftwerk Bhakra-Nangal, einem der vielen mit sowjetischem Beistand gebauten Objekte.

Foto TASS

dustrie und Verkehrswesen wird im neuen Plan möglicherweise etwas geringer sein als früher. Das bedeutet aber nicht, daß wir uns um diese Volkswirtschaftszweige nicht kümmern, auch für sie werden beträchtliche Mittel bereitgestellt.

Wenn wir die Hauptrichtungen des gesamtationalen Planes festlegen, sind wir uns darüber klar, daß der staatliche Sektor für die Entwicklung von Industrie, Energiewirtschaft und Transport entscheidend bleibt. Die Plankommission wird auch künftig die Aufstellung des Staatsplans und der Pläne der Unionsstaaten koordinieren.

Die Entwicklung der potentiellen Ressourcen Indiens und die Überwindung der Armut und Arbeitslosigkeit in unserer 600-Millionen-Bevölkerung sind keine leichten Aufgaben, aber wir sind zuversicht-

HIROSHIMA — NIE WIEDER!

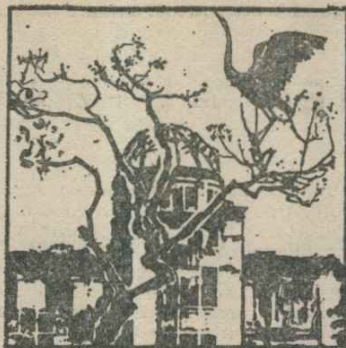
Hiroshima, den 6. August 1977, 8 Uhr, 15 Minuten. Ein riesiger Platz unweit des Zentrums ist voller Menschen. Sie verharren in Schweigen. Weit hört man das Läuten der Glocke, Werksirenen heulen auf, Autos hupen. Genau an diesem Tag, zur gleichen Stunde und Minute loderte vor 32 Jahren dort, wo sich jetzt der Friedenspark befindet, der unheil kündende Feuerschein der Atomexplosion auf, die das Leben vieler tausend Einwohner dieser Stadt vernichtete.

Mit einer Schweigeminute ehrten mehr als 40 000 Menschen, die zur Kundgebung gekommen waren, das Gedenken an die Opfer der Atomexplosion — unter ihnen waren auch Teilnehmer der internationalen Konferenz für ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen vom 3. bis zum 6. August in Hiroshima.

Das jetzige Forum war wohl das repräsentativste in der gesamten Nachkriegszeit. Zum erstenmal seit vielen Jahren wurde es gemeinsam von zwei gesellschaftlichen Organisationen veranstaltet — dem Landesrat für ein Verbot der A- und H-Waffen und vom Gensuikin, Organisationen, die Millionen Friedensanhänger vereinen. An der Konferenz nahmen etwa 160 ausländische Delegationen teil. Sie vertraten Bewegungen der Friedensanhänger in vielen Ländern sowie eine Reihe internationaler Organisationen. Auf der Konferenz sprachen die Delegierten von der Notwendigkeit, ein umfassendes Verbot des Einsatzes und der Produktion von Kernwaffen und der anderen Arten von Massenvernichtungswaffen zu erreichen.

Leninpreisträger Sean MacBride sagte mir:

„Ich messe dieser Konferenz große Bedeutung bei. Zweifelsohne wird sie einen weiteren Zusammenschluß der



Friedenskräfte in vielen Ländern, auf allen Kontinenten fördern. Das ist besonders wichtig — am Vorabend der Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung, die im Mai—Juni 1978 stattfinden soll. Wir müssen dazu beitragen, daß diese Tagung wirklich konstruktiv und ergebnisreich wird. Ein Verbot der Kernwaffen erlangt jetzt besondere Bedeutung. Kürzlich gab US-Präsident Carter bekannt, daß in den Vereinigten Staaten eine neue schreckliche Waffe entwickelt werde — die Neutronenbombe. Sich für die Menschenrechte einzusetzen und den Pentagon-Plänen für eine Produktion von Neutronenwaffen zuzustimmen, die in erster Linie alles Lebende vernichten, ist amoralisch.“

In Resolutionen der Konferenzteilnehmer wird entschieden die Entwicklung neuer Arten von Kernwaffen in den USA verurteilt, werden die Forderungen nach einer Beseitigung der amerikanischen Militärstützpunkte in Japan und anderen Teilen der Erde unterstützt.

Am Abend des 6. August ging die Konferenz zu Ende. Auf dem Rückweg nach Tokio kam ich im Zug mit japanischen Teilnehmern dieses Forums ins Gespräch. Ihre Meinung war einhellig: Allein die Geschlossenheit aller Fortschrittskräfte der Erde kann jene in den USA und Westeuropa stoppen, die einen wahnwitzigen Kurs auf die Entwicklung neuer Massenvernichtungsmittel verfolgen.

S. LEWTSCHENKO
Eigenberichterstatter

Hiroshima—Tokio

Am 15. August feiert Volkskorea ein ruhmreiches Jubiläum — den 32. Jahrestag der Befreiung des Landes von der japanischen Kolonialherrschaft. In den Augusttagen von 1945 brachte die Sowjetarmee den Elitetruppen des japanischen Imperialismus in der Mandschurei und in Korea eine vernichtende Niederlage bei und half damit dem koreanischen Volk, das einen schweren Kampf gegen die koloniale Unterdrückung führte, die ersehnte Freiheit zu erlangen. 1948 wurde im Norden Koreas der erste Werktätigenstaat in der Geschichte dieses Volkes, die Koreanische Volksdemokratische Republik, gegründet. „Wäre Korea nicht von der Sowjetunion befreit worden“, sagte der Generalsekretär des ZK der PdAK, Präsident der KVDR Kim Ir Sen, „existierte auch die Koreanische Volksdemokratische Republik nicht und unsere nationale Befreiungsbewegung könnte nicht so siegreich voranschreiten.“

Im Sommer 1950 wurde die friedliche Aufbauarbeit des koreanischen Volkes durch den Krieg unterbrochen, der von den imperialistischen Kräften der USA und der südkoreanischen Militärclique entfesselt wurde. Mit Unterstützung der sozialistischen Staaten wurden die Aggressoren geschlagen. Das Volk der KVDR konnte in kurzer Zeit die Kriegswunden heilen und die zerstörte Wirtschaft wiederaufbauen. In den nachfolgenden Jahren wurde im Lande die materiell-technische Basis des Sozialismus geschaffen.

Im Sechsjahrplan der Republik (1971—1976) war vorgesehen, „die sozialistische Ordnung noch mehr zu festigen, sie weiter zu entwickeln und dem vollständigen Sieg des Sozialismus näher zu kommen“. Dem Umfang der Bruttoproduktion nach wurde dieser Plan um 1 Jahr und 4 Monate vorfristig, zum 30. Jahrestag der PdAK, am 10. Oktober 1975, erfüllt. Das Volkskorea von heute ist ein sozialistischer Industriestaat, der Maschinenbau, große Hütten- und Chemiewerke und Elektroenergie hat. Allein in den letzten 6 Jahren hat sich das Bruttovolumen der Industrieproduktion mehr als verdoppelt.

1976 wurde der Bau eines großangelegten Bewässerungssystems beendet, wodurch die Abhängigkeit der Landwirtschaft von Witterungsverhältnissen, Dürren und Überschwemmungen, die früher großen Schaden verursachten, wesentlich geringer wurde. Die Republik bekommt jetzt stabil hohe Erträge — bis 8 Millionen Tonnen Getreide,

ERFOLGREICHER AUFBAU

vor allem Reis, im Jahr. Auf den Feldern der Bauerngenossenschaften arbeitet man mit modernen landwirtschaftlichen Maschinen, die Dörfer sind vollständig elektrifiziert, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der Industrie mit Rohstoffen ist gesichert.

Im Rahmen des Sechsjahrplanes wurden Maßnahmen zur weiteren Hebung des Lebensniveaus des Volkes durchgeführt. Eine große Leistung war die Einführung der allgemeinen 11jährigen Schulpflicht.

Im laufenden Jahr werden große Bemühungen unternommen, um das Transportwesen zu modernisieren, die Stahlerzeugung, die Kohleförderung, die Zement- und Stromproduktion zu erhöhen und die Leitung der Industrie zu vervollkommen.

Eine andere wichtige Aufgabe dieses Jahres ist, die bewässerten Flächen

in den Dürregebieten zu vergrößern. Im vergangenen und insbesondere im laufenden Jahre wurde in allen Provinzen der Republik intensive Arbeit geleistet, um diese Aufgabe zu erfüllen: Tiefbrunnen werden gebohrt, Stauseen gebaut. Dadurch sind bereits 200 000 Hektar Land bewässert worden. Berghänge werden landwirtschaftlich nutzbar gemacht; auf den Terrassen werden Obstgärten angelegt, deren Gesamtfläche bereits 300 000 Hektar überstieg.

Zur Zeit wird ein neues siebenjähriges (1978—1984) Programm für den wirtschaftlichen Aufbau ausgearbeitet, das auf dem bevorstehenden VI. Parteitag der PDAK angenommen werden soll. Nach vorläufigen Schätzungen wird die Stahlerzeugung in der KVDR mit der Erfüllung des Siebenjahrplanes 7—8 Mio t, die Kohleförderung 70—80 Mio t, die Stromerzeugung 60 Md kWh und die Zementproduktion 12—13 Mio t erreichen.

Die Sowjetunion leistete und leistet — getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus — dem Volk der KVDR brüderlichen Beistand beim Aufbau des neuen Lebens. Mit Hilfe der UdSSR wurden über 50 große Industriebetriebe in den entscheidenden Wirtschaftszweigen der KVDR wieder aufgebaut, modernisiert oder neu errichtet; gegenwärtig wird eine Reihe weiterer wichtiger volkswirtschaftlicher Projekte ausgeführt. Die handelswirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen unseren Ländern haben sich wesentlich erweitert. Allein in den letzten 15 Jahren hat sich der Warenumsatz auf das etwa 3fache erhöht und erreichte 1976 über 300 Mio Rubel. Beide Seiten sind bestrebt, ihre Beziehungen weiterzuentwickeln. Davon zeugen auch das im Januar 1976 unterzeichnete Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen und Zahlungen sowie das Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der KVDR für 1976—1980.

Indem die sowjetischen Menschen zusammen mit dem Volk der KVDR sein Fest begehen, wünschen sie ihren koreanischen Freunden weitere Erfolge beim sozialistischen Aufbau und im gerechten Kampf für eine friedliche Wiedervereinigung ihres Landes.

W. TICHOMIROW

NZ

STREIFLICHTER

Auch zu internationalen Wirtschaftssanktionen gegen das RSA-Regime waren die Meinungen geteilt. Präsident Nyerere rief dazu auf, die Sanktionen einzuhalten, insbesondere die US-Investitionen in die RSA-Wirtschaft aufzugeben. Carter hingegen vertrat die Meinung, Sanktionen seien „nicht an der Zeit“. Carter erklärte, er hoffe auf ... die „aufrichtigen Bemühungen“ des Vorsterregimes.

ANZUS

In Neuseelands Hauptstadt Wellington fand Ende Juli eine Tagung des Militärblocks ANZUS statt, dem Australien, Neuseeland und die USA angehören. Wie aus dem Kommuniké hervorgeht, das von einem stellvertretenden Außenminister der USA sowie von den Außenministern Australiens und Neuseelands unterzeichnet wurde, beabsichtigen die ANZUS-Länder, dieses Militärbündnis zu stärken. Sie erklärten, es sei erforderlich, die militärische Zusammenarbeit weiter auszubauen, gemeinsame Pazifikmanöver abzuhalten sowie zu einem engen Zusammenwirken und zur Koordination zwischen den Streitkräften der ANZUS-Länder beizutragen.

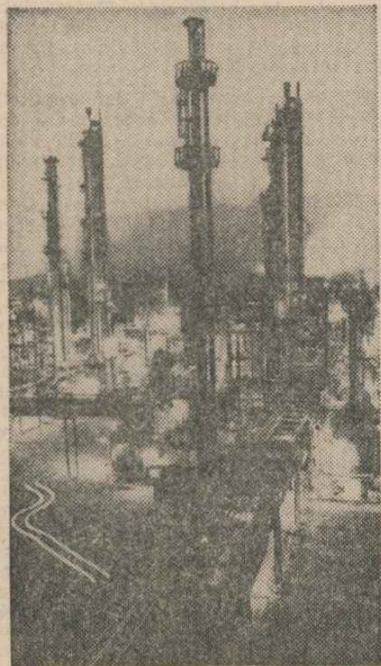
USA

Am 1. August riefen 17 000 Arbeiter der Eisenerzgruben und der Aufbereitungsfabriken in einigen US-Staaten den Streik aus. Die Streikenden verlangen eine Lohnerhöhung, die die Inflationsverluste ausgleichen würde, sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer weigern sich sogar, die Forderungen der Werktätigen zu diskutieren, wozu die Haltung beiträgt, die die Führung der Metallarbeitergewerkschaften einnimmt. Die Gewerkschaftsbosse haben mit den Gesellschaften ein Abkommen geschlossen, das gesamtstaatliche Streiks verbietet. Um ihre Interessen zu verteidigen, haben die Bergleute die Arbeit niedergelegt; Streikposten stehen vor den Aufbereitungsfabriken. Hierdurch kam die Produktion in Betrieben, die etwa 85% des Eisenerzes fördern, zum Erliegen.

Es handelt sich um den ersten großen Streik in der US-Stahlindustrie seit 18 Jahren. Der letzte Ausstand im Jahre 1959 dauerte 116 Tage.

Eine der größten Baustellen der KVDR, das Chemiekombinat am Ufer des Chongchon

Foto aus der Zeitschrift „Korea“



NACH SIEBEN JAHREN

Von unserem ständigen Berichtsfatter
Karen KARAGESIAN

Nachdem wir zwei DM bezahlt hatten, fuhren wir direkt im Wagen in einen riesigen Fahrstuhl. Die Tür schloß sich von oben wie ein Schloßtor im Mittelalter. Dann ging es langsam in die Tiefe. Der Fahrstuhl hielt an, die Tür öffnete sich und gab den Weg in einen schmalen, schwach beleuchteten Tunnel frei. Ein Verkehrsordner winkte uns mit der Hand vorbei, und wir fuhren los — tief unter der Elbe.

Am anderen Tunnelende wiederholte sich das Ganze in umgekehrter Reihenfolge. Nachdem wir glücklich wieder oben angelangt waren, fuhren wir an einem Zollabfertigungspunkt vorbei in den Hamburger Freihafen hinein.

Der Hamburger Hafen gehört zu den größten der Welt. Eine Hafenrundfahrt dauert gut 2 Stunden. Hamburg und sein Hafen haben seit je eine wichtige Rolle im Handel mit Rußland und später mit der Sowjetunion gespielt — und das bis heute: 1976 sind hier über 800 sowjetische Schiffe angelaufen.

Auch die berühmten Hamburger Werften haben traditionelle Verbindungen zur UdSSR. Jetzt näherten wir uns Blohm & Voß. Aus dem Arbeitszimmer von Herrn Sandmann, einem Vorstandsmitglied der Gesellschaft, sind die Umrisse von aufgedockten Ozeanriesen zu sehen. Auf seinem Arbeitstisch stehen Schiffsmodelle. Ein Miniaturschiff findet meine besondere Aufmerksamkeit.

Das ist das Kranschiff „Aserbaidshan“, das in sowjetischem Auftrag gebaut wird und für Montagearbeiten an den Ölbohrinseln im Kaspischen Meer bestimmt ist. Sein Riesenkran kann Lasten bis 2500 Tonnen heben. Mit Hilfe eines Dampfhammers kann er Pfähle bis zu einer Tiefe von 200 Metern in den Meeresboden treiben.

Herr Sandmann berichtete uns, daß das Schiffsprojekt von Fachleuten der Firma zusammen mit sowjetischen Ingenieuren entwickelt wurde. Diejenigen, die Bohrinseln montieren, müssen oft an der Küste besseres Wetter abwarten, wenn Stürme wüten. Ein so

starkes Kranschiff kann selbst kurze Pausen zwischen Stürmen bedeutend besser nutzen.

Wir baten unseren Gesprächspartner, etwas zur Zusammenarbeit von Blohm & Voß mit sowjetischen Partnern zu sagen.

„Wenn man will, kann man recht weit in die Geschichte zurückgehen (obgleich unsere Firma gar nicht so alt ist — in diesem Jahr wird sie 100). Doch wenn wir einmal die letzten Jahre nehmen, so gibt es auch hier genug Gesprächsstoff. So wurde z. B. Ende der 60er Jahre zusammen mit sowjetischen Partnern über Blohm & Voß eine Spiralarohrschweißanlage für bis zu 2,5 Meter dicke Rohre entwickelt. Wir nahmen auch am Umbau einiger sowjetischen Werften teil. Doch die „Aserbaidshan“ hat für uns einen besonderen Wert. Und das nicht nur, weil es in Auftrag über Dutzende Millionen DM ist, sondern auch, weil wir so die Produktion der Großschwimmkräne nicht zu stoppen brauchen. Nur wenige Firmen erhielten damals derartige Aufträge — das war im Februar 1976, als fast alle Werften unter den Krisenfolgen litten. Zudem hat der sowjetische Auftrag jetzt, da es in der Bundesrepublik etwa eine Million Arbeitslose gibt, vielen Arbeitern Lohn und Brot gegeben.“

Die Statistik zeigt, daß unsere Wirtschaftsbeziehungen eine aufsteigende Tendenz haben. In den letzten sechs Jahren hat sich der Warenaustausch zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik mehr als verfünffacht und 1976 über 3 Md. Rubel erreicht. Bemerkenswert ist, daß die Zunahme des Warenaustausches 1976 (um 9%) vor allem durch

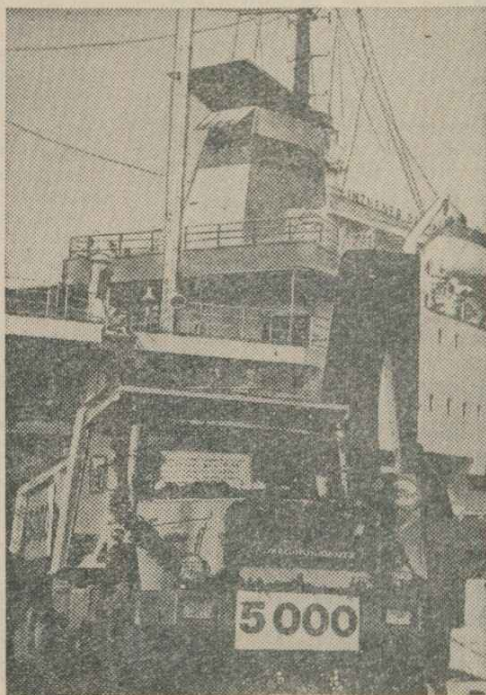
eine Erhöhung des sowjetischen Exports erreicht wurde. 1975 betrug er 858, 1976 aber bereits 1069 Mio Rubel, d. h. ein Zuwachs von 24,5%. Etwa 1500 bundesdeutsche Firmen stehen mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen in Geschäftsverbindung. Eine besondere Bedeutung haben Kompensationsgeschäfte erlangt — 1976 machten sie etwa 10% des Handels zwischen beiden Ländern aus.

Fragen der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden auf der 7. Tagung der Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Juni erörtert. Die bundesdeutsche Delegation wurde von Wirtschaftsminister Friderichs geleitet, die sowjetische Delegation vom ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Tichonow. Die Kommission konstatierte befriedigt, daß die Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit eine gute Grundlage für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern sind.

Im Kommuniqué der Kommission

Sowjetische Schiffe sieht man oft im Hamburger Hafen. Unser Bild: Die „Ingenieur Baschkirow“ die sowjetische Lada-PKWs in die Bundesrepublik gebracht hat, nimmt Lastwagen aus der BRD an Bord.

Foto TASS



wurde die große Bedeutung der KSZE-Schlußakte für eine erfolgreiche Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit betont. „Zusätzliche Impulse für die Entwicklung der politischen und zugleich der wirtschaftlichen Beziehungen werden von der bevorstehenden Begegnung auf höchster Ebene ausgehen“, heißt es im Kommuniqué.

Jetzt nimmt sich diese Schlußfolgerung als etwas Selbstverständliches aus. Ihre Richtigkeit findet in der Praxis solcher Treffen eine volle Bestätigung. Heute kann man sich nur schwer vorstellen, daß es noch vor einigen Jahren keine derartige Praxis gab — ebenso wie diese Kommission und vieles andere. Eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen beiden Ländern wurde vor genau 7 Jahren eingeleitet, am 12. August 1970, durch die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD in Moskau. Er wurde sogleich als historisches Ereignis eingeschätzt, als Markstein in der Nachkriegsgeschichte Europas.

Der Vertrag löste bedeutende, komplizierte Probleme einer Nachkriegsregelung und legte ein Fundament für neue Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD, von denen das politische Klima in ganz Europa stark abhängt. Es ist wichtig, daß beide Seiten diesen Kurs steuern und sich strikt an Geist und Buchstaben des Moskauer Vertrags halten.

In den vergangenen Jahren ist in dieser Richtung viel geschehen. Ein wichtiges Instrument wurden die politischen Konsultationen auf verschiedenen Ebenen, vor allem Gipfeltreffen beider Länder.

Reisen von Bundesbürgern in die Sowjetunion sind fast etwas Alltägliches geworden. Vor einigen Jahren noch galten sie als „extravaganter Unterfangen“. Ist doch den Bundesdeutschen jahre-, jahrzehntelange Argwohn, Mißtrauen und Angst vor allem eingehämmert worden, was mit dem Wort „sowjetisch“ zusammenhängt.

All das ging offensichtlich manchen in der BRD wie übrigens auch im Ausland gegen den Strich. Einflußreiche Kräfte der Reaktion, die nicht vermochten, offen eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und zugleich auch den Entspannungsprozeß in Europa zu verhindern, fanden sich nach außen mit den Geschehnissen ab. In Wirklichkeit entfalteten sie unter allerlei Tar-

nungen eine intensive Kampagne, um den Lauf der Geschichte rückgängig zu machen oder zumindest die Abkommen auf Eis zu legen. Die rechte Opposition versucht mit Zuckerbrot und Peitsche, die Regierungskoalition von dem Kurs abzubringen, der am 12. August 1970 von der Regierung Brandt-Scheel eingeschlagen wurde. Wer noch vor kurzem alles tat, um den Moskauer Vertrag zum Scheitern zu bringen, schlägt heute seinen Unterzeichnern vor, eine „gemeinsame Ostpolitik“ zu verfolgen. Und sonderbarerweise findet das bisweilen ein Echo bald bei dem einen, bald bei dem anderen Koalitionspartner.

Die alte Lüge von einer sowjetischen Bedrohung, an die immer weniger Menschen glauben, soll mit neuen Methoden wiederbelebt werden. Kürzlich wurde in einer Fernsehsendung ein imaginärer „Angriff der Sowjetunion“ auf die BRD dargestellt, wobei ihm „authentischer“ Charakter gegeben wurde (als Statist agierte sogar ein Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung). Die antisowjetische Kampagne in den Massenmedien ruft bisweilen den Eindruck hervor, man befände sich nicht in der Bundesrepublik in der Entspannungsära, sondern in den USA zu Zeiten McCarthys.

Ein solcher Widerspruch ist typisch für die heutige BRD — zwischen dem von der Regierung verkündeten Kurs auf Entspannung und Zusammenarbeit und intensiver Wühlätigkeit gegen diesen Kurs.

Doch die Politik der Entspannung und Zusammenarbeit — das wurde wiederholt in den letzten sieben Jahren bewiesen — wird von breiten Bevölkerungsschichten unterstützt. Nicht ohne Grund wagen es selbst Erzreaktionäre nicht, offen eine Rückkehr zum kalten Krieg zu verlangen. Trotz der Gegenpropaganda haben die Bundesbürger jetzt bedeutend mehr Möglichkeiten, die Wahrheit über die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder zu erfahren — durch Kulturaustausch oder Touristenreisen. Der Wunsch wird stärker, die normalen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu festigen. Zusammen mit der Hoffnung auf eine friedliche Zukunft Europas werden die Bemühungen intensiviert, die Entspannung unumkehrbar zu machen.

In der Bundesrepublik verspricht

man sich viel von dem bevorstehenden Treffen auf höchster Ebene, vom Breshnew-Besuch. In den verschiedensten politischen Kreisen und Bevölkerungsschichten — und das ist gleichfalls für die heutige Bundesrepublik typisch — findet das bevorstehende Gipfeltreffen ein positives Echo.

Nach bundesdeutschen Pressemeldungen mißt Bundeskanzler Helmut Schmidt diesem Treffen eine große Bedeutung bei. Außenminister Hans-Dietrich Genscher bezeichnete den bevorstehenden Besuch als „wichtig und richtig“.

Die Meinung von Wirtschaftskreisen brachte der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Herr Kirchner, vor sowjetischen Journalisten zum Ausdruck.

„Hochrangige Staatsbesuche, vor allem, wenn es Spitzenpersönlichkeiten sind“, erklärte er, „haben stets eine stimulierende Wirkung. Denn die guten Absichten und Resultate an der Spitze pflanzen sich stets nach unten fort und wirken sich entsprechend aus.“

Voller Erwartung sehen die Arbeiter dem Breshnew-Besuch entgegen. Davon konnte ich mich bei Gesprächen mit vielen Werktätigen in der Bergarbeiterstadt Recklinghausen überzeugen. Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies betonte auf dem VI. Plenum des Parteivorstandes: „Der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR in der Bundesrepublik wird zur weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern, zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beitragen. Mögen die Bundesregierung und alle vernünftigen Kräfte dazu beitragen, daß dieser Besuch in einer gesunden politischen Atmosphäre der konstruktiven Zusammenarbeit stattfinden kann.“

Die sieben Jahre, die nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vergangen sind, haben den Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten verändert. Das geschah nicht ohne Kampf, der bis heute andauert. Es geht darum, daß denjenigen, die zurück zum kalten Krieg wollen, nicht erlaubt wird, unsere Länder zurückzuwerfen, zurück zu Mißtrauen und Feindschaft. Die normalen Beziehungen müssen zu freundschaftlichen Beziehungen werden.

Bonn, im August

RÜCKKEHR DER GEWESENEN UND DIE ZUKUNFT

Wladimir JERMAKOW

Wie eine graue Krawatte auf buntem Hemd liegt der Tejo auf dem Stadtplan Lissabons. Die Stadt steigt in Marmorstufen zu ihm hinunter, schmiegt ihre rosa, grünen und gelben Paläste und Kirchen an seine Ufer und nimmt stellenweise die Gestalt von kilometerlangen Piers, von Docks und Speichern an. Die Avenida dos Indias führt am Fluß entlang zum Meer, zu den schönsten Erholungszone Westeuropas, wo die Paläste der ehemaligen Könige sowie der Milliardäre und Neureichen stehen, die sich zur Ruhe gesetzt haben. Vor zwei Jahren noch waren in den Schlössern und Villen die Jalousien heruntergelassen. Die Besitzer schlenen für immer auf und davon zu sein. Villen wurden verkauft oder vermietet, spottbillig und besonders gern an Ausländer mit Diplomatpässen. Jeder wollte seine Immobilien loswerden, denn wer konnte wissen, was morgen wird? Viele bereuen es jetzt. Manche „Gewesene“ sind in diesem Sommer zurückgekehrt. Zwischen ihren Grundstücken sind die Besitzungen von Leuten eingestreut, die sich bei der Revolution anbiedern und dadurch hochkommen konnten.

Vor dem Kasino Estoril parken viele Luxuswagen. An den Tischen drinnen werden hohe Einsätze gemacht — von den Hasardspielern am grünen Tuch, von den Politikern an Schreibtischen. Die einen setzen eigene oder erraffte Escudos, die anderen machen die Gegenwart und Zukunft des Landes zum Einsatz.

Portugal ist in eine sehr komplizierte Phase seiner nachrevolutionären Entwicklung getreten. Im Wirbel des Tagesgeschehens, im Vorgehen und Kollidieren der politischen Kräfte, in den teils offenen, heftigen, meist jedoch unmerklichen, schleichenden Klassenzusammenstößen in Stadt und Land kann man oft nur schwer die Ausrichtung der Vorgänge unterscheiden. Aber eins ist nicht zu verkennen: die Spannung. Die reaktionären Elemente gehen mit auswärtigem Beistand darauf aus, für die Niederlagen von

1974 und 1975 Revanche zu nehmen.

Auf Regierungsebene wollen sie erreichen, daß die Regierung, selbst wenn sie „einfarbig“ sozialistisch bleibt, immer mehr nach rechts rückt. Zwei Umstellungen im Kabinett Soares haben dazu geführt, daß daraus als linksstehend geltende sozialistische Minister entfernt wurden. Die bürgerliche Wochenschrift *Expresso* schrieb: „Obwohl die umgebildete Regierung auch weiter hauptsächlich auf der SP basiert, ist sie, strenggenommen, keine sozialistische Regierung mehr. Vielmehr rechnet sie auf ständigen starken Rückhalt beim Zentrum und linken Zentrum.“ Als Zentrum bezeichnet man herkömmlicherweise die Rechtspartei Sozialdemokratisches Zentrum unter Freitas do Amaral und als linkes Zentrum die fast ebenso weit rechts stehende Sozialdemokratische Partei unter Ça Carneiro. In Lissabon erzählt man sich folgenden Witz: Als Mário Soares das Radrennen gegen Freitas do Amaral gewann, erklärte dieser seine Niederlage damit, daß „Soares beide Pedale, das rechte und das linke, getreten hat, ich aber nur das rechte“.

In Lissabon sagt man, die Umbildungen in der Regierung hätten noch längst kein Ende. Um das Kabinett ganz einheitlich zu gestalten, will man noch ein paar Minister und Staatssekretäre ausbohren, die ebenfalls als zu weit linksstehend angesehen werden. Dieser neue Schritt könne, so meint man in Lissabon, den Weg zu einem organischen Bündnis der Sozialistischen Partei mit der Sozialdemokratischen und höchstwahrscheinlich auch mit dem Sozialdemokratischen Zentrum sowie zur Bildung einer Koalitionsregierung ebnen, wie sie gleich nach den Parlamentswahlen von den Hauptquartieren der NATO und der EG sowie von Washington gefordert wurde, die Portugal ja unter imperialistischen Druck setzen.

Neben den Manövern auf der Regierungsebene wird ein direkter Angriff auf die revolutionären Erregenschaften des Volkes ausge-

führt, zuerst auf die Arbeiterkontrolle in den Betrieben, gegen den verstaatlichten Wirtschaftssektor und gegen das Streikrecht der Arbeiter. Die amerikanische *Associated Press* meldete folgendes: „Unter dem Druck westlicher Kreditgeber, die der schwächsten Wirtschaft Westeuropas über eine Milliarde Dollar leihen haben, hat Soares den kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften erklärt, sie müßten sich der Betriebsdisziplin fügen und dürften sich nicht gegen eine Förderung von Privateinlagen auflehnen.“

Das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts, das schon im Winter bekanntgegeben wurde, widerspiegelt eigentlich die Forderungen der westlichen, namentlich der amerikanischen Kreditgeber. Der Presse zufolge will Soares den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds entgegenkommen. Der Escudo ist um 15% abgewertet worden. Formal sind die unaufhaltsam steigenden Preise für einzelne Nahrungsmittel sowie für Treibstoff unter Kontrolle gestellt, der Diskontsatz der Banken ist erhöht, und die Abgaben auf importierte Waren sind heraufgesetzt worden. Die Regierung hat feierlich erklärt, sie wolle endlich dem Problem der passiven Zahlungsbilanz zu Leibe rücken.

Die Kommunisten sind entschieden gegen diese Maßnahmen aufgetreten. Sie haben dem Kabinett vorgeworfen, daß es sich mit seinem harten Wirtschaftsprogramm vor allem auf eine kapitalistische Restaurierung, d. h. darauf orientiert habe, der Bourgeoisie ihre Wirtschaftsp positionen zurückzugeben, die sie nach April 1974 einbüßte. Tatsächlich hat sich die Preiskontrolle als illusorisch erwiesen, und die Abgaben für Importgüter haben vor allem die arbeitenden Menschen betroffen, weil durch sie wichtigste Gebrauchsgüter, die das Land leider importieren muß, abermals teurer geworden sind.

Die Behörden strengen sich an, die Arbeiterkontrolle in den Betrieben abzuwürgen, damit die Unternehmer ihre früher im Stich gelassenen Betriebe wieder in die Hand nehmen und für „Ordnung“ sorgen können. Unter dem Vorwand, die Leistungen steigern und den privaten Wirtschaftssektor beleben zu wollen, will man die Errungenschaften der Arbeiter schmälern, die unter Selbstverwaltung stehenden Betriebe umorganisieren und die staatliche Beteiligung an gemischten Gesellschaften aufheben. Besonders

empört ist die Arbeiterklasse über die Gesetzesvorlage, laut der den früheren Besitzern der verstaatlichten oder unter Selbstverwaltung stehenden Betriebe, der Banken und Güter enorme Ablösungen gezahlt werden sollen. Ein Gewerkschafter sagte mir folgendes: „Das wird für unser Finanzwesen und für die Wirtschaft überhaupt ein so schwerer Schlag sein, daß ich mir nicht vorstellen kann, wie wir uns davon er-

gehoben werden. Das haben die jetzigen Behörden sehr wohl erkannt, und sie sehen sich gezwungen, ihr Vorgehen mit sozialistischen Schlagworten zu verbrämen.

Ist es in den Städten unruhig, so sind die Dörfer im Süden, besonders in den Gebieten Alentejo und Ribatejo, zu heftigen Klassengefechten bereit. Niemand kann und will voraussagen, was dort geschehen kann, wenn das neue Agrargesetz ausgeführt wird.

Es richtet sich nicht nur gegen die Einzlehing eines großen Teils des Großgrundbesitzes. Es zielt — außer auf die Rückerstattung der jetzt von Landarbeitergenossenschaften genutzten Liegenschaften an ihre früheren Besitzer — hauptsächlich darauf ab, die jetzige Form der Gemeinschaftswirtschaft auf dem Lande zu untergraben. Hierbei handelt es sich um einen Versuch, die 450 in der Zone der Bodenreform gebildeten Produktionsgenossenschaften wenn nicht zu vernichten, so doch möglichst zu schwächen, damit den Landarbeitern der Geschmack an der gemeinsamen Bodenbestellung und Wirtschaftsführung vergeht. Gerade in der gemeinschaftlichen Bodennutzung sieht die

Reaktion innerhalb und außerhalb Portugals die größte greifbare Gefahr für die kapitalistische Ordnung. In jedem Erfolg der Genossenschaften erblicken die Rechten eine Erschütterung des Privatsektors, eine „Seuche“, die auf die nördlichen Landesgebiete — die Hochburg der Reaktion — übergreifen könne. Dort ist der Grund und Boden größtenteils in Handtuchparzellen zersplittert, die Bauern gehören. Das große Wort aber führen die Casiques: die Agrarier, Kaufleute, Kleriker und Industriellen. Das Entstehen von Genossenschaften im Norden würde deren Herrschaft zweifellos schwächen.

Mit dem beabsichtigten Schlag gegen die Genossenschaften von Alentejo und Ribatejo wollen die Regierung Soares und ihr Anhang u. a. auch den vorherrschenden Einfluß der Kommunistischen Partei in diesen Gebieten abschwächen.

Ich habe mehrmals die glutheiße Steppe von Alentejo durchquert, war in vielen Dörfern und habe mit Hunderten ehemaliger Landarbeiter gesprochen. Ich habe den festen Eindruck, daß sie Vertrauen zu den Kommunisten haben und in der Kommunistischen Partei ihre Führung sehen. Die Behörden können die eine oder andere Genossenschaft auflösen, sie können den Kollektivwirtschaften die Kredite sperren und Grund und Boden fortnehmen. Den Einfluß der Kommunistischen Partei werden sie aber nie zu nichte machen können, was der Faschismus in den Jahrzehnten seiner Herrschaft ja auch nicht konnte.

Die Fabrik- und Landarbeiter und die Linken haben jetzt größere Schwierigkeiten. Der Kampf wird mit jedem Monat heftiger. Manchmal muß man lavieren, um die Reaktion zu schwächen und ihren Zusammenschluß zu verhindern.

Die Lage in Portugal hat sich derart zugespitzt, daß das ZK der PKP auf seinem jüngsten Plenum nach einer äußerst kritischen Analyse der Regierungspolitik zu dem Schluß gelangt ist, daß auf einen Rücktritt des Kabinetts, eine Auflösung der Versammlung der Republik und neue Wahlen zum Parlament hingewirkt werden müsse. Das schlägt die PKP vor, um eine demokratische Alternative für die jetzige Situation zu finden. Es soll — so heißt es in dem vom Plenum angenommenen Schriftstück — zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung sowie dazu beitragen, daß das Volk geeint patriotische Schritte unternimmt, die dazu angetan wären, eine Entwicklung der Demokratie zum Sozialismus hin zu garantieren.

Alvaro Cunhal, der Generalsekretär der PKP, sagte: „In welcher Etappe der portugiesischen Revolution befinden wir uns? Es ist dies eine Etappe, in der wir das Erreichte verteidigen müssen... Wir vertrauen jedoch darauf, daß die portugiesische Demokratie den einzigen Weg wiederfinden wird, der ihr Überleben ermöglichen wird. Für uns bedeutet das, die revolutionären Errungenschaften zu konsolidieren, eine wirtschaftliche Dynamik zu entwickeln, die diese Errungenschaften in Rechnung stellt, d. h. so, wie wir Kommunisten sagen: die Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus entwickeln.“

Lissabon—Moskau



„Geeint und organisiert werden wir siegen!“ — das ist jetzt die Losung der portugiesischen Arbeiter.
Telefoto AP—TASS

holen sollen.“ Es handelt sich aber nicht nur um den Schlag für die Wirtschaft, so schwer er sein mag, sondern auch darum, daß das aus dem Staatssäckel in private Taschen wandernde Geld unweigerlich zu einer bedeutenden politischen Stärkung der Großbourgeoisie führen wird, die sich keineswegs damit abgefunden hat, daß sie noch nicht direkt an der Macht ist. Die Milliardenablösungen werden ein Rammbock der kapitalistischen Reaktion gegen die demokratischen Errungenschaften sein.

Unruhe herrscht jetzt in den Städten, besonders dort, wo es Betriebe und folglich Arbeiter gibt. Das Proletariat legt die Hände nicht in den Schoß, es will nicht abwarten, bis man ihm wieder an die Gurgel geht. Es ist nicht ganz so einfach, das Land in die Vergangenheit zurückzuzerren, und die eroberten Rechte können nicht ganz auf-

TODESKRAMPF DER RASSISTEN

„Die Regierung muß die Rettungsringe fester anlegen, da ein Sturm heraufzieht“, warnte Ende Mai die RSA-Zeitung *Transvaaler*. Und sie irrte sich nicht. Mit neuer, größerer Kraft loderten die antirassistischen Demonstrationen der Afrikaner Ende Juli—Anfang August wieder auf. Und erneut, wie 1976, wurde Johannesburgs Vorstadt Soweto zum Schauplatz der Demonstrationen. Doch die jetzigen Aktionen sind organisierter und gezielter. In Soweto und anderen Landesteilen wurden Untergrundorganisationen der Apartheidgegner gebildet, die immer koordinierter und energischer handeln. Auch der Radius dieses Kampfes ist jetzt ein anderer: Die Zusammenstöße

Die RSA-Polizei setzt Tränengas und Gummikugeln gegen die friedlichen Bewohner Sowetos ein. Dieses Kind wurde ein Opfer der Polizeiwillkür.

Aus der Londoner „Times“



mit der RSA-Polizei sind von Soweto aus auch auf andere Städte übergesprungen. Die soziale Basis der Antirassismusbewegung wird breiter — ihr schließt sich immer aktiver die Arbeiterklasse an, die die Hauptlast der in der RSA wütenden Wirtschaftskrise tragen muß. Die Teilnahme von Arbeitern an der Antirassismusbewegung ist aber für das Apartheidregime folgeschwer.

Auch die Lösungen haben sich geändert. Jetzt wird gefordert, nicht nur das „Bantu-Bildungssystem“, das die Menschenwürde der Afrikaner beleidigt, sondern auch alle rassistischen Gesetze und Verhältnisse zu liquidieren. Bezeichnenderweise steht auch die „Bantu-Administration“ unter Beschuß, die von den Rassisten vollständig kontrolliert wird. Im Kampf entstehen statt dessen wahre Selbstverwaltungsorgane der Afrikaner. Und das zeigt gleichfalls die Reife der Befreiungsbewegung in der RSA.

Die Rassisten haben wiederum — zum wievielten Mal — ihre Unfähigkeit gezeigt, der Realität in die Augen zu schauen. Ihre Rettung sehen sie wie früher darin, den Repressionsapparat auszubauen und die Strafoperationen gegen die RSA-Patrioten zu verstärken. Gleichzeitig laufen in der Republik Südafrika verstärkte Kriegsvorbereitungen, die die offen aggressiven Pläne des Apartheidregimes demonstrieren. Die besondere Besorgnis bei der Weltöffentlichkeit rufen Meldungen hervor, daß die Rassisten an der Entwicklung von Kernwaffen arbeiten und entsprechende Tests vorbereiten. „Die Schaffung von Kernwaffen in der RSA“, heißt es in einer dieser Tage veröffentlichten TASS-Erklärung, „würde die ernsthaftesten und weitreichendsten Folgen für den Weltfrieden und die Sicherheit der Völker haben.“ Die Absicht der rassistischen Machthaber, sich Kernwaffen zuzulegen, zeigt ein weiteres Mal, wie vordringlich eine Liquidierung dieses Herdes des Rassismus und der Aggression ist, der die politische Atmosphäre nicht nur in Afrika, sondern in der ganzen Welt vergiftet.

V. SIDENKO

IM KONJUNKTIV

Ende Mai richtete US-Präsident James Carter an den Senat eine Botschaft, in der er dazu aufrief, die Konvention über die Verhinderung und Bestrafung des Genozidverbrechens zu ratifizieren. Fast 30 Jahre, seit 1948, als dieses Dokument der UNO vorgelegt wurde, zögern die USA seine Annahme heraus. Seitdem ist die Konvention bereits von 83 Staaten unterzeichnet worden.

In den USA wurde sie gleichfalls von einigen Präsidenten zur Ratifizierung empfohlen. Doch dabei blieb es auch. Jedesmal lehnten die Gesetzgeber im Kapitol die Konvention ab, obgleich sie bekanntlich das wichtigste aller Menschenrechte schützt — das Recht auf Leben.

Warum? Wir wollen zumindest einen Grund nennen.

In Armut und Rechtlosigkeit leben heute die amerikanischen Ureinwohner, die Indianer. Niemand weiß mit Sicherheit, wie viele ausgerottet wurden. Von den 400 Verträgen, die mit den Indianern geschlossen wurden, hält die Regierung keinen einzigen.

In der Konvention aber werden als Völkermord Handlungen qualifiziert, um eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Bevölkerungsgruppe zu vernichten.

„Eine Ratifizierung würde die Verpflichtungen unseres Landes beim Schutz der Menschenrechte bedeutend stärken und erneut der ganzen Welt in konkreter Form unsere Entschlossenheit demonstrieren, die Menschenrechte zu festigen und zu verteidigen“, schrieb der Präsident an den Senat.

Anfang August stellte sich heraus, daß der Konjunktiv in der Botschaft der einzig richtige Modus war: Das Repräsentantenhaus weigerte sich, die Konvention zu ratifizieren, und ließ sie nicht einmal in den Senat passieren. Außer der Konvention über Genozid ratifizierten die USA auch nicht die Internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte, die Internationale Konvention über die Abschaffung aller Formen der Rassendiskrimination und die Internationale Konvention über die Unterbindung des Apartheidverbrechens und dessen Ächtung. Doch das hindert Washington nicht, sich lautstark über die „Menschenrechte“ auszulassen.

V. KOSULIN

DER KONFLIKT AM HORN AFRIKAS

In Nordostafrika ist ein Spannungsherd entstanden. Die Beziehungen zwischen Äthiopien und Somalia haben sich kraß verschlechtert, und es ist zu Zusammenstößen zwischen äthiopischen Truppen und äthiopischer Volksmiliz auf der einen Seite und Trupps der sogenannten Befreiungsfront Westsomalias auf der anderen Seite gekommen. Gekämpft wird im Südosten Äthiopiens. Auslandsagenturen zufolge sind an den Zusammenstößen reguläre Truppen Somalias beteiligt. Beide Seiten haben große Verluste.

Ausländische Kommentatoren nennen als Ursache des Konflikts die nichtbeilegte Gebietsstreitigkeit zwischen den beiden Ländern. Die Kolonialmächte haben unter den Ländern und Völkern Afrikas, wie bekannt, absichtlich Gebiets-, Grenz- und andere Zwistigkeiten gestiftet. Komplizierte Gebietsprobleme und Differenzen aus der Kolonialzeit stören noch immer die Beziehungen afrikanischer Staaten zueinander. Wie Yhombi-Opango, Chef der VR Kongo, sagte, waren letzthin mindestens 15 Staaten Afrikas in Grenz- und Gebietsstreitigkeiten verwickelt. Mit Rücksicht darauf, daß solche Probleme ausgesprochen explosiv sind, wurde schon bei der Gründung der OAU im Jahre 1963 beschlos-

sen, in ihre Satzung die Verpflichtung für alle OAU-Mitglieder aufzunehmen, die Souveränität und territoriale Integrität eines jeden Staates zu respektieren und Streitfragen möglichst auf friedlichem Wege, durch Verhandlungen, Vermittlung, Aussöhnung und Schiedsverfahren zu bereinigen.

Verstöße gegen dieses Prinzip, Versuche, die bestehenden Grenzen zu verlegen, beeinträchtigen, ganz gleich, womit man sie rechtfertigt, die Solidarität der Völker Afrikas und nützen nur den imperialistischen Kräften. Ohne jeden Zweifel haben die imperialistische Reaktion und die mit ihr verbundenen Kreise zu dem bewaffneten Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia gehetzt, zu welchem Zweck, das ist klar: um die fortschrittlichen Regimes in diesen Ländern ins Wanken zu bringen und das unabhängige Afrika vom Kampf gegen den Neokolonialismus und die rassistischen Regimes abzulenken und zu verhindern, daß die nationale Souveränität der jungen Staaten erstarkt und daß sich Afrika restlos vom imperialistischen Joch befreit. Wie Auslandskorrespondenten mitteilen, bemühen sich auch die reaktionären arabischen Regimes nach Kräften, den bewaffneten Konflikt am Horn von Afrika zu schüren.

Über die Ränke der imperialistischen Reaktion und ihrer Agenten, mit denen sie einen Keil zwischen die Fortschrittskräfte Afrikas treiben wollen, ist die breite Weltöffentlichkeit, auch die Öffentlichkeit der UdSSR, zu Recht besorgt. Eine Erklärung des Sowjetischen Ausschusses für Solidarität mit den Afro-Asiatischen Ländern über den bewaffneten Bruderkonflikt zweier mit der UdSSR befreundeter Staaten enthält den Aufruf, „die Kampfhandlungen sofort einzustellen und Friedensverhandlungen aufzunehmen, um die Grenzstreitigkeit politisch, im Sinne der antiimperialistischen Solidarität und guten Nachbarschaft sowie im Interesse der Völker Äthiopiens und Somalias und aller Fortschrittskräfte Afrikas, beizulegen“. Bei einer objektiven Beurteilung der Situation kommt man zu dem Schluß, daß auf dieser Basis eben die Lage am Horn von Afrika normalisiert werden kann.

Deshalb haben alle Freunde Afrikas zu ihrer Genugtuung erfahren, daß der OAU-Ausschuß für die Beilegung des Konflikts zwischen Somalia und Äthiopien einberufen worden ist, daß er die Unerschütterlichkeit der Grenzen der Staaten Afrikas bekräftigt und sich für eine friedliche Bereinigung des Problems ausgesprochen hat.

W. SOFJIN

PROVOKATORISCHES

Es begann vor zwei Jahren. Westberliner Anarchisten entführten den dortigen CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz. Er wurde wieder freigelassen, nachdem einige Anarchisten auf freien Fuß gesetzt worden waren, wie das die Entführer verlangt hatten.

Ende Juli d. J. wurde in Westberlin bekanntgegeben, daß die Untersuchung im Fall Lorenz abgeschlossen ist und bald der Prozeß beginnt. Zugleich wurde publik, daß die Anklage ... von der BRD-Bundesanwaltschaft erhoben wird.

Woher nimmt die Bundesanwaltschaft das Recht, ihre Kompetenz auf Westberlin auszuweiten? Heißt es doch im Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971: „... staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland werden in den Westsektoren Berlins keine Verfassungs- oder Amtsakte vornehmen“.

Laut dem Vierseitigen Abkommen können auf Westberlin nur solche Gesetze der BRD angewandt werden, die nicht das Prinzip berühren, daß diese Stadt nicht zur BRD gehört und nicht von ihr regiert wer-

den darf. Folglich kann kein bundesdeutsches Gesetz, das den BRD-Organen Rechte entgegen diesem Prinzip einräumt, in Westberlin juristisch gültig sein.

Dieser weitere provokatorische Verstoß gegen das Vierseitige Abkommen kann nur gesehen werden als Versuch des Westberliner Senats und gewisser Kräfte in der BRD, die politische Lage in und um Westberlin zu verschärfen.

B. LYSSENKO
Eigenberichterstatter

Westberlin, den 8. August



60 JAHRE
Großer
Oktober

REISE INS LAND DER FLAMMEN

Táňa HÁJKOVÁ und Jelena KNORRE

Jede der 15 Unionsrepubliken der UdSSR demonstriert überzeugend die Erfolge des sozialistischen Aufbaus. Die Redaktion bot uns, einer tschechoslowakischen und einer sowjetischen Journalistin, die Reise in eine davon an. Die Wahl war nicht leicht.

Aserbaidshan, das Land der Flammen, wie es im Altertum hieß, war für uns aus vielen Gründen sehr attraktiv. Diese Republik an der Nahtstelle von Europa und Asien nimmt nicht einmal ein halbes Prozent des sowjetischen Territoriums — ca. 87 000 km² — ein. Dafür sind dort von den 13 auf der Erde bestehenden Landschafts- und Klimagürteln 9 vertreten: von alpinen bis zu subtropischen, von Bergen bis zu Halbwüsten.

Aserbaidshans Boden birgt Eisen und Alunif, Molybdän und Blei, Kupfer und Quecksilber, Erdöl und Erdgas. Trotz dieser Reichtümer war es vor der sozialistischen Revolution eines der ärmsten und rückständigsten Randgebiete des zaristischen Rußland. Der Begründer des Sowjetstaates Lenin maß der raschen Entwicklung der Produktivkräfte des Landes besondere Bedeutung bei. Er vertrat die Auffassung, daß die nationalen Republiken an der Peripherie Rußlands ein Tor zum Osten seien, daß alles, was dort geschieht, in den Nachbarstaaten ein Echo auslösen werde und die Unterdrückten in diesen Staaten wissen und fühlen würden, was unsere Stärke ausmache.

WEISSES ERDÖL

... Und es gibt auf der Welt nirgendwo sonst weißes Erdöl, nur an diesem Ort... In diesen erdölreichen Ländern befindet sich ein Vulkan, der ununterbrochen Flammen speit.

MASUDI.

arabischer Geschichtsschreiber des 10. Jahrhunderts

Ateshgjach bedeutet Haus der Flammen. Fährt man von Baku in Richtung der Serebrowski-Ölfelder, so sieht man selbst an einem sonnigen Tag schon aus der Ferne vier lodernde Flammen über den Säulen, die den Hauptaltar des Tempels der Feueranbeter in Surachany umgeben.

Hier ist seit langem ein Museum. Die durchbrochenen Metallbohrtürme, die Tag und Nacht den fetten, dicken Saft der Erde saugen, treten schon ganz dicht an die ehemals geheiligten Mauern aus rohen Steinen heran. Den fanatischen Feueranbetern folgten Eroberer, deren Gott Profit heißt. Mit Gewalt, List und Waffe wollten sie diesen erdöldurchtränkten Boden an sich reißen und sein stolzes, arbeitsames Volk unterordnen.

Die Altäre der Feueranbeter sind nun historische Denkmäler, das Volk vertrieb die Landräuber und nahm die Reichtümer als umsichtiger und sorgsamer Wirt in seine Hand.

Am 28. April 1920 wurde über dem uralten Land der Flammen die

rote Fahne der Sowjets gehißt, und schon am 30. April kam im Auftrag Lenins der Erdölfachmann Dipl.-Ing. Alexander Serebrowski an die Kaspiküste. Seine Aufgabe hieß, die durch Intervention und Bürgerkrieg zerrüttete Erdölindustrie auf neuer Grundlage wieder in Gang zu bringen. Bis 1922 förderten die heute nach Serebrowski benannten Ölfelder die gleiche Menge wie das ganze vorrevolutionäre Aserbaidshan. Auf Anregung von Akademikern Iwan Gubkin wurde dort erstmalig in der Welt eine Pumpe niedergebracht, um Erdöl vom Meeresgrund zu gewinnen. Auf diese Weise begann die neue Geschichte der Iljitsch-Bai und der Pestschany-Insel. Zwar liegen die Meeresgrundschichten im Unterschied zu den nah an die Oberfläche tretenden Festlandschichten in einer Tiefe von mehreren Kilometern, aber das Erdöl ist seinen Eigenschaften nach einzigartig.

Von der Pestschany-Insel, auf der heute moderne Häuser und gepflegte Rosenanlagen sind, führen nach beiden Seiten — weit ins Meer

hinaus und weit zur Küste hin — leichte Gerüstbrücken aus Metall, die sich im malachitgrünen Wasser spiegeln. Längs dieser scheinbar fragilen Konstruktionen verlaufen beiderseits der Straße dicke Rohre. Jedes Kilometer solcher Ausrüstungen kostet Millionen Rubel. Gewiß, man hätte ohne die Brücke auskommen können, aber die Reinheit des Meeres wäre dann gefährdet gewesen, und die Erdölarbeiter hätten es viel schwieriger gehabt.

Zu den Raffinerien auf dem Festland fließt über die Rohre der Ölstrom, von dort kommt ein Gasstrom. Das Gas wird in der Verteilerbatterie komprimiert und dann in die Lagerstätte eingepreßt. Die verschäumte Ölsäule steigt rascher an die Oberfläche.

„Das Lift-Verfahren mit komprimiertem Gas ist neu und fortschrittlich, es bewährt sich ausgezeichnet bei Tiefagerungen“, erläutert uns Anatoli Chatschjan, der Chefingenieur der technischen Abteilung.

Die Förderung erfolgt im geschlossenen Zyklus. Deshalb bleibt das Meereswasser rein und durchsichtig; kein einziges irisierendes Erdölauge verunstaltet seinen Spiegel.

Wir beugen uns weit über das Gelände vor und sehen jedes Steinchen auf dem 6 m tiefen Grund. Kaum zu glauben, daß noch tiefer, 4—6 km unter dem Meeresboden, ein „Blätterteigkuchen“ liegt, wie sich Chatschjan ausdrückt. Dieser „Teig“ enthält fast alle Arten der Erdöle von Aserbaidshan, die sich durch geringen Schwefel- und Paraffingehalt auszeichnen. Das ist das berühmte weiße Erdöl, fast reines Benzin und Petroleum, mit dem sich ein Motor beinahe ohne Raffinieren tanken läßt. Ein unschätzbare Ausgangsstoff für die Petrolchemie, die Gummi- und die Nahrungsmittelindustrie. In Baku allein stellen fünf Betriebe daraus zahlreiche notwendige und nützliche Dinge her.

Die Bohrtürme reichen bis zu 40 km ins Meer hinaus. Alle Bohrfelder um die Insel, die nun Pestschany-Meer heißen und der Verwaltung für Erdöl- und Erdgasförderung „Serebrowski“ unterstehen, nehmen ein Areal von mehr als 70 000 ha ein. Beschäftigt sind nur 150 Personen. Diese Zahl zeugt vom Stand der Mechanisierung und Automatisierung. Zusammen mit der unlängst erschlossenen Lagerstätte Bachar, was Frühjahr heißt, liefert das Pestschany-Meer 49% der

gesamten Fördermenge von Erdöl und Erdgas in Aserbaidshan.

Ebenso wie viele andere Betriebe Aserbaidshans sind auch diese Förderbetriebe im Meer eine internationale „Erdölakademie“. In Serebrowski absolvieren Studenten der letzten Semester aus den erdölchemischen Hochschulen von Moskau, Grosny, Ufa, Tjumen und natürlich Baku ihr Praktikum. In der aserbaidshanischen Hauptstadt studieren heute Mädchen und Jungen aus 54 Ländern. Die Erdölarbeiter aus Aserbaidshan übermitteln ihre Neuerungen, die in Serebrowski entwickelt und geprüft wurden, ihren Kollegen auf Sachalin, in Indien, Syrien und

Rumänien. Es handelt sich dabei nicht nur um fortschrittliche Förderungsverfahren, sondern auch um moderne Methoden zum Löschen von Erdölbränden, zum Abfangen offener Ölfontänen und gegen die Verschmutzung von Wasser und Luft. Wir haben eine Anlage gesehen, die mittels eines Reagens die Abwässer gänzlich von organischen Beimengungen, d. h. von Erdöl, reinigen kann. Das Verfahren ist rasch, billig und einfach. Wenn die Proben erfolgreich verlaufen, wird die industrielle Verwendung solcher Anlagen in allen Seehäfen und auf Meerölfeldern das Meer vor den Folgen beliebiger Unfälle, vor allen Verschmutzungsquellen schützen.

SCHWARZE BÄDER

Der Anzahl von Personen hohen Alters nach steht Aserbaidshan an erster Stelle in der UdSSR: Auf je eine Million Einwohner kommen in Aserbaidshan 840 Personen im Alter von 100 Jahren und darüber gegenüber 100 Personen im Unions-Durchschnitt (die entsprechenden Zahlen für die USA sind 15 Langlebige auf je eine Million, für Frankreich 7 und für Japan 1).

Große Sowjetische Enzyklopädie, Bd. 1, S. 261

Für die meisten Menschen ist Erdöl vor allem ein hochwertiger Treibstoff. Viele wissen, daß es einen unschätzbaren, unersetzlichen Rohstoff für viele Industrien darstellt. Und nur wenige ahnen, daß Erdöl heilsam und ein wirksames Mittel gegen Rheuma, Radikulitis, Nerven- und Hautkrankheiten ist.

Die Badewanne füllt sich langsam mit einer viskosen, fettigen, schwarzbraunen Masse. Das Wort Flüssigkeit paßt auf Naphthalan, einen Bestandteil der schwarzen Erdöle von Aserbaidshan, gar nicht. Vor diesem Moorbad müssen sich die Patienten entspannen, und so haben sie es sich auf Sofas in einem freundlichen Raum mit vielen Topfpflanzen bequem gemacht. Klara Kassjanowa, Chefärztin des Betriebsprophylaktatoriums „Metallurg“ in Sumgait, einer Satellitenstadt des 60 km weiter liegenden Baku, macht uns mit einigen ihren Patienten bekannt.

Spartak Kassabian, 40, ist Obermaschinenführer im Rohrwalzwerk Sumgait. Der heutige Ehrenhüttenwerker der UdSSR kam vor 20 Jahren in den Betrieb, nachdem er seine Wehrpflicht in der Flotte abgeleistet hatte. Zuerst war er an Hilfsführerständen eingesetzt, dann absolvierte er, ohne seinen Beruf

aufzugeben, eine Fachschule in Sumgait.

„Nein, so schwer war das nicht“, entgegnet er. „Bei uns lernen oder studieren fast alle jungen Leute. Sie haben Vergünstigungen: zweimal im Jahr bezahlten Urlaub, um die Prüfungen abzulegen, und einen günstigen Arbeitszeitplan, man hilft ihnen bei Klausurarbeiten.“

Kassabian hat vorläufig eine Einzimmerwohnung. Etwas eng, ihm wurde eine Dreizimmerwohnung in Aussicht gestellt. Er hat spät geheiratet, der Sohn ist fünf, das Töchterchen zwei Jahre alt. Gewiß, ein lustiger Betrieb zu Hause, aber manchmal auch etwas anstrengend. Das Prophylaktorium ist da eine große Hilfe: Man wird hier behandelt, man spannt aus, hat auch Zeit zum Lesen und zum Nachdenken.

Spartaks Frau ist in der gleichen Werkhalle beschäftigt. Sie arbeiten in verschiedenen Schichten, das ist praktischer. Der Sohn ist im Kindergarten, die Tochter in der Krippe gut untergebracht. Das Werk hat 7 Kindergärten und eine Krippe. Die Unterhaltungskosten sind minimal, sie werden zu einem Großteil von der BGL bestritten. Spartak verdient 260—280 Rubel, seine Frau 240—250 Rubel monatlich. Jetzt, wo die Kinder größer geworden sind, verbringen die Eltern den Urlaub in Erholungsheimen am Meer: an

der Ostsee, auf der Krim oder auch am Kaspischen Meer. Die Reisechecks bezahlt die Gewerkschaft zu 70%, und so kostet ein Monat Urlaub sie beide 50—60 Rubel, wenn man von den Fahrkarten absieht.

Natürlich können nicht alle Arbeiter alljährlich vergünstigte Urlaubsreisen haben, die Plätze reichen nicht, besonders im Sommer. Aber mit jedem Jahr kommen immer neue Sanatorien und Erholungsheime hinzu.

Das Rohrwalzwerk „Lenin“ in Sumgait begeht im Dezember 1977 sein 25jähriges Jubiläum. Das war der erste Betrieb der Eisen- und Stahlindustrie in Aserbaidshan. Die vier Hauptabteilungen — der SM-Betrieb, das Walz-, das Rohrwalzwerk und der Betrieb für Blechstreifen — sowie die 14 Hilfsabteilungen erfassen fast den vollen Zyklus des Hüttenwesens. Das ganze Werk zählt 8000 hochqualifizierte Arbeiter. Die Rohre für die Erdölfelder, die sie produzieren, haben eine einzigartige Konstruktion: Dank besonderen Muffen an den Enden können sie beim Niederbringen in ein tiefes Bohrloch nicht manuell wie sonst, sondern automatisch gekoppelt werden. Rohre aus Sumgait werden in 26 Länder exportiert, darunter nach Afrika, Indien, auf Ceylon, nach Irak und natürlich in die RGW-Länder.

Der BGL-Vorsitzende Agalar Sejalow erzählt: „Unlängst sind unsere tschechoslowakischen Kollegen abgereist. Sie haben bei uns eine neue 700-at-Pressen montiert. Soll das Bohren in Kilometertiefen zuverlässig sein, so müssen die Rohre hohem Druck standhalten können. Jetzt warten wir auf Kubaner, um ihnen unsere Erfahrungen zu übermitteln: Mit sowjetischem Beistand ist ja auf Kuba ein Rohrwalzwerk gebaut worden.“

Das Werk in Sumgait wird im laufenden Planjahr fünf rekonstruiert und auf das 2,5fache erweitert werden; bis 1990 soll das Sortiment restlos erneuert werden. Da das Werk den Plan stets erfüllt und überbietet, kann es große Summen bereitstellen, um die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu verbessern. Im Bau sind neue Wohnhäuser und Sportanlagen, an der Küste wird bald eine Erholungszone mit Bungalows und Anglerherbergen entstehen. In diesem Jahr hat das Werk 750 000 Rubel dem Bau eines Sanatoriums für Hüttenwerker in den Karpaten zugeführt, den es gemein-

sam mit benachbarten anderen Betrieben unternommen hat.

Kuli Ibadogly Dshafarow, 45, ist bei der Metallerwärmung beschäftigt.

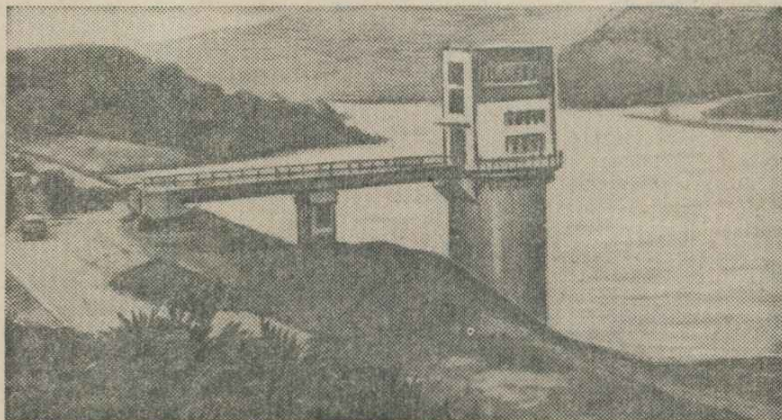
Sumgait ist schon längst seine zweite Heimat geworden. Hier hat er geheiratet, hier wurden seine drei Söhne geboren. Die Familie hat eine schöne Wohnung, die Miete beträgt, einschließlich der Strom- und Wassergebühren, 14—15 Rubel, der Durchschnittslohn aber 250 Rubel. Er hat 21 Jahre am SM-Ofen gestanden, kann jedoch über seine Gesundheit nicht klagen. Im Prophylaktorium sei er „für alle Fälle“, der Werkhallenarzt achte darauf, daß auch die gesunden Arbeiter eine gesundheitsfördernde Behandlung durchmachen. Dshafarow braucht das Naphthalanbad nicht, ihm wurden Kräuterbäder zur Stärkung der Nerven, Massage und Heilgymnastik verschrieben.

Das Betriebsprophylaktorium ist eine großartige Einrichtung. Man könnte es durchaus als Sanatorium bezeichnen, denn seinen Heilmethoden nach kann es mit jedem berühmten Kurort konkurrieren: Physiotherapie, Paraffinbehandlung, Narsan-, Kohlensäure-, Perl- und Kräuterbäder; ein ausgezeichnetes Inhalatorium, ebenfalls mit Kräutern, Salzen und Ölen; medikamentöse Behandlung, Diätküche und natürlich das wundertätige Naphthalan. Aber im Unterschied zu einem Sanatorium werden die Patienten in „Metallurg“ behandelt, ohne weit wegzureisen.

Jeder Industriebetrieb, „der auf sich hält“, hat gegenwärtig sein Prophylaktorium. Das von Sumgait steht täglich 135 Personen zur Verfügung. Die Einweisungen für 24 Tage werden von der BGL des Werks bzw. der einzelnen Werkhallen ausgestellt. Man arbeitet seine Schicht ab, dann bringt ein Bus denjenigen, der eine solche Einweisung erhalten hat, täglich zum Prophylaktorium, wo er behandelt und gepflegt wird. Hier gibt es viele Spezialisten: Zahn-, HNO-, Frauen-, Hautärzte. Die Einweisung kostet 105—120 Rubel, aber 20% der behandlungsbedürftigen Arbeiter erhalten sie gratis. Weitere 80% zahlen 16 Rubel, d. h. 12—15% des Preises, für den Rest kommen die Gewerkschaft und der Betrieb auf.

Aber Geld und Medikamente allein reichen noch nicht aus, um eine gemütliche und herzliche Atmosphäre zu schaffen.

Dazu gehören noch aufmerksame Fürsorge und selbstlose Arbeit. All das hat Chefarzt Klara Kassjanowa, die unermüdlich Neuerungen einführt. Die Kräuterbäder waren ihre Initiative, ebenso Schönheitspackungen für Frauen. Auf ihren Rat wurden für die Arbeit in der Kantine, der Küche und als Sanitärerinnen



Rentner und Rentnerinnen herangezogen. Die Arbeit ist nicht schwer und das zusätzliche Einkommen angenehm. Dafür herrscht im Prophylaktorium eine fast häusliche Atmosphäre. Wie könnte man auch einen Kollegen, mit dem man gut 10 Jahre an einem Ofen gestanden hat, schlecht bedienen! Die Wirksamkeit der Behandlung ist sehr hoch. Erkrankungen mit zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit sind auf ein Drittel zurückgegangen, die Radikulitis

ist bei 65 je 100 Personen völlig ausgeheilt.

Nicht zu vergessen sind die Bibliothek und die wunderbaren Rosen. All das zusammen hat das Betriebsprophylaktorium in der ganzen Republik berühmt gemacht.

Jetzt werden in Sumgait 5 weitere Prophylaktorien gebaut, davon eini-

Der hydrotechnische Komplex Chanbulantschai gehört zu den Bauobjekten des 10. Planjahrünftis und wird den fruchtbaren Boden Lenkorans reichlich mit Wasser versorgen.

Foto J. Knorre

ge an der Küste, in der Nähe von Thermalquellen. Unter ihnen ist eines eigens für berufstätige Müttern mit Kindern bestimmt.

GRÜNES KOMBINAT

Das vorrevolutionäre Aserbaidshan hatte nur 3 Fachschulen und keine einzige Hochschule. Die Lese- und Schreibkundigen machten 9,2% der Bevölkerung aus.

Große Sowjetische Enzyklopädie, Bd. I, S. 262

Die Einwohner von Lenkoran, des südöstlichen Küstengebiets von Aserbaidshan und der gleichnamigen Stadt, führen den Namen auf das aserbaidshanische Wort „len“ zurück, was soviel heißt wie „bleib“ oder „verweile“. Das dürfte richtig sein. Auf jeden Fall zeichnen sich die Einwohner von Lenkoran selbst in Aserbaidshan, wo der Gast als Geschenk des Schicksals gilt, durch ihre Gastfreundschaft aus. Und der Liebreiz der Gegend ladet tatsächlich zum Verweilen ein.

Lenkoran nimmt einen schmalen Streifen an der Küste zwischen den Talysch-Bergen und dem Kaspi-

schen Meer ein. Diese durch das Gebirge abgeschirmte subtropische Niederung ist in üppiges Grün und Blumen gebettet und vom Sonnenlicht überflutet. Nur im Wald von Talysch gedeiht der Eisenbaum, aus dessen hartem Holz man sogar Maschinenteile anfertigt. In den Schutzgebieten Gysylagatsch und Girkan gibt es seltene Vögelarten: Pelikane, rosa Flamingos u. a. Der größte Reichtum sind aber natürlich die Menschen. Jeder der 135 000 Einwohner des Rayons würde gern von seinem Leben und voll Stolz vom Leben des Rayons und der Stadt erzählen. Sie zeigen ihr Schauspielhaus, dessen junge Truppe — Absolventen aus

einem Studienjahr sind vollzählig gekommen — nicht nur in der Republik, sondern auch im ganzen Lande bekannt ist. Sie führen den Gast in die herrlichen Kulturhäuser von Sowchosen mit Breitwandkino-sälen und schönen Mosaiken. Sie machen ihn mit Laienkünstlern der Sowchose bekannt und bemerken scheinbar unbeteiligt, in diesem Jahr reise eine Lenkoraner Combo als Sieger einer Unionsschau nach Polen zu einem Festival der Volkskunst. Sie erzählen, daß in dieser einst hinterwälderischen Gegend, wo es nur eine einzige Grundschule gab, heute 82 allgemeinbildende, eine Musikschule, eine Musikfach- und drei sonstige Fachschulen, zwei Berufsschulen, ferner eine Filiale des Aserbaidshaner Forschungsinstituts für Garten- und Weinbau sowie den Anbau subtropischer Kulturen bestehen. Auch erfährt der Gast, daß Aserbaidshan eine Republik von Langlebigen und das Talysch-Gebirge deren Zentrum ist, denn dort lebt man bis 120 und mehr Jahren.

Die Natur hat Lenkoran reich bedacht, es liefert Tee und Mandarinen, Wein und Feihoa-Früchte, Frühgemüse, Weichselkirschen, Erd- und andere Beeren. Die fleißigen Einwohner haben den Rayon in einen Obst- und Gemüsegarten für die ganze UdSSR umgewandelt.

25 Sowchos des Rayons spezialisieren sich auf Frühgemüse und Tee. In Moskau und Leningrad beginnt der Schnee erst zu schmelzen, in Norilsk tosen noch Schneestürme, in Lenkoran aber werden schon Kühlwagen direkt auf dem Gelände von Sowchosen mit prallen Kohlköpfen beladen und fahren aus, um den Einwohnern von 450 Industriestädte der UdSSR frische Vitamine zu bringen.

Im Gemüsesowchos, das nach dem ruhmreichen Panzersoldaten Asi Aslanow, einem Helden der Sowjetunion, benannt ist, sind ständig 800 Landarbeiter beschäftigt, in der Saison steigt ihre Zahl auf 1300; zur Hilfe kommen auch Rentner, Schulkinder während der Ferien und Hausfrauen. Tofik Assadullajew, der Direktor des Sowchos, der viele Jahre als Brigadier auf dem Feld gearbeitet hat, kennt seinen Betrieb bis ins kleinste Detail:

„1976 haben wir den Plan übererfüllt und 13 500 t Gemüse geliefert. Das ist soviel wie im ganzen 8. Planjahr fünf. Die Ernte war von ausgezeichnete Qualität. In diesem Jahr ist die Auflage ca. 11 000 t, wir

wollen aber 17 000 t ernten. Die Menschen arbeiten gern, und wir fördern die Besten. Der Mechanisator Mirsa Junussow z. B. wurde mit dem Leninorden ausgezeichnet, und voriges Jahr hat er allein an Prämien 7000 Rubel erhalten. Höchste Auszeichnungen der UdSSR haben auch 14 weitere Arbeiter. Neben Prämien verteilen wir kostenlose Reiseschecks für die Sowjetunion und andere Länder. Der Sowchos hat ein Ferienlager am Meer für 130 Kinder. Für ihren 21tägigen Aufenthalt brauchen die Eltern nichts zu zahlen. Ferner haben wir einen Kindergarten und eine Krippe, wo höchstens 10 Rubel im Monat von den Eltern gezahlt werden, und wenn es eine kinderreiche Familie ist, werden die Unterhaltungskosten bis auf ein Minimum erlassen. Übrigens gilt bei uns eine Familie mit 4 bis 8 Kindern als durchschnittlich. Man ist hier sehr kinderlieb. Die Kleinen wachsen unter guten Bedingungen auf. Eine Kindersterblichkeit gibt es in Lenkoran praktisch nicht. Die Alten leben lange und genießen hohe Achtung.“

Wir fahren auf ein Feld, wo gerade Gurken geerntet werden. Die Brigade Fachrad Bakschijew hat 47 Mitglieder und überbietet stets den Plan. Sie erzielen gute Erträge, 450 dt Gurken je Hektar. Bakschijew hat die Fachschule für subtropische Nutzpflanzen in Lenkoran absolviert. Von seinen sieben Kindern studieren die vier großen in Baku, die kleinen gehen noch zur Schule.

Im Aslanow-Sowchos waren die Felder grün, im Sowchos „Chasar“ schillern sie in allen Regenbogenfarben. Hier werden Blumen angebaut. Das Pflanzgut wird von hier aus in alle Städte der UdSSR und an die größten Blumenfirmen der Welt, darunter nach Holland, Italien, Frankreich, in die Mongolei, die DDR und nach Polen, verschickt.

Der Sowchos liefert jährlich 3 Mio Stück Zwiebelpflanzen und 600 bis 700 kg Sämereien von selten schönen Sorten ein- und mehrjähriger Blumen. Den Einwohnern der Nordgebiete der UdSSR wird es in den trüben Herbst- und Wintermonaten warm ums Herz, wenn sie die farbenprächtigen, duftenden Blumen aus Lenkoran kaufen.

Wir betrachten die wunderschöne „Produktion“ des Sowchos und hören seinem Direktor Chanali Bakschirow zu. Im schweren Kriegsjahr 1942 kam er als 11jähriger Junge

zum Sowchos. Damals schützte er die Kartoffelfelder vor Kühen. Es war eigentlich keine Zeit für Blumen, aber sie wurden auch angebaut. Er war Arbeiter, Gärtner, Agronom, Geschäftsführer. Heute empfängt er Delegationen aus dem Ausland, reist durch die Welt, berichtet über die Erfahrungen von „Chasar“, ist Büromitglied des Stadtparteikomitees Lenkoran der KP Aserbaidshans.

Viele in Lenkoran gezüchtete Sorten, darunter die Calceolaria hybrida, erhielten hohe internationale Preise.

Dem Ersten Sekretär des Lenkoraner Stadtparteikomitees Issa Mamedow wurde 1976 für Verdienste um die Entwicklung des Gemüsebaus, für eine erhebliche Verbesserung der Kultur-, Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen im Rayon der Titel „Held der sozialistischen Arbeit“ zuerkannt.

„In diesem Jahr wollen wir bis zu 170 000 t Frühgemüse und -obst liefern. Wir erzielen zwei Ernten im Jahr“, sagt Mamedow. „Jetzt, wo wir dank der Fertigstellung des hydrotechnischen Komplexes Chanbulantschai genügend Wasser haben können, hoffen wir, daß 1980 jeder Einwohner der UdSSR Gemüse, Südfrüchte und Tee aus Lenkoran bekommen wird.“

* * *

Von einem hohen Hügel aus, auf dem ein Kirow-Denkmal steht, hat man abends einen schönen Ausblick auf das alte, junge Baku. Die Lichtgirlanden über seinen Straßen und Plätzen, Neubauvierteln und Parkanlagen erfreuen jeden Menschen, dessen Herz für alles Schöne offen ist. Man könnte noch erwähnen, daß die sozialistische Industrie der Republik heute in sechs Tagen ebensoviel liefert wie das vorrevolutionäre Aserbaidshan in einem ganzen Jahr; daß die Aserbaidshaner 350 Arten von Erzeugnissen in 65 Länder exportieren; daß die Studentenzahl Aserbaidshans mehr als doppelt so hoch ist wie in der BRD und Großbritannien und viel höher als in Italien, Japan und Frankreich; daß die Akademie der Wissenschaft Aserbaidshans etwa 22 000 Mitarbeiter zählt. Aber das Wichtigste ist, daß das Beispiel Sowjet-Aserbaidshans heute den jungen Nationalstaaten den Weg weist. Das ist, wie Leonid Breshnew in seiner Rede in Baku sagte, „ein überzeugender Beweis für die gewaltige schöpferische Kraft des Sozialismus“.

VERTEIDIGUNGSMINISTER IN DER OFFENSIVE

Michail TSCHERNOUSSOW

US-Verteidigungsminister Harold Brown ist bekannter Physiker. Aber das Bild, das er in seiner Rede in San Francisco am 29. Juli gebrauchte, stammte eher aus der Biologie. Der Minister verglich die Welt mit einer Flasche, in der zwei Skorpione — UdSSR und USA — sowie viele Käfer, Ameisen, Grillen, Schmetterlinge und sogar ein paar Schlangen (alle übrigen Länder) sitzen.

Des weiteren sagte der Minister: „Wir müssen aufpassen, daß die beiden Skorpione mit ihrer Flasche nicht auf das Dach eines Pulverlagers kommen, das über einer Streichholzfabrik gebaut ist.“ Wie wir sehen, hat selbst eine wohlmeinende Aufforderung des Pentagon-Chefs die Form einer Drohung: Wenn die ganze Welt auch nicht unbedingt in die Luft gehe, so sei der Kampf zwischen zwei „Skorpionen“ unvermeidlich.

Für Harold Brown besteht der Begriff Entspannung nicht. Das Wort nimmt er praktisch nie in den Mund. In Washington werden in den letzten Monaten neue Begriffe geprägt: „regulierte Rivalität“, „kalte Entspannung“. Brown schlägt seine eigene Formel, „Vertrauen durch Kraft“, vor. Und hier seine Erläuterung dazu: „Nichts in der Geschichte spricht dafür, daß man seine Ziele von der Position der Schwäche erreichen kann.“ Die sich anbietende Analogie an die bankrotte Politik „von der Position der Stärke“ stört Mr. Brown nicht im geringsten.

Um „Vertrauen durch Kraft“ zu erwecken, behauptete der Minister z. B. im Ausschuß des Repräsentantenhauses für Angelegenheiten der Streitkräfte: Man müsse die Programme für die Ausrüstung der strategischen B-52-Bomber mit Flügelraketen nicht nur im Finanzjahr 1978, sondern auch später finanzieren.

Evident ist ebenfalls um des „Vertrauens“ willen besteht der Minister auf einer Aktivierung der militärischen Bemühungen der NATO. Den Mitgliedern des Senatsausschusses für Angelegenheiten der Streitkräfte teilte er mit, in den NATO-Stäben werde ein kurz- und ein langfristiges Programm für die Neu-

ausrüstung aufgestellt. Das kurzfristige sieht vor, Kriegsbereitschaft zu erhöhen, Verstärkungstruppen aus den USA und Kanada nach Westeuropa rascher zu verlegen und die Lieferungen von nuklearen Panzerabwehrwaffen, neuen Waf-



Demonstration vor dem Weißen Haus gegen Neutronenbomben und Flügelraketen.

Aus „Daily World“ (USA)

schlimmer ist, daß sich der in Rede stehende Mann laut Harold Brown seit 15 Jahren mit dem Problem der Rüstungskontrolle beschäftigt.

Dann entwirft der Verteidigungsminister, bereits ohne sich auf jemanden zu berufen, ein Bild der „sowjetischen Herausforderung“ auf dem Gebiet der Rüstungen und die angeblich steigenden Verteidigungsausgaben der UdSSR. Er hätte nun wirklich nicht die Columbia University zu absolvieren brauchen, um

zu errechnen, daß die UdSSR ihre Militärausgaben senkt, sein eigener Staat aber steigert. Doch kehrt sich Mr. Brown weder an Fakten noch an die Logik. Er erklärt: „Auf militärischem Gebiet sind sich das heutige Kräfteverhältnis und das perspektivische Potential beider Seiten ungefähr gleich.“

Also gleich. Wozu dann aber Behauptungen, daß wir „in einer schwierigen Welt leben“, die erschreckende Aufzählung „explosiver Probleme“, die Ausdrücke wie „gefährliche Welt“ oder die „negativen Folgen“, die zu gewärtigen seien, wenn man sich nicht der „sowjetischen Herausforderung“ stelle?

Offenbar betrachten Mr. Brown und diejenigen, die hinter ihm stehen, die Entspannung nur als Folge der vorübergehenden Schwäche jenes Amerika, das die Watergate-Affaire, das Vietnamabenteuer und die Wirtschaftskrise durchgemacht hat. Jetzt aber, da all das allmählich in den Hintergrund rückt, heißt es: Vorwärts, von der Entspannung weg! Zurück zum kalten Krieg! Da kommt alles zupaß, sowohl die „sowjetische Bedrohung“ als auch die „Position der Stärke“.

Es entsteht der Eindruck, daß man in Washington, wo der außenpolitische Kurs in den letzten Wochen überprüft und korrigiert wird, eine bestimmte Balance aufrechterhalten möchte: Zweimal sprach der Präsident (in seiner Rede in Charleston und in einem Interview für die *Time*) von dem Bestreben, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern und die Détente zu erhalten. Dreimal verfocht Harold Brown in derselben Zeit ein rascheres Wettrüsten, wobei er bemüht war, die Verantwortung für die Schwierigkeiten in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen der UdSSR in die Schuhe zu schieben und die Entspannung um ihren realen Inhalt zu bringen. Die Balance ist merkwürdig. Und dabei gibt es heute alle Möglichkeiten, unter Auswertung der positiven Erfahrungen aus den letzten Jahren eine stabile Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu sichern; sie müssen nur zusammenarbeiten, darunter zur Festigung des Friedens.

Harold Brown fordert zur forcierten Aufrüstung auf. Vor zehn Jahren, als Luftwaffenminister, war er ebenso kategorisch für den massierten Einsatz von US-Flugzeugen gegen die Demokratische Republik Vietnam und für die Erweiterung der Bombenwurfzone. Das Ergebnis dürfte bekannt sein.

IN MEMORIAM MAKARIOS

Am 3. August starb der Präsident der Republik Zypern, Erzbischof Makarios, ein bekannter Staatsmann und Politiker.

Mit dem Namen Makarios ist eine wichtige Etappe in der Geschichte Zyperns, eine komplizierte Periode des Kampfes des zyprischen Volkes für die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat verbunden. Makarios (mit weltlichem Namen — Michail Christodoulos Mouskos) stammte aus einer Bauernfamilie. Er erhielt eine theologische Ausbildung und wurde 1950 zum Erzbischof, dem Oberhaupt der zyprischen orthodoxen Kirche, gewählt, die in der Ära der ausländischen Kolonialherrschaft auf der Insel einen großen Einfluß unter der griechischen Bevölkerung hatte und oft als Vertreter ihrer Interessen auftrat. Bereits im 2. Weltkrieg schloß sich Makarios, der sich damals in Griechenland aufhielt, der nationalen Befreiungsbewegung der Zyprioten gegen die englische Kolonialherrschaft an und wurde später ihr unumstrittener Führer.

Makarios nahm an der Londoner Konferenz von 1959 teil und unterzeichnete im Namen der griechischen Gemeinde der Insel die sogenannten Abkommen von Zürich und London, auf deren Grundlage Zypern 1960 die Unabhängigkeit gewährt wurde. Allerdings war die Souveränität des jungen Staates wesentlich beschränkt, weil die „Garanten“ — England, Griechenland und die Türkei — auf der Insel ihre Truppen nicht nur stationierten, sondern sich auch das Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik reservierten. Außerdem behielt England einen Teil der Insel und errichtete dort mehrere Militärstützpunkte.

Makarios wurde zum Präsidenten der Republik Zypern gewählt. Einmütig wurde er jeweils wiedergewählt, das letzte Mal — am 8. Februar 1973. Seine Politik wurde von allen demokratischen Kreisen des Landes — sowohl von linken, fortschrittlichen als auch von bürgerlichen, ausgenommen die extrem nationalistischen, reaktionären Kräfte — unterstützt. Die äußere und innere Reaktion, die mit diesem Kurs unzufrieden war, unternahm Versuche, Makarios auszuschalten: Gegen den Präsidenten wurden Attentate und Verschwörungen organisiert.

Der konsequente Kampf Makarios' für die Erhaltung der Souveränität, Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der Republik Zypern brachte ihm Anerkennung im In- und Ausland. Er bemühte sich um eine Lösung des Pro-



blems im Rahmen der UNO und nicht im engen Kreis der sogenannten interessierten Länder mit ihren Blockinteressen.

In seiner friedliebenden Außenpolitik ließ sich Makarios vom Grundsatz leiten, gleiche Beziehungen zu allen Ländern, unabhängig von ihrer sozialen Ordnung, zu unterhalten, und verfolgte konsequent den Kurs auf Nichtgebundenheit an die Militärblocke. So war Zypern von Anfang an ein aktiver Teilnehmer der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder.

In der UNO und in anderen internationalen Foren trat Zypern in der Regel auf der Seite derjenigen auf, die die Friedensinitiativen zur Vertiefung der Entspannung und zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern und Völkern unterstützten. Als ein historisches Ereignis bezeichnete Makarios die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Makarios setzte sich konsequent für freundschaftliche Beziehungen zwischen Zypern und der Sowjetunion ein. Er schätzte sehr die konsequente und feste Position der UdSSR in der Zypernfrage, unterstützte den sowjetischen Vorschlag für die Einberufung einer repräsentativen Zypernkonferenz im Rahmen der UNO und betonte stets den friedliebenden, demokratischen Charakter der sowjetischen Außenpolitik. Kurz vor seinem Ableben sprach Makarios in einem Interview für das sowjetische Fernsehen von der historischen Bedeutung des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und nannte sie einen Wendepunkt der Geschichte.

BEI FREUNDEN

Von unserem Sonderberichterstatter
Leonid CHLEBNIKOW

Als ich in Nepal landete, strömte gerade der Monsunregen. Der nicht weit von Katmandu in den Himmel ragende Himalaja, den zu sehen, Tausende von Touristen aus allen Erdteilen hinkommen, war von schweren Wolken verhangen. Manchmal fiel der Regen dicht wie eine Wand, und dann konnte ich aus dem Hotelfenster nicht einmal die gegenüberliegende Straßenseite sehen. Die Stadt lag wie ausgestorben. Nur hin und wieder fuhr ein Wagen hoch aufspritzend durch die verödeten Straßen, und der einsame Fahrer einer Radrikscha wartete, in ein Cape aus Plaste gewickelt, gelangweilt vor dem Hotel auf einen zufälligen Fahrgast.

Aber sobald der Regen aufhörte und die helle Sonne durchkam, lebte die Stadt gleich auf, und obwohl die Straßen noch immer Sturzbäche waren, gingen die Städter ihren Verrichtungen nach.

Ein Moskauer Lied im Dschungel

An einem der seltenen klaren Tage war ich zu einem Picknick vom Klub der Freunde der Sowjetunion eingeladen, dessen Mitglieder Absolventen sowjetischer Hochschulen sind. Das Picknick fand in der Umgegend Katmandus in einem wunderschönen Park statt. Die Hügel, auf denen er liegt, gehen in die Ausläufer des Himalaja über. Das üppige Tropengrün, das frei äsende Edewild und die ganze Landschaft gaben dem Beisammensein einen reizvoll exotischen Anstrich. Die Teilnehmer waren etwa hundert junge Nepalesen und Beamte der sowjetischen Botschaft mit ihren Familien. Alle sprachen russisch (die Nepalesen mit kaum merklichem Akzent). Zur Gitarre wurden sowjetische Lieder gesungen: die bekannten „Moskauer Nächte“ und „Katjuscha“ und dazwischen Volkslieder des Landes. Ohne die sengende Sonne, den Dschungel ringsum und die Himalajagipfel in der Ferne hätte man meinen können, wir seien irgendwo in der Umgegend Moskaus. Wir sowjetischen Menschen fühlten uns ganz zu Haus.

Ich erfuhr, daß dem Klub jedes Jahr junge Nepalesen beitreten, die

heimkehren, nachdem sie in der UdSSR studiert haben. Es werden immer mehr. Zur Zeit studieren rund 300 junge Männer und Mädchen aus Nepal in der Sowjetunion.

Eine der bestbesuchten Buchhandlungen in Katmandu, der Landeshauptstadt, ist das International Book House, das in der UdSSR erschienene Bücher in nepalesischer und englischer Sprache führt. Freunde unseres Landes traf ich aber nicht nur unter den Schülern und Studenten, sondern auch unter der noch dünnen Schicht der Arbeiter sowie unter den Bauern, von denen die meisten kaum oder gar nicht lesen und schreiben können.

Unvergesslich sind mir die Einwohner eines Dorfes, das ich auf meiner Reise durchs Land berührte. Ich fragte, was sie von der Sowjetunion wissen. Die Antworten lauteten, Rußland sei die Heimat Lenins und der Oktoberrevolution, ein großes Land, das sein großes Volk glücklich gemacht hat. Bei solchen herzlichen Worten einfacher Leute erfüllt ein Stolz auf unser großes Heimatland.

In Nepal weiß jeder, daß die UdSSR diesem Land hilft, seine Wirtschaft zu fördern. Von dieser Hilfe zeugen ja die Fabriken für Landmaschinenbau, eine Zuckerfabrik mit einer Jahresleistung von 14 000 t Zucker, eine Zigarettenfabrik, ein Krankenhaus und ein Stück der Ost-West-Autobahn. Diese Objekte sind mit sowjetischem Beistand gebaut worden.

Ich hatte Gelegenheit, das ebenfalls mit Hilfe der UdSSR gebaute Wasserkraftwerk in Panauti zu besichtigen. Es ist klein (2400 kW), aber ganz modern und liefert der Hauptstadt und ihrer Umgegend Strom. Das ganze Personal besteht aus Nepalesen, die in der UdSSR oder von sowjetischen Fachkräften an Ort und Stelle angeleitet worden sind. Ich war gerade in der Regenzeit dort, als der reißende Fluß die Turbinen wie wild trieb.

Exkurs in die Geschichte

Um das heutige Leben in Nepal besser zu verstehen, muß man seine jüngste Geschichte kennen. Ein selbständiger Staat begann es schon



in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu werden. Vor etwas mehr als 100 Jahren traten die Ranas, eine feudale Familie, eine despotische Herrschaft über das Land an. Der britische Imperialismus stützte dieses Regime nach Kräften und ergriff bei innerpolitischen Kämpfen immer für die Ranas Partei. Charakteristisch für jene Zeit war eine Militär- und Feudalherrendiktatur. Sie bemühte sich, die Zurückgebliebenheit des noch im Mittelalter steckenden Landes und die schonungslose Ausbeutung des Volkes zu bleibenden Erscheinungen zu machen. England erkannte die politische Selbständigkeit Nepals gerade deshalb an, weil es auf niedrigem Entwicklungsniveau blieb. Es war ein Absatzmarkt für Waren aus den britischen Kolonien und stellte der Kolonialarmee Soldaten, die Gurkhas.

Das Britische Reich zerfiel, und dank dem Zusammenwirken innerer und auswärtiger Faktoren hatte das autokratische Regime der Ranas 1951 ein Ende. 1956 wurde Mahendra Bir Bikram zum König von Nepal gekrönt. 1960 löste er das Parlament auf, verbot sämtliche Parteien und rief eine „Pantschajat-Demokratie“ aus. Diese bedeutet, daß die ganze Macht in Händen des Monarchen liegt, die legislativen Befugnisse und die der örtlichen Selbstverwaltung aber von den Pantschajaten ausgeübt werden, d. h. von Volksorganen, wie es sie nur in Nepal gibt. An Stelle der Parteien wurden eine Bauern-, eine Arbeiter-, eine Jugend- und eine Frauenorganisation gebildet, und gekrönt wird dieses System durch das Nationalpantshajat, die oberste legislative Körperschaft, bestehend aus 135 Abgeordneten, von denen 112 von den Zonen- und Kreispantshajaten gewählt und 23 vom König eingesetzt werden. Alle Beschlüsse dieser Körperschaft sind erst gesetzkünftig, wenn der König sie bestätigt hat. Der Monarch ist auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte und die höchste Justizinstanz.

Eine wesentliche Rolle im politischen und wirtschaftlichen Leben

des Landes, besonders in der Provinz, spielen die großen Feudalherren und die Spitzen der Bourgeoisie.

Das größte Problem

Nepal ist ein Agrarland, 93% seiner erwerbstätigen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Mehr als die Hälfte der Anbauflächen gehören Gutsbesitzern und werden an die Bauern verpachtet.

Rashtra Bank zufolge sind die Gebrauchsgüter in Katmandu in den letzten elf Monaten allein um 5,9%, die Nahrungsmittel aber um 9% teurer geworden. Viele Massenbedarfsartikel und Nahrungsmittel müssen importiert werden. Dadurch wird die Bilanz im Außenhandel immer passiver. Infolge der Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt hat die Nachfrage nach einigen

Hilfe und Inlandsanleihen decken zu können.

Auf einer am 5. Juli für einheimische und ausländische Journalisten veranstalteten Pressekonferenz betonte Minister Thapa, „die hauptsächlichste Zielsetzung des Etats für 1977/78“ bestehe darin, „die Entwicklung zu beschleunigen und auszuweiten, noch mehr Ressourcen flüssig zu machen und zu erreichen, daß sich das Volk in noch größerem Umfang an der allseitigen Entwicklung beteiligt“.

Auf Veranlassung von König Birendra ist eine Organisation unter der Devise „Zurück ins Dorf“ gebildet worden, die die Bauernschaft zu aktiver Teilnahme an der Entwicklung der Landwirtschaft aufbieten soll. So erklärten mir Ram Hari Sharma, der Vorsitzende des Nationalpantachajats, und Hari Bahadur Basnet, der Minister für Kommunikationen, die Hauptaufgabe der Bewegung „Zurück ins Dorf“. Sie wird zu den Verfassungsorganen gezählt und spielt jetzt im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes eine führende Rolle.

Im Nationalpantachajat betonte König Birendra am 16. Juni, daß die Regierung die Lage in der Landwirtschaft im Auge behält, weil „die ungünstigen Witterungsverhältnisse nachteilig auf den Getreideertrag wirken können“. Hinsichtlich der Industrie sagte der König: „Die Regierung veranlaßt, daß Bodenschätze erschürft und abgebaut werden“. Sie habe die Absicht, „der Gründung von Betrieben für die Rohstoffverarbeitung, z. B. Zementfabriken, den Vorzug zu geben“. Zugleich werde man besonders darauf achten, daß Mehrzweckprojekte für die Nutzung der Gewässer zur Stromerzeugung und Bewässerung aufgestellt und ausgeführt werden.

Blockfreiheit in Aktion

Ein Gelingen der Wirtschaftspläne Nepals hängt natürlich weitgehend von auswärtigen Verhältnissen, vor allem von der Gesamtlage in Asien, ab. Die Regierung ist sich darüber klar. Nepal betreibt eine Politik der Nichtpaktgebundenheit und Neutralität. Es setzt sich für die allgemeine und vollständige Abrüstung und dafür ein, daß Streitfragen friedlich bereinigt werden. Auch tritt es gegen den Kolonialismus und die Rassendiskriminierung auf.

Die Regierung Nepals ist an einer Ausdehnung des Freundschaftsverhältnisses und der Zusammenarbeit mit der UdSSR interessiert. Sie sieht



In der Industrie sind ganz oder teilweise handwerkliche Betriebe zur Verarbeitung von Agrar- und Forstwirtschaftsprodukten vorherrschend.

Zu den aussichtsreichen Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung Nepals ist jetzt das Erstarken des staatlichen Wirtschaftssektors zu zählen. Als Ende 1975 im Nationalpantachajat der Entwurf für den fünften Fünfjahrplan zur Debatte stand, erklärte König Birendra, die Schwerpunkte des Plans seien die Förderung der Landwirtschaft und eine bessere Ernährung der Landesbevölkerung. Das sind schwierige Aufgaben. Seit mehr als zehn Jahren ist ja schon eine Bodenreform im Gange, wird aber von den Gutsbesitzern sabotiert, so daß den Bauern von 1964 bis 1974 nur etwa 20 000 ha Land gegen Ablösung überlassen wurden. Die hiesige Öffentlichkeit meint, daß die Reform die Macht der Großgrundbesitzer eingeschränkt, aber die Feudalverhältnisse und die Ausbeutung der Bauern unberührt gelassen habe.

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor schwer. Nach amtlichen Angaben ging der Reisertrag im Rechnungsjahr 1976/77 mit 2,4 Mio t um 8,43% zurück. Das ist der geringste Ertrag seit drei Jahren. Der Nepal

Eine der vielen kleinen Pagoden in Katmandu

Foto TASS

herkömmlichen Exportartikeln Nepals nachgelassen und ist der Fremdenverkehr, eine wichtige Devisenquelle, zurückgegangen. Indessen sind die Preise für die Industriezeugnisse und Nahrungsmittel, die Nepal einführt, in die Höhe geschossen. Mit seinem Entwicklungsniveau und mit dem Lebensstandard seiner Werktätigen nimmt Nepal einen der letzten Plätze in der Welt ein. Die Bevölkerung besteht zu 85% aus Analphabeten.

Der von Finanzminister Thapa eingereichte Haushaltsentwurf für das Rechnungsjahr 1977/78 zeigt, wieviel Gewicht auf die Entwicklung der Wirtschaft gelegt wird. Gerade als ich in Nepal war, lag der Entwurf dem Nationalpantachajat vor. Er beläuft sich auf 3 087 000 000 Rupien, das sind etwa 30% mehr als 1976/77. Die Aufwendungen für verschiedene Wirtschaftsjahr sind auf beinahe 2 149 000 000 Rupien oder um etwa 420% erhöht worden. Allerdings schließt der Etat mit einem großen Fehlbetrag ab, aber man glaubt, ihn durch ausländische

darin einen wichtigen Faktor der Stärkung der Souveränität und Unabhängigkeit ihres Landes. Schon der Vater des jetzigen Königs, Mahendra, nahm ersten persönlichen Kontakt zur sowjetischen Führung auf. Bei seinem letzten Besuch in der UdSSR (1971) verhandelte er über einen Ausbau der sowjetisch-nepalesischen Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil. Auch sein Nachfolger ist dafür.

Während des offiziellen Besuchs, den König Birendra der UdSSR im vergangenen November abstattete, fand eine ergebnisreiche Aussprache über diese Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Bereich usw. statt und wurde vorgemerkt, wie diese Zusammenarbeit noch enger gestaltet werden soll. Es folgte ein Meinungsaustausch über weltpolitische Probleme. Zur Sprache kamen eine Ausdehnung der Entspannung auf ganz Asien und eine weitere Sanierung der politischen Atmosphäre in der ganzen Welt. In dem ausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué hieß es: „Beide Partner haben befriedigt festgestellt, daß sich die sowjetisch-nepalesischen Beziehungen in den zwei Jahrzehnten seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Nepal unentwegt nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz entwickelt haben, d. h. unter Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, Gleichberechtigung und wechselseitigem Vorteil. Die Partner haben erneut bestätigt, daß sie bemüht sind, die Freundschaft und allseitige Zusammenarbeit der beiden Länder weiter auszudehnen, was im nationalen Interesse des sowjetischen und des nepalesischen Volkes liegt und zu einem festeren Weltfrieden beiträgt.“

Am 16. Juni sagte König Birendra im Nationalpantshaj, sein vorjähriger Besuch in der UdSSR habe „das herzliche Verhältnis der beiden Länder zueinander noch enger gestaltet“.

Das Wort „herzlich“ ist hier wohl besonders am Platze. Ich habe die schönsten Erinnerungen an das gütige, feinfühligke, uns freundschaftlich gesinnte Volk aus Nepal mitgenommen. Dort bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Freundschaft der beiden Länder und Völker auch im weiteren fester werden wird.

Katmandu—Moskau

CHINA

LABILES GLEICHGEWICHT

Wladimir KRIWZOW

Vom 16. bis 21. Juli, also mehr als zwei Jahre nach dem 2. Plenum und fast ein Jahr nach Mao Tse-tungs Tod, fand in Peking das 3. ZK-Plenum der KP Chinas statt. Er bestätigte Hua Kuo-feng in allen seinen Funktionen, setzte Teng Hsiao-ping in alle alten Funktionen wieder ein, billigte die Zerschlagung der „Vierergruppe“ (Wang Hung-wen, Tschang Tschun-tsiao, Tsiang Tsing und Iao Wen-juan) und beschloß, in diesem Jahr „zu einem passenden Zeitpunkt“ vorfristig den XI. Parteitag der KP Chinas einzuberufen.

Die Vorbereitung auf das Plenum ging mit einer Verschärfung des politischen Kampfes in der chinesischen Gesellschaft einher. Eine der umstrittensten Fragen war die der endgültigen Rehabilitierung Teng Hsiao-pings.

Sie bedeutete das politische Comeback seiner Anhänger. In China werden weiterhin alte Parteikader rehabilitiert. „Die Partei muß sich um junge Kader kümmern, sie hüten, neue Parteifunktionäre planmäßig erziehen“, schrieb die „Schenminschipao“ am 15. Juni. „Noch mehr muß die Partei jedoch an die alten Kader denken, sie hüten und ihre Bedeutung steigern.“

Sehr schwierig war es für Hua Kuo-feng und seine Nachfolger, den Widerstand der Kreaturen der „Vierbande“, der besonders in den Provinzen Liaoning, Tselin, Kansu, Szetschwan, Jünnan und einigen anderen besonders stark war, zu brechen. Die Bekämpfung der Anhänger der „Vierergruppe“ wurde härter. In Nantschang verlangte der Befehlshaber des Militärkreises von Kiangsi die Hinrichtung der „schlimmsten Feinde“.

Die Lage der Pekinger Führung wurde dadurch komplizierter, daß die Werktätigen weiterhin ihre Unzufriedenheit äußerten, höhere Löhne und besseres Leben verlangten. Unter den Studenten gab es immer noch Unruhen. In Wuhan unterdrückten die Truppen eine Aktion der Jugend, wobei viele junge Menschen getötet bzw. verwundet wurden.

Dem Plenum gingen heftige ideologische Kämpfe voraus, aber sie blieben im Rahmen des Maoismus.

Die Rede war davon, ihn als ideologisches und politisches Banner der heutigen chinesischen Führung aufrechtzuerhalten und zugleich damit einige Differenzen in den Ansichten und Handlungsmethoden der wichtigsten politischen Gruppierungen zu überbrücken.

Den Ausschlag gab auch diesmal die Armee.

Nach dem 3. ZK-Plenum liegt die politische und militärische Macht im Lande in den Händen von drei Personen; das sind der Vorsitzende des ZK und Vorsitzende des Militärates des ZK der KP Chinas Hua Kuo-feng, zugleich Premier des Staatsrates und Minister für öffentliche Sicherheit; der stellvertretende Vorsitzende des ZK und stellvertretende Vorsitzende des Militärates des ZK der KP Chinas Teng Hsiao-ping, stellvertretender Premier des Staatsrates der VR China und Generalstabschef der Nationalen Befreiungsarmee Chinas.

Dieses Triumvirat widerspiegelt die neue Kräftegruppierung auf höchster Ebene der Partei-, Staats- und Militärmacht in China. Es ist klar, daß sich die Positionen der alten Parteikader festigen und daß der Kampf der befriedenden Gruppierungen mit einem Kompromiß endete. Es fragt sich aber, um wieviel stabiler das nun entstandene Gleichgewicht sein wird. Man darf nicht vergessen, wie unterschiedlich der politische Weg der Mitglieder des Triumvirats, besonders Hua Kuo-fengs und Teng Hsiao-pings, war. Den ersteren hievte die „Kulturrevolution“ auf den höchsten Machtposten, nicht zuletzt, weil er alle Weisungen Maos unbedingt befolgte. Teng Hsiao-ping dagegen wurde von derselben „Revolution“ gestürzt. Je Tsien-jing verstand es, sich unter allen Wechselfällen der „Kulturrevolution“ zu halten und sogar auf höhere Stufen zu steigen.

Das unterschiedliche Los der drei Männer war ein Spiegelbild ihrer Beziehungen zu Mao und zu der früher einflußreichen „Vierergruppe“, auch ihrer unterschiedlichen Einstellung zu den einzelnen Aspekten und

Methoden des Maoismus. Heute gehen sie dank dem politisch-ideologischen Kompromiß gemeinsam vor. Haben sie tatsächlich die Unterschiede in ihrer Auffassung von der „Kulturrevolution“ und den anderen Problemen überwunden?

Nach Ansicht ausländischer Beobachter ist das politische Gleichgewicht in der Peking-Führung, das dank dem 3. Plenum entstanden ist, labil. Jacques Guillermez, einer der maßgeblichsten französischen China-Experten, schrieb im *Figaro*: „Niemand kann mit Sicherheit behaupten, daß Teng Hsiao-ping trotz seiner 73 Jahre nicht doch über seinen Partner dominieren oder ihn sogar ausschalten wird.“

Das Plenum nahm einen „Beschluß über die parteifeindliche Gruppierung Wang Hung-wen, Tschang Tschun-tsiao, Tsiang Tsing und Iao Wen-juan“ an, stempelte Wang Hung-wen zu einem „neuen bürgerlichen Element“, Tschang Tschun-tsiao zu einem „Kuomintang-Agenten“, Tsiang Tsing zur „Verräterin“, Iao Wen-juan zu einem „Fremdkörper in der Klasse“ und die ganze Gruppe zusammen zu „Intriganten und konterrevolutionären Doppelzünglern“ ab. Sie sind „für alle Zeiten“ aus der Partei ausgeschlossen und „aller Posten inner- und außerhalb der Partei“ enthoben. Die Zerschlagung der „Viererguppe“ wurde auf dem Plenum als „Rettung von Revolution und Partei“, als „großer Sieg der Kulturrevolution“, als „großer Sieg der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tse-tung“ bezeichnet.

Jetzt stellt sich heraus: Die „Viererguppe“ habe die „Kulturrevolution“ von Anfang an „untergraben“ und sich sogar mit der „Gruppe Lin Piao“ zusammengetan. Dabei weiß man, daß die „Viererguppe“ zusammen mit Mao die „Kulturrevolution“ ankurbelte, daß gerade sie die sehnlichsten Wünsche des „großen Steuermanns“ in die Tat umzusetzen half.

Die rigorose Ausschaltung der „Intriganten und konterrevolutionären Doppelzüngler“ aus dem politischen Leben müßte doch eigentlich die Ideen, die sie vertraten, diskreditieren und zur Aufgabe ihrer Politik führen. Was nicht der Fall ist. Der „Viererguppe“ wurden die Versuche angelastet, „die oberste Partei- und Staatsmacht zu usurpieren“ und auf eine „konterrevolutionäre Restauration“ hingewirkt zu haben. Diese Einseitigkeit in den Beschuldigungen resultiert erstens daraus, daß die heutige chinesische Führung

im großen und ganzen auf denselben maoistischen Positionen steht wie die Politiker, die heute in Acht und Bann getan werden; zweitens daraus, daß die „Viererguppe“ nur die oberste Spitze der von ihr selbst aufgebauten politischen Pyramide ausmacht, vor deren Zerstörung die heutigen Führer vorläufig zurückschrecken. Im Leitartikel „der drei Redaktionen“ (*Schenminschipao*, *Tsefangtsiunpao* und *Hungtsi*) vom 23. Juli ist die Rede von einem ganzen „System bürgerlicher Gruppen und Fraktionen, das die Sektierer-Vier und ihr Nachtrab schuf“ und das noch „entschlossen, entgültig, restlos und vollständig zu zerschlagen ist“; von einem Sieg über dieses System „wird man erst dann sprechen können, wenn wir den Sieg sowohl in organisatorischer als auch in ideologisch-politischer Hinsicht errungen haben“.

Folglich ist die nächste Perspektive der chinesischen Gesellschaft eine neue Kampfrunde. Dieser Kampf wird als Klassenkampf hingestellt und auf die These zurückgeführt, die Revolution sei unter der Diktatur des Proletariats fortzusetzen.

Das chinesische Volk ist der endlosen Machtkämpfe und der unzähligen politischen Säuberungen müde. Hua Kuo-feng und seine Mitstreiter können sich darüber nicht hinwegsetzen. Deshalb versprechen sie „allgemeine Ordnung und Ruhe im ganzen Lande“. Auch versprechen sie

„erste Erfolge in diesem Jahr und große Erfolge in den nächsten drei Jahren“. Der angekündigte XI. Parteitag der KP Chinas wird in Peking als ein wichtiger Beweis für die Herbeiführung der versprochenen „allgemeinen Ordnung“ ausgegeben. Leider glaubt die chinesische Führung, diese „Ordnung“ „im erbitterten Kampf zweier Klassen und zweier Linien zu erreichen, gestützt auf den Klassenkampf“, so daß man wieder bei Repressalien und Säuberungen, bei neuen politischen Kämpfen wäre, deren Last erneut auf das chinesische Volk abgewälzt wird.

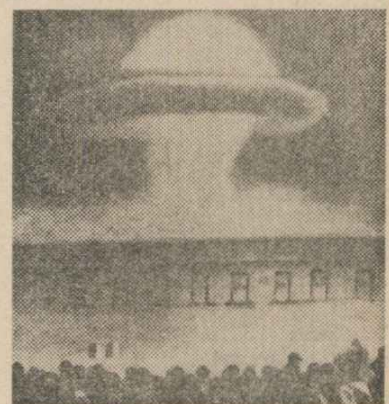
Aufmerken läßt folgendes. Das Plenum schwieg sich über die schmerzliche Frage der chinesischen Wirklichkeit — die schlechte Verfassung der Volkswirtschaft, die, wie amtliche Vertreter zugeben, zerrüttet ist — aus, hielt es jedoch für notwendig, im Kommuniqué das außenpolitische Programm der neuen Führung darzulegen. Das Programm ist antisozialistisch, enthält die üblichen antisowjetischen Ausfälle und orientiert auf Kriegsvorbereitung. Offenbar hofft die chinesische Führung, mit diesem Programm auch noch ihre Positionen zu stärken. Dabei befindet sich die Außenpolitik Pekings in einer Sackgasse. Mit ihrer Hilfe läßt sich die Einheit in der Führung der KP Chinas wohl kaum festigen und ist eine Stabilisierung der innenpolitischen Lage kaum zu erreichen.

KINDER ALS LEIDTRAGENDE

Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua verbreitete kürzlich ein Foto, das die Explosion einer Wasserstoffbombe darstellt. Die Agentur gab nicht an, wo und wann der Test stattfand, doch, wie die *International Herald Tribune* zu diesem Foto schrieb, erfolgte die Explosion im Oktober 1976.

Fast gleichzeitig erschien in der *New York Post* folgende Meldung: Der Tod von über 100 amerikanischen Kindern im Nordosten der USA war die direkte Folge radioaktiver Niederschläge, die im Oktober v. J. nach einem in China erfolgten Kerntest in der Atmosphäre fielen. Ernest Sternglass, Professor an der Universität Pittsburgh, meinte, radioaktiv verseuchte Milch sei die Todesursache gewesen. „Das ist die einzige Theorie, die alle vorhandenen Fakten erklärt“, sagte er.

Und die Tatsachen sehen so aus: Im Staat Delaware, wo sich das Milchvieh nach radioaktiven Niederschlägen auf offenen Weideplätzen befand, nahm die Zahl der Todesfälle bei Kindern um 60% zu. Etwas Ähnliches geschah auch in den Staaten New Hampshire, Maine, New Jersey und Connecticut.



Zugleich wurde in den Staaten New York, Massachusetts und Rhode Island, wo Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden waren — das Vieh war von den offenen Weideflächen fortgeführt worden —, eine Zunahme der Todesfälle nicht registriert.

Heute ist China das einzige Land, das Kerntests in der Atmosphäre fortsetzt.

KANADISCHE PROBLEME

Genrikas SIMANAS

Schon vom Flugzeug aus erkennt man, daß Kanada dünnbesiedelt ist. In den Prärien sieht man nur selten Bauten, meistens blaue Seen, braune Ebene und näher zum Meer grüne Wälder. Lediglich ein Drittel des Landesgebiets ist nutzbar gemacht, und so ist es nicht bloß im Hohen Norden. Ich war auf einer Farm, deren rund 80 Hektar Land größtenteils bewaldet sind. Wald ist übrigens zuviel gesagt, die Fläche ist von Sträuchern bestanden, über denen sich nur hier und da Bäume erheben. Solches Land kann nicht kultiviert werden, es ist sogar schwer passierbar. Der Farmer bestellt nicht mehr als 10 Hektar.

„Können Sie nicht im Wald Ordnung machen?“

„Wie bitte?“

„Na, Schneisen legen, damit die Sonne hinein scheint und die Bäume besser wachsen; abgestorbene Bäume und Zweige absägen, Holz schlagen und schließlich jagen. Sonst haben Sie von Ihrem Land ja gar nichts!“

Der Mann sah weg, er schien meine Worte nicht ernst zu nehmen, aber dann äußerte er sich doch:

„So etwas kostet viel Geld, und woher soll ich es nehmen? Später rentieren sich solche Arbeiten wahrscheinlich, aber woher nehme ich das Geld zum Anfangen?“

Ich erfuhr, daß es in Kanada viel solchen ungenutzten Besitz gibt. Manche Farmen könnten reiche Ernten haben, aber vorläufig scheint Kanada sie nicht zu brauchen, und niemand will Geld in einer Sache investieren, die sich nicht schnell rentiert. Dabei sind auf der Welt Millionen unterernährt und verhungern jedes Jahr Hunderttausende. So wirken eben die Gesetze des Kapitalismus.

Tradition und Gegenwart

Der Staatsaufbau Kanadas ist nicht sehr übersichtlich. Manchmal staunt man, wie so ein junger Staat mit Überbleibseln früherer Jahrhunderte belastet sein kann. Im Grunde genommen hat er keine Verfassung, sondern vielerlei Gesetzesakte, von denen vor allem die Akte über Britisch-Nordamerika zu nennen ist,

die das britische Parlament 1867 verabschiedete und die manchmal die Verfassung Kanadas genannt wird.

In jedem Amt hängt ein Bild der englischen Queen, sie ist auf den kanadischen Banknoten abgebildet und sieht einen von riesigen Bildnissen in den Parlamenten der Provinzen an, obwohl sie in Kanada so gut wie keine Machtbefugnisse hat. Ihr Vertreter ist ein formaler von ihr, in Wirklichkeit aber vom kanadischen Ministerpräsidenten auf fünf Jahre ernannter Generalgouverneur. Jedesmal bei Eröffnung des Parlaments hält er eine ebenfalls vom Ministerpräsidenten verfaßte Thronrede, und damit haben die „Befugnisse“ des königlichen Statthalters ein Ende.

Viele Gepflogenheiten sind von England übernommen. Sind sie dort aber durch die Tradition geheiligt, so wirkt es hier etwas seltsam und stimmt nachdenklich, wenn man die Speaker in mittelalterlichen Mantillen sieht, wenn ihre Zepher vor jeder Sitzung in den Saal getragen werden, wenn der Generalgouverneur im Federhut erscheint usw.

Einmal sah ich in der Londoner City den König ausfahren (das war vor Jahren, als England noch einen König hatte). Er fuhr in einer vergoldeten Galakutsche. Bei der Einfahrt in die City übergab er seinen Degen dem Bürgermeister. Lächelnd sah ich der Zeremonie zu, aber ein Bekannter sagte:

„Lach nicht! Solche Tage sind die besten für Taschendiebe!“

Ich sah ihn fragend an, und er fuhr fort:

„Sieh mal, die Galakutsche und das ganze Drum und Dran fesselt die Aufmerksamkeit der Leute, so daß ihnen die Langfinger seelenruhig die Taschen leeren können.“

Daran dachte ich, als ich in Kanada den Speaker in Mantille und Dreispitz, vom Schreiber begleitet, zur Sitzung schreiten sah, ihm voran ein Sergeant mit einem Streitkolben über der Schulter. Ähnlich wie die Galakutsche wirken diese Traditionen ablenkend, sie lassen vergessen, welche Rolle die Gesetzgebenden Versammlungen und Parlamente wirklich spielen, was ihre Klassenfunktionen sind. Viele Ka-



Sitz des kanadischen Parlaments

Foto des Verfassers

nadier lassen sich aber nicht über diese hinwegtäuschen.

Was sie wirklich sehr ernst nehmen, das ist die nationale Frage. Wenn sich jemand vorstellt, fügt er oft hinzu: „Ich bin ein Anglokannadier“ oder „Frankokannadier“; andere nennen sich einfach Engländer, Franzosen, Deutsche, Juden, Litauer oder Japaner. Nur ein einziges Mal hörte ich einen Mann sagen: „Ich bin ein kanadischer Kannadier.“ Es klang so ungewohnt, daß ich fragte, was er meine.

„Mutter ist Indianerin, und Vater“, er stockte etwas, „meinen Vater habe ich nicht gekannt, weiß also nicht, was er ist.“

Jedenfalls betont jeder, daß er noch eine zweite Nationalität hat.

Beim Bereisen des Landes fragt man sich, ob es überhaupt eine kanadische Nation gibt. Diese Frage wird verschieden beantwortet. Amtlicherseits aber heißt es: Natürlich gibt es eine kanadische Nation! Man erkennt auch das Bemühen um eine Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins.

Vor dem Parlament in Ottawa sah ich auf einem kleinen Hügel einen in Stein gefaßten Brunnen, zwischen dessen Wasserstrahlen eine Flamme

lodert. Das Ganze ist so geschickt gemacht, daß die Flamme aus dem Wasser zu schlagen scheint. In den Stein sind die Namen der 10 Provinzen und 2 Gebiete Kanadas sowie die Worte eingemeißelt, daß der Brunnen 1967, zum 100. Jahrestag der Akte über British-Nordamerika, gebaut wurde.

Und doch ist Kanada aus drei Staaten und drei Nationen hervorgegangen. Gegründet wurde es von den Franzosen. Sie gingen als erste daran, die großen Gebiete zu kolonisieren, sie bauten Städte, konnten das Land aber nicht behalten. In Quebec zeigt man Touristen die Zitadelle und sagt unbedingt dazu, daß die Franzosen hier in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Entscheidungsschlacht und damit Kanada verloren. Sie hätten tapfer gekämpft, in der letzten Schlacht aber hätten die Engländer gesiegt.

Kanada war ziemlich lange unter britischer Herrschaft, seine Traditionen sind größtenteils britisch. Britisch ist auch vielfach die Bauweise, die Provinzparlamente sind dem Londoner Parlament nachgebildet. Jetzt aber setzt sich der Einfluß des mächtigsten Nachbarn — der USA — immer mehr durch.

Im kanadischen Automobilbau gehören die Aktien zu 100 und im Flugzeugbau ebenfalls zu 100% Nordamerikanern. Das sind eigentlich amerikanische Industrien, bloß eben in einem anderen Land. Einen kanadischen Anstrich hat man ihnen gegeben, um keine Zölle und Steuern zahlen zu müssen, zum Teil auch um sich den Lohnunterschied zunutze zu machen (in Kanada sind die Löhne niedriger als in den USA).

In anderen Branchen ist es ähnlich.

Nur ein Sprachenkampf!

Der Kampf gegen die Übermacht der US-Monopole und der größten einheimischen Konzerne (sie werden zusammen bekämpft) vereint die Werktätigen aller Nationalitäten. Aber gerade die sozialen Fragen stehen einer Bildung und Vereinigung der kanadischen Nation im Wege.

Eine große Rolle spielt die Sprachschranke.

Es gibt Nationen, deren Angehörige nicht ein und dieselbe Sprache sprechen. In Belgien z. B. wird französisch und flämisch gesprochen, in der Schweiz deutsch, italienisch, französisch und rätsch.

Die Sprache wäre also für die Bildung einer einheitlichen Nation kein Hindernis, aber trotzdem kommt sie in Kanada nicht zustande oder ist ihre Bildung noch nicht abgeschlossen. „Kanada ist eher eine Gesellschaft und keine Nation“, las ich in einem Buch. In der Tat gibt es hier keine einheitliche Sprache, die alle Kanadier verstünden. Zwanzig Prozent von ihnen können nur Französisch, 67% nur Englisch und lediglich 12% beides. Dagegen können 1,3% weder das eine noch das andere.

Man sollte meinen, die 20%, die nur Französisch können, brauchten nur Englisch zu lernen, und der Fall wäre erledigt. Die 20%, die sich Franzosen nennen, wollen aber nicht Englisch lernen. Es gibt auch welche, die Französisch können, es aber nicht sprechen wollen. Einmal fragte ich einen Polizeibeamten englisch, wie ich in die und die Straße komme. Er tat, als habe er nicht gehört. Ich wiederholte die Frage — mit demselben Ergebnis.

Schließlich wandte er sich um und sagte in ausgezeichnetem Englisch:

„Sie sind hier in der Provinz Quebec, also sprechen Sie gefälligst französisch mit mir! Wissen Sie denn nicht, daß Quebec französisch ist?“

„Ich bin fremd hier und kann nicht Französisch. Sogar in Frankreich hat man mir englisch geantwortet.“

„Hier ist nicht Frankreich, sondern Quebec, verstanden? Schaffen Sie sich eine kleine französische Freundin an, dann erlernen Sie's schnell“, er lachte über seinen eigenen Witz. „Bei uns ist Französisch die Landessprache.“

Im übrigen Kanada sind die Sprachen gleichgestellt. In Toronto, Ottawa und den anderen Städten, wo ich war, sah ich zweisprachige Aushängeschilder, in Quebec aber nur französische.

Ich fragte dort einen hohen Beamten:

„Warum wollen die Frankokanadier eigentlich nicht Englisch lernen? Wenn sie es täten, dann wäre das Problem einer Konsolidierung der Nation doch gelöst.“

„Sie müssen verstehen, daß die Franzosen keine Engländer werden, daß sie auf ihre Sprache und Nationalität nicht verzichten wollen. Mein Vater sagte auf dem Totenbett zu mir, ich soll unter allen Umständen Franzose bleiben. Ich will ihm sei-

ne letzte Bitte erfüllen. Was die Schilder in Quebec betrifft, so reagiert man bei uns damit auf die Zurücksetzung des Französischen. Es ist im 'englischen' Kanada erst vor kurzem und mehr oder weniger rein formal anerkannt worden.“

„Die Engländer sind aber doch zahlreicher, und es dürfte schwerer fallen, sie zum Französischlernen zu zwingen. Und wer sagt denn, daß Ihre Sprache vergessen werden soll? Es geht doch nur darum, daß Sie sich miteinander verständigen können.“

„Wir wollen, daß einer, der nur französisch spricht, im ganzen Land die gleichen Möglichkeiten hat wie derjenige, der nur Englisch kann.“

Er sprach hitzig, sah sich aber mehrmals um, ob ihn außer mir nicht jemand hört, und fügte wie rechtfertigend hinzu:

„Wir wollen keine Lostrennung Quebecs von Kanada, werden aber darauf dringen, daß unsere Sprache im ganzen Staat geachtet wird. Wir wollen nicht, daß ein Kanadier, der nur Französisch kann, darunter zu leiden hat.“

Seine letzten Worte schienen mir den ganzen Sinn des „Sprachenkampfes“ in Kanada auszudrücken. Es geht dabei wohl nicht so sehr um die Sprachen wie um das Soziale, denn es ist ja kein Geheimnis, daß die Anglokanadier nicht nur zahlreicher, sondern auch reicher sind und alle Hebel der Wirtschaft in der Hand haben. Die Franzosen treten in erster Linie gegen eine sprachliche Diskriminierung auf. Noch jetzt ist das Pro-Kopf-Einkommen der Frankokanadier kleiner als das der Anglokanadier.

Der Kampf der Frankokanadier ist tief verwurzelt. Im Land haben sich zwei Gemeinden und zwei Kulturen herausgebildet. Europa aber schickt immer neue Auswanderer aus verschiedenen Ländern hinüber, wodurch das Völkergemisch noch bunter wird.

Laut Statistik leben jetzt in Kanada 45% Anglokanadier, 30% Frankokanadier, die übrigen stammen aus anderen Ländern.

Auf dem Lande

Kanada erstreckt sich über mehrere Klimazonen. Wachsen im Süden die Reben, so ist das Klima weiter nördlich ungefähr wie in Sibirien. Wir waren z. B. in der Provinz Saskatchewan, in der man wegen des rauhen Klimas nur Sommer- und kein Wintergetreide säen kann. Trotzdem bringt Kanada viel Getreide hervor, bedeutend mehr, als es selbst braucht. Voriges Jahr erntete es bei 23 Millionen Einwohnern 43 Mio t Getreide. Wenn jeder Kanadier ungefähr eine Tonne im Jahr braucht, so kann Kanada etwa 23 Mio t ausführen. Es heißt, jeder in der Landwirtschaft Beschäftigte ernähre 40 Personen.

Ich hörte dieser Schilderung zu und dachte mir, was wir wohl von den Kanadiern lernen könnten. Das läßt sich kurz sagen: In Kanada arbeitet die Stadt sehr viel für die Landwirtschaft und liefert dieser wie kaum in einem anderen Land alles, was sie braucht.

Wir erfuhren, daß es dort eine Art Maschinen- und Traktorenstationen gibt, natürlich nicht solche, wie wir sie seinerzeit hatten, aber ihnen ist derselbe Gedanke zugrunde gelegt. Für den einzelnen Landwirt sind die Landmaschinen oft zu teuer. Ein Mähdrescher z. B. wird nur ein paar Wochen gebraucht, ist aber sehr kostspielig. Deshalb kaufen Gesellschaften Landmaschinen und stellen Landarbeiter ein, die mit den Maschinen vom Süden nach Norden ziehen, u. zw. je nachdem in den verschiedenen Zonen das Getreide reif wird. Die Maschinen werden also nicht bloß ein paar Wochen, sondern monatelang benutzt und rentieren sich viel besser. Deshalb kann die Gesellschaft für die Arbeit viel weniger nehmen, als sie den Farmer selbst gekostet hätte. Die Bestellungen werden prompt ausgeführt, und der Farmer nimmt die Dienste der Gesellschaft gern in Anspruch. Hat er selbst Arbeitskräfte oder ist es für ihn lohnender, allein zu arbeiten und sich von seiner Fa-

milie helfen zu lassen, so kann er eben die Maschinen allein mieten.

Auch kann der Farmer den Rat von Sachverständigen für das Düngen einholen, er braucht nicht selbst die Zusammensetzung des Bodens zu untersuchen, das tut für ihn die Gesellschaft. Sie hat Bodenkarten auch von seinen Feldern und liefert die geeigneten Düngemittel. Wenn er will, stellt sie Maschinen zum Düngen. Ich finde das sehr rationell.

Uns begleitete auf die Farm ein Bodenkundler von der Universität Saskatchewan, Prof. Rennie. Er erzählte uns viel Wissenswertes über die Böden der Provinz. Mir fiel auf, daß er die russischen Wörter für Schwarzerde, Bleicherde und Salzboden mit englischen Endungen gebraucht. Darüber sagte er:

„Wir benutzen diese Wörter im Englischen, wir haben die ganze Bodenklassifizierung ja aus dem Russischen, von Ihrem Dokutschajew.“

Wir besuchten auch einen Farmer, der Tabak pflanzt, und ich fragte ihn, was für Sorten er anbaut.

„Hol' doch bitte Samenkörner“, sagte er zu seiner Frau.

Sie ging und kam gleich darauf mit einem Päckchen wieder. Die Samen waren von einer speziell bei einer Gesellschaft angekauften Sorte. Sie sind nach Größe sortiert und in Standardverpackung, taugen für das maschinelle Säen, und die Sorte ist für die bestimmte Gegend, für bestimmte Böden und klimatische Verhältnisse ausgesucht.

Ich sagte schon, daß die Stadt dem Farmer hilft, industrielle Methoden einzuführen. Sie hilft ihm auch, den Ertrag abzusetzen, und liefert ihm alles Notwendige, übrigens gar nicht billig.

Kanada hat ziemlich viel Probleme, und sie sind kompliziert. Eins ist klar: Die kommenden Generationen werden der jetzigen nur für Bemühungen Dank wissen, die dem Sinnen und Trachten des Volks dieses großen, reichen und schönen Landes entsprechen.

Montreal—Ottawa—Moskau

DISKUSSION MIT DEM LESER

Manchmal schreiben Sie über die Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaft. Soweit das die Wirtschaft betrifft, bin ich mit Ihnen einverstanden, aber sonst sind alle Mitglieder dieser Gesellschaft gleichgestellt. Dieser Meinung bin ich, seitdem ich einen Vortrag über die Verfassung der USA gehört habe. Ich finde, sie zeugt davon, daß im führenden Land der kapitalistischen Welt völlige Demokratie und Freiheit herrscht.

Manoj CHAMANAND
Student
Bangkok



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Wjatscheslaw
BOIKOW

Leider kenne ich den Inhalt des Vortrags nicht, über den Sie, Herr Chamanand, schreiben, aber allem Anschein nach hat man Ihnen nur die Fassade der amerikanischen Demokratie gezeigt. In der Verfassung der USA ist tatsächlich die Gleichheit aller Bürger verbriefte, ja schon in der ersten Urkunde dieses Landes, in der Unabhängigkeitserklärung, heißt es, daß „alle Menschen gleich geschaffen sind“.

Ich hoffe, Sie werden zugeben, daß eine verkündete noch keine wirkliche Gleichheit ist. Zunächst einmal hatten die Begründer der USA nur die Männer im Auge, und auch sie nicht alle, sondern nur die weißen und vermögenden. Mit den schönen Worten der Erklärung vertrugen sich ausgezeichnet Sklaverei, Unterdrückung und die Ausrottung der indianischen Stammbevölkerung des Landes. Die Verfassung von 1787 hat den Frauen und den Negern über 100 Jahre das Stimmrecht vorenthalten. Über die haarsträubende Zurück-

setzung der schwarzen Bürger Amerikas schrieb seinerzeit Abraham Lincoln, der 16. Präsident: „Als Nation haben wir mit der Erklärung angefangen, daß alle Menschen gleich sind. Jetzt fassen wir das in der Praxis so auf: Alle Menschen sind gleich mit Ausnahme der Neger.“

Ein Jahrhundert ist es her, daß das geschrieben wurde. Und jetzt? Jetzt hat jeder vierte farbige Amerikaner keine Arbeit, und die welche haben, verdienen nur 57% von dem, was ihre weißen Landsleute für die gleiche Arbeit bekommen. Wo bleibt da die verfassungsmäßige Gleichheit? Eine Schmach für die USA nennen es viele Amerikaner, daß seit fast 200 Jahren (seit Bestätigung der Verfassung) der 27. Zusatzantrag über gleiche Rechte von Frauen und Männern nicht angenommen wird. Noch heute sind die Frauen sozial und wirtschaftlich zurückgesetzt.

Und noch ein Beispiel. Von den 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses ist kein einziges ein Arbeiter, nur 18 sind Frauen und nur 16 Neger. Im Senat sitzt keine einzige Frau, und von den 100 Senatoren ist nur einer ein Neger. Die meisten Kongreßmitglieder sind begütert.

Haben Sie nie darüber nachgedacht, warum im obersten gesetzgebenden Organ des Landes, in dem, wie Sie meinen, wahre Demokratie und Freiheit herrschen, größtenteils Angehörige der

„Elite“ sitzen? Nach der Verfassung haben ja Arbeiter und Rechtsanwalt, Bettler und Millionär das gleiche Recht, Kongreßmitglied und sogar Präsident zu werden. Manches erklärt sich damit, daß die Anwärtler auf die Sitze im Repräsentantenhaus für ihren Wahlkampf über 55 Mio Dollar ausgegeben haben. So etwas können sich nur reiche Leute leisten. Auf diese Weise wird die materielle Ungleichheit, an der Sie ja nicht zweifeln, zur sozialen und politischen Ungleichheit. So gerecht und demokratisch bürgerliche Verfassungen und Gesetze auch scheinen mögen, sie können die Ungleichheit, die in der Natur der kapitalistischen Gesellschaft liegt, nicht aufheben. Deshalb ist die Demokratie genau wie der Reichtum dort ungerecht verteilt, um es nicht krasser auszudrücken.

Die Verfassung und die Gesetze der USA sind für alle Amerikaner da, aber die einen, die Geld, Einfluß und Macht besitzen, übertreten ungestraft die Gesetze, während die anderen — die Armen, die Angehörigen der Minderheiten und alle, die mit den kapitalistischen Zuständen nicht einverstanden sind, auch wenn sie sich streng im Rahmen ihrer Bürgerrechte halten — bespitzelt, von der Polizei schikaniert und sogar eingesperrt werden.

Das ist so, weil, um mit Lincoln zu sprechen, „Freiheit für den Wolf keine Freiheit für das Schaf ist“.

NZ

POST

Interessant fand ich die Diskussion mit dem Leser in Heft 18/77, in dem das Gerede der bürgerlichen Presse von einer angeblichen Russifizierung der Republiken Mittelasiens widerlegt wird. Mein Volk hatte vor der Revolution nicht einmal eine Schrift. Als Arbeitersohn habe ich studiert, u. zw. in meiner kirgisischen Muttersprache. Jetzt arbeite ich in einem Randgebiet meiner Sowjetrepublik zusammen mit Russen, die ja meine Brüder sind. Wir kommen gar nicht auf die Idee, daß soziale Unterschiede zwischen uns bestehen könnten. Zusammen bauen wir und freuen uns über jeden Neubau in unserer Ortschaft.

Nuriddin MAMATOW
Gultscha, Kirgisische SSR

Jede Information über das Leben des Sowjetvolkes, vor dem ich große Achtung habe, freut mich sehr. Die Kenntnis der Erfolge des sozialistischen Landes spornt mich zum Kampf für Demokratie und soziale Gerechtigkeit in meinem Land an.

Manoel HERVELLA OTERO
Orense, Spanien

Im Westen besteht eine Organisation mit Namen Amnesty International, die angeblich Opfer ungerechter Verfolgungen schützt. Diese Tätigkeit ist aber nur ein Deckmantel für eine wüste Hetze gegen die UdSSR in vielen Ländern. Ihre Hauptaufgabe scheint es zu sein, die sozialistischen Länder zu verleumdern und antisowjetische Fälschungen zu verbreiten.

M. CUESTA
Basel, Schweiz

Ich danke dem Verfasser des Artikels „Die einstige Piratenküste“ (Heft 19/77), J. Tyssowski, für seine gehaltvolle, mit Tatsachen und Zahlen gut belegte Reportage über die Vereinigten Arabischen Emirate.

Iwan JELISAROW
Saransk, Mordwinische ASSR

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Schlüssel zu Lektion 7

Übung 2:

- reife sozialistische Gesellschaftsbeziehungen
reife Gedanken
ein reifer Mensch
- historische Menschengemeinschaft
Interessengemeinschaft
Gemeinsamkeit der Ansichten
- Frucht der Leistungen
Frucht der Arbeit
Frucht der Überlegungen

Übung 3:

- klassenlose Gesellschaft
kostenloser Unterricht
- Wohlstand des Volkes
Wohlergehen der Familie
günstige Voraussetzungen
komfortable Stadt

PS

Dolce vita — adel



In Washington kam es wieder einmal zu einem Skandal, da ein Abgeordneter Schmiergelder aus dem Ausland erhalten hatte. Diesmal ist ein einflußreicher Kongreßabgeordneter, der Demokrat W. Poage, verwickelt. Als Vorsitzender und später Vizevorsitzender des Landwirtschaftsausschusses des Repräsentantenhauses war er an der Ausarbeitung der Regierungspolitik zur Produktion und zum Ankauf von Zucker beteiligt. Wie sich jetzt herausstellt, ließ Poage die Interessen der Zuckererzeuger aus der Republik Südafrika nicht unberücksichtigt. Jene aber überwies insgeheim beachtliche Beträge für seine Wahlkampagnen und zeigten sich Poage auch auf andere Weise gefällig, wie z. B. durch kostenlose Auslandsreisen. Doch mit dem süßen Leben des Kongreßmanns ist es jetzt wohl aus.

Ehrensache

Sechs Jahre lang wartete Reg Maybridge, ein Einwohner der englischen Kleinstadt Burnham, darauf, daß ihm die Versicherung einen Betrag für seinen beschädigten Wagen auszahlte. In dieser Zeit machte die Gesellschaft pleite. Doch bei der Konkursabwicklung entschloß man sich dort, zumindest

teilweise den Verpflichtungen vor den Gläubigern nachzukommen. Kürzlich erhielt Maybridge einen Scheck über ... 1 Penny. Da seine Bekannten ihm immer wieder die dumme Frage stellten, was er mit diesem Betrag anfangen wolle, räumte Maybridge den Scheck ein und hängte ihn in seinem Locus auf.

Wenn das so weiter geht...

In Schweden wurde ein neues Limit für den Spirituosenhandel eingeführt. Diesmal gelangte das Melanöl (in Schweden „mittelstarkes Bier“, doch auf dem Kontinent ein schwaches Gesöff) unter Beschuß. Sein Verkauf ist nunmehr verboten. Viele Schweden nahmen diesen weitaus nicht ersten Schritt der Behörden gegen den Alkoholismus skeptisch auf. Trotz aller früheren Maßnahmen ist dieses Problem sehr akut. Nach den letzten Angaben lassen sich 90 Prozent der Oberstufenschüler von Zeit zu Zeit so richtig vollaufen.

Ky und Co.



Der Ex-Premier der Saigner Marionettenregierung Nguyen Cao Ky, der von den Patrioten aus Vietnam gefeuert wurde, landete in den USA. Womit befaßt sich dieser „Politi-

ker“ jetzt, der früher die Interessen des Volkes von Südvietnam verschachtelte? Er macht wieder in Ausverkauf. Mit dem zusammengeklauten Kapital eröffnete er mit seiner Frau in einem Vorort von Los Angeles ein Schnaps- und Lebensmittelgeschäft. Die ehemalige „First Lady“ von Saigon steht hinter dem Ladentisch, und ihr Alter sitzt an der Kasse.

Geschmackssache



Eine Verwandte des Herzogs von Wellington, Miß Annabel Wellesley-Colley, provozierte erneut die Spießbürger von Bath, indem sie die Haupttür zu ihrem Appartement grellgelb anstreichen ließ. Vor sechs Jahren hatte sie das schon einmal getan, was einige Vertreter der Stadtverwaltung irritierte, die offensichtlich darin eine „Provokation“ erblickten. Während die Leidenschaften kochten, blätterte die Farbe an der Tür ab, und dieses „Problem“ hatte sich erledigt. Diesmal schlug ein Mitglied des Stadtrates, Fred Gilbert, den städtischen Behörden vor, die exzentrische Dame gar nicht zur Kenntnis zu nehmen. Um so mehr, als die verschandelte Tür manche Touristen in die Stadt führte.

Jahrhundertprozeß

Der italienische Rechtsanwalt M. di Vincenzo, der 1871 gestorben ist, hinterließ eine Erbschaft, um die bis heute prozessiert wird. Kürzlich eröffnete ein Gericht in Messina einen weiteren Prozeß. In den

106 Jahren wandten sich die Angehörigen 20mal ans Gericht, und 200mal wurde Justitia tätig, d. h. 80 Rechtsanwälte und 30 Richter. Drei Generationen von Erben lösten sich ab.

Klappmühlenreif

Der Psychiater Edward Shev beobachtete 13 Jahre lang den Gesundheitszustand der Polizisten in San Franzisko (USA). Nur 5% von ihnen werden voll den Anforderungen ihres Berufs gerecht. 60% „könnten geheilt werden“ und dann erst ihrer Arbeit nachgehen. Die geistige Verfassung von 35% sieht so aus, daß schon „keine Aussicht auf Heilung mehr besteht“. Überdies seien diese Bullen gemeingefährlich.

Österreichische Eiche



Der Österreicher Arnold Schwarzenegger wurde in den letzten Jahren fünfmal „Mr. Universum“ und errang sechsmal den höchsten Titel unter den Bodybuilding-Anhängern — den „Mr. Olympia“. Doch seine Mordmuskeln werden ihm wohl kaum noch lange Geld bringen. Schwarzenegger, der in den USA den Spitznamen „Österreichische Eiche“ erhalten hat, beschloß, sich einem soliden Gelderwerb zuzuwenden. Wie die englische Wochenschrift *Observer Magazine* meldete, beabsichtige er, in nächster Zukunft eine Kohlengrube in Westvirginia zu kaufen. „Für eine Eiche ist das nicht schlecht“, bemerkte die Zeitschrift spöttisch.

Zeichnungen
W. Tschakiridis

ZEIT UND GELD SPAREN

Zeit und Geld im Schiffsverkehr zwischen den USA und Marokko, Italien, Griechenland, Türkei, Rumänien einzusparen, wird Ihnen der Containerliniendienst der SEEREEDEREI des SCHWARZEN MEERES

gulfmed
line

helfen.

Der Liniendienst arbeitet in der Ostrichtung (east-bound). Wir stellen sicher ZWEI ABFAHRTEN IM MONAT

aus den Häfen:

New Orleans
Houston
Savannah
Mobile oder Brownsville (fakultativ)

in die Häfen:

Casablanca
Genua
Livorno

Neapel (fakultativ)
Iljitschowsk
Lissabon (fakultativ)
Savona (fakultativ)
Piräus (fakultativ)
Istanbul (fakultativ)
Constanța (fakultativ)

Die modernen schnellaufenden Schiffe vom „Geroi Panfilowzy“-Typ nehmen bis 360 20-Fuß-Containers an Bord. Ihre Ladung wird zugestellt SCHNELL, UNVERSEHRT, STRIKT NACH DEM FAHRPLAN!

UNSERE SCHIFFSBESATZUNGEN verstehen, mit der Ladung umzugehen.

UNSERE ERFAHRENEN AGENTEN wissen, wie sie diese den Adressaten zustellen.

UNSERE ERFAHRUNG UND UNSER WISSEN UM DIE SPEZIFIK

DER LINIENSCHIFFFAHRT stehen Ihnen zur Verfügung, um Ihre Transportkosten genau zu berechnen.



Mit Ihren Angeboten und für weitere Informationen wenden Sie sich an:

DIE SEEREEDEREI

DES SCHWARZEN MEERES,

1. Lastotschkina str.

270026, Odessa, USSR

Cables: MORFLOT ODESSA

Telex: 143

Der Generalbroker der sowjetischen

Seereedereien ist

V/O SOVINFLOT

1/4, Shdanov str.

103759, Moscow, USSR

Cables: **SOVINFLOT MOSCOW**

Telex: **7217, 7636, 7922, 7923**

Sie können sich auch an unsere Agenten in Ihrem Lande wenden.

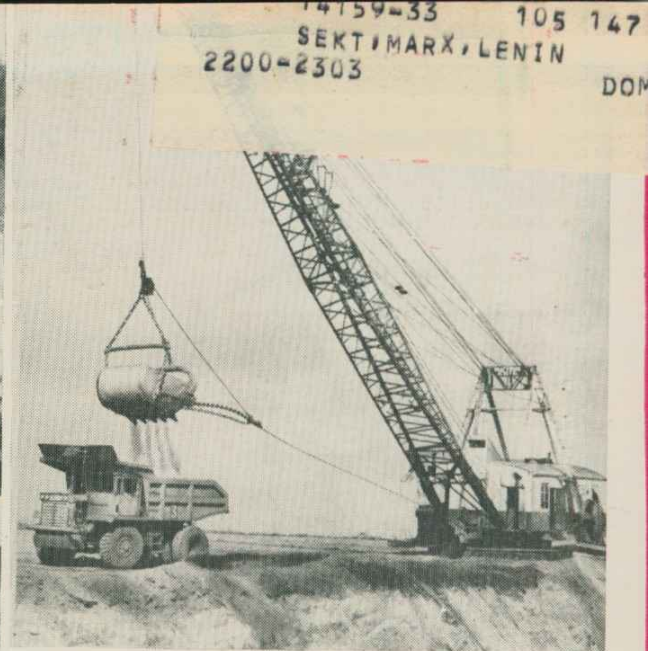
gulfmed
line

gulfmed
line

gulfmed
line

gulfmed
line

gulfmed
line



Im Objektiv: GABUN



Im Jahre 1485 liefen Schiffe unter portugiesischer Flagge Äquatorialafrika an. Matrosen gingen an der Mündung eines durch Mangrovendickicht fließenden Stroms an Land und nannten ihn, weil das Dickicht wie ein Dach war, Rio de Gabão, Hüttenstrom. Daher kommt auch die jetzige Landesbezeichnung Gabun. Am 17. August feiert die Republik ihren Unabhängigkeitstag. Sie hat ein Areal von 268 000 km² und 530 000 Einwohner. Ihr größter Reichtum ist Edelholz, Manganerz, Erdöl und Uran. Die Regierungspartei ist die Gabunische Demokratische Partei. 1973 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Gabun aufgenommen.

Unsere Bilder: Denkmal der im Unabhängigkeitskampf gefallenen Gabuner ♦ Auf diese Aktivistinnen hört auch die Regierungspartei ♦ Der Ogowe-Strom ♦ Das Direktionsgebäude der Erdölgesellschaft ♦ Manganerzgewinnung ♦ Libreville, die Landeshauptstadt.

Fotos B. Pilnikow (TASS)